Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

12. Januar 1981 Nr. 3 Preis 1 DM D 21060 C



# Sozialdemokratie in der Krise

In der Sozialdemokratie gibt es wachsende Auseinandersetzungen über die Gesellschaftspolitik und über die Außen- und Militärpolitik

*bep.* Wehner hat den Vorsitz der sozialpolitischen Kommission der SPD niedergelegt. Mutmaßungen über Differenzen zur Regierungspolitik wurden dementiert. Verbittert äußerte sich Wehner über mangelnde Fairneß der Gewerkschaften in der Mitbestimmungsauseinandersetzung. Besorgt äußerte sich Apel letzte Woche im Kabinett über die Ausbreitung des Pazifismus. SPD-Bundestagsabgeordnete verlangen eine Überprüfung des Nachrüstungs-Beschlusses der NATO. Die Bundesregierung will keinerlei Zweifel an ihrer Entschlossenheit, diesen Beschluß auszuführen, aufkommen lassen. Eine Auseinandersetzung über Rüstungsexporte ist in der SPD in Gang. In der Öffentlichkeit versucht sich eine ,,SPD-Linke" mit Vorschlägen zur Konjunktur- und zur Entspannungspolitik zu profilieren.

### Reformistische Konzepte gegen die Krise

Die Gründe für das unzweifelhafte Anwachsen der Differenzen innerhalb der SPD und zwischen SPD und Gewerkschaften liegen auf der Hand: Die Spekulationen der SPD auf einen einigermaßen glimpflichen Verlauf der Wirtschaftskrise im Innern sind geplatzt, die Entspannungspolitik erscheint immer deutlicher als der gefährliche Versuch, von der Spannung zwischen den Supermächten zu profitieren. Die Wirtschaftskrise ist jetzt endgültig of-

*bep.* Wehner hat den Vorsitz der sozialpolitischen Kommission der SPD niedergelegt. Mutmaßungen über Differenzen zur Regierungspolitik wurden dementiert. Verbittert äußerte sich Wehner über mangelnde Fairneß der Gewerkschaften in der Mitbestimmungsauseinandersetzung. Besorgt äußerte sich Apel letzte Woche im Kabinett über die Ausbreitung des Pazifismus. SPD-Bundestagsabgeordnete verlangen eine Überprüfung des Nachrüstungs-Beschlusses der NATO. Die Bundesregierung will keinerlei Zweifel an ihrer Entschlossenheit, diesen Beschluß auszuführen, aufkommen lassen. Eine Auseinandersetzung über Rüstungsexporte ist in der SPD in Gang. In der Öffentlichkeit versucht sich eine ,,SPD-Linke" mit Vorschlägen zur Konjunktur- und zur Entspannungspolitik zu profilieren.

Reformistische Konzepte gegen die Krise

Die Gründe für das unzweifelhafte Anwachsen der Differenzen innerhalb der SPD und zwischen SPD und Gewerkschaften liegen auf der Hand: Die Spekulationen der SPD auf einen einigermaßen glimpflichen Verlauf der Wirtschaftskrise im Innern sind geplatzt, die Entspannungspolitik erscheint immer deutlicher als der gefährliche Versuch, von der Spannung zwischen den Supermächten zu profitieren. Die Wirtschaftskrise ist jetzt endgültig of-
fiziell. Das Programm der Kapitalisten ist es auch; wir haben es bereits mehrfach vorgestellt. Die Regierung hat sich an die Ausführung dieses Programms gemacht. Die nächste Hürde, vor der sie steht, ist die von den Kapitalisten geforderte Durchsetzung eines niedrigen Lohnabschlusses im öffentlichen Dienst. Weitere Hürden sind absehbar. Die Steuerschätzungen sind nach unten korrigiert. Die Haushalte der Arbeitslosen- und Rentenversicherungen werden sich als nicht gedeckt erweisen. Die Maßnahmen der Regierung werden die Spannungen zwischen ihr und der Parteibasis der SPD sowie den Gewerkschaften vergrößern. Weitere innere Spannungen in der SPD werden unvermeidlich sein. Ein Schwinden des Einflusses der SPD oder gar des Reformismus in der Arbeiterbewegung ist deswegen keineswegs unvermeidlich. Sicher: Die Reformillusionen und Reformversprechungen früherer Jahre sind dahin. Düstere Betrachtungen über das ,,Ende des Wachstums" herrschen vor. Aber gerade daraus entwickeln sich gegenwärtig neue reformistische Vorschläge zur Krisenbewältigung. Die Gewerkschaftsvorstände wie die SPD-Linke bewegen sich gegenwärtig bevorzugt auf diesem Gebiet. Die vorherrschende Strömung fordert staatliche Konjunkturprogramme zur Arbeitsplatzsicherung, staatliche Investitionen zur ,,qualitativen" Beeinflussung der Wirtschaftsentwicklung, Ausbau der Mitbestimmung. Den Ursachen der Wirtschaftskrise ist mit diesen Vorschlägen nicht beizukommen. Das Finanzkapital wird auch die Kredite nicht geben, mit denen sie finanziert werden sollen. In den Gewerkschaften wird die Auseinandersetzung auf diese Konzepte der Krisenvermeidung verschoben, wo Anstrengungen zur Durchsetzung von Forderungen notwendig sind, mit denen die Lohnabhängigen sich gegenüber den Folgen der Krise, vor allem dem wachsenden Druck des Arbeitslosenheeres, behaupten können: Ausbau des Versicherungsschutzes, Selbstverwaltung der Versicherten, Garantie des Normalarbeitstages. Auch die Auseinandersetzung um politische Rechte, um das Streikrecht, um die rechtliche Gleichstellung der Ausländer, wird rasch an Bedeutung gewinnen. Aber die Debatten um Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, um die Ursachen der Krise, die ,,Wende" in der Entwicklung des Kapitalismus können nicht bloß als Ablenkung von den nächsten Kampfaufgaben der Arbeiterbewegung behandelt werden: Sie sind auch eine Herausforderung und eine günstige Bedingung für die Verbreitung der wissenschaftlichen Kritik des Kapitalismus, für die revolutionäre Propaganda.

### Die Bewegung gegen den Krieg darf nicht pazifistisch sein

Auch über die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen ist die SPD gespalten. In den offiziellen Verlautbarungen heißt der NATO-Beschluß vom Dezember '79 ,,Doppelbeschluß". Gemeint ist, daß der Beschluß über die Einführung der US-Raketen in Europa mit dem Schönheitspflaster einer Verhandlungsaufforderung an die SU über die Begrenzung von Mittelstreckenraketen versehen war. Der Berliner Parteitag der SPD hatte weitere Bedingungen gestellt, vor allem die nach Ratifizierung von SALT-II durch den US-Senat. Einige SPD-Abgeordnete weisen jetzt darauf hin, diese Bedingun-

Druck des Arbeitslosenheeres, behaupten können: Ausbau des Versicherungsschutzes, Selbstverwaltung der Versicherten, Garantie des Normalarbeitstages. Auch die Auseinandersetzung um politische Rechte, um das Streikrecht, um die rechtliche Gleichstellung der Ausländer, wird rasch an Bedeutung gewinnen. Aber die Debatten um Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, um die Ursachen der Krise, die ,,Wende" in der Entwicklung des Kapitalismus können nicht bloß als Ablenkung von den nächsten Kampfaufgaben der Arbeiterbewegung behandelt werden: Sie sind auch eine Herausforderung und eine günstige Bedingung für die Verbreitung der wissenschaftlichen Kritik des Kapitalismus, für die revolutionäre Propaganda.

Die Bewegung gegen den Krieg darf nicht pazifistisch sein

Auch über die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen ist die SPD gespalten. In den offiziellen Verlautbarungen heißt der NATO-Beschluß vom Dezember '79 ,,Doppelbeschluß". Gemeint ist, daß der Beschluß über die Einführung der US-Raketen in Europa mit dem Schönheitspflaster einer Verhandlungsaufforderung an die SU über die Begrenzung von Mittelstreckenraketen versehen war. Der Berliner Parteitag der SPD hatte weitere Bedingungen gestellt, vor allem die nach Ratifizierung von SALT-II durch den US-Senat. Einige SPD-Abgeordnete weisen jetzt darauf hin, diese Bedingun-
gen seien nicht erfüllt, die Zustimmung zum NATO-Beschluß müsse überprüft werden. Zwei großangelegte Unterschriftensammlungen, teilweise unterstützt von mehr oder weniger prominenten SPD-Funktionären, teilweise von Vertretern der alten Ostermarsch-Bewegung und der Revisionisten, sind gestartet worden. Die Bedingungen für Initiativen gegen den NATO-Beschluß und gegen den Rüstungshaushalt in den Gewerkschaften und anderswo sind zweifellos gut. Aber auch hier ist eine größere ideologische Auseinandersetzung notwendig. Die Behauptung, die Rüstung sei ein Hauptquell der Kriegsgefahr, einige Maßnahmen zur einseitigen Abrüstung allein würden schon die Kriegsgefahr vermindern helfen, wird mit dem Hinweis auf die wirklichen Verhältnisse, vor allem die Aggressionspolitik des Sozialimperialismus, widerlegt werden; eine pazifistische Bewegung wird isoliert werden. Die gesellschaftlichen Verhältnisse des Imperialismus und Sozialimperialismus, die Existenz der Supermächte bilden die Ursache der gegenwärtigen Kriegsgefahr. Der Kampf gegen die Nachrüstung muß verknüpft werden mit Forderungen, die den Bewegungsspielraum der Supermächte insgesamt einschränken: nach Abzug ihrer Truppen, Auflösung der Militärbündnisse, Beseitigung ihrer Besatzerrechte. Er muß verbunden sein mit der Unterstützung der 3. Welt. Auch hier sind die linken SPD-Abgeordneten zweifelhafte Bündnispartner: Ihre Opposition gegen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien begründeten sie vor allem damit, daß diese Waffen gegen Israel gebraucht werden könnten.



Am 7. Januar 1979 hatten vietnamesische Truppen Phnom Penh besetzt. Seit nunmehr 2 Jahren führt das kampuchanische Volk seinen Widerstandskrieg.

Die iranischen Forderungen an die USA sind berechtigt

bep. Ronald Reagan beschimpfte die Führer der iranischen Revolution als Banditen. Die amerikanische Presse führt eine Kampagne gegen die ,,Lösegeldzahlung" für die Freilassung der

UdSSR eintreten. Ohnehin waren die Verhandlungen über die Geiseln und die Ermittlungen über die konterrevolutionären Aktivitäten der US-Botschaft auch immer ein Mittel, innenpo-



Am 7. Januar 1979 hatten vietnamesische Truppen Phnom Penh besetzt. Seit nunmehr 2 Jahren führt das kampuchanische Volk seinen Widerstandskrieg.

## Die iranischen Forderungen an die USA sind berechtigt

*bep.* Ronald Reagan beschimpfte die Führer der iranischen Revolution als Banditen. Die amerikanische Presse führt eine Kampagne gegen die ,,Lösegeldzahlung" für die Freilassung der Geiseln. Kissinger, im Auftrag Reagans den Nahen Osten bereisend, drohte in einem Interview, das er einer israelischen Zeitung gab, mit einer neuen amerikanischen Militäraktion gegen den Iran. Die iranische Regierung fordert von den USA die Hinterlegung einer Garantiesumme von 24 Milliarden Dollar bei der algerischen Regierung. Obwohl sie die Freilassung der Geiseln an die Hinterlegung des Geldes knüpft, handelt es sich nicht um ,,Lösegeld". Es handelt sich um Eigentum des Iran, das entweder in den USA beschlagnahmt worden ist oder das von der Schah-Familie, zum beträchtlichen Teil sogar gegen damals geltendes iranisches Recht, in die USA geschafft worden ist. Der Iran hat sich verpflichtet, aus dieser Garantiesumme eventuelle berechtigte Ansprüche amerikanischer Firmen zu befriedigen. Für die Ausbeutung des Landes durch US-Monopole, für die jahrzehntelangen Leiden des Volkes unter der von den USA gestützten Schah-Diktatur, für die ungeheuren Opfer und Anstrengungen, die die Beseitigung der Folgen dieser Herrschaft noch auf lange Sicht hin kosten werden, verlangt der Iran keine Entschädigung von den USA. Die Geiselnahme der Botschaftsangestellten ist völkerrechtswidrig. Sie hat der iranischen Revolution im Endeffekt geschadet. Aber sie ist moralisch überhaupt nicht zu vergleichen mit der Politik, die die USA im Iran getrieben haben und noch treiben.

Inzwischen ist offenbar die Mehrheit der iranischen Regierung für eine rasche Lösung der Geiselfrage. Dagegen intrigieren solche Kräfte, die für eine stärkere Öffnung gegenüber der UdSSR eintreten. Ohnehin waren die Verhandlungen über die Geiseln und die Ermittlungen über die konterrevolutionären Aktivitäten der US-Botschaft auch immer ein Mittel, innenpolitische Auseinandersetzungen mit dem Hinweis auf tatsächliche oder angebliche Kollaborationen mit den USA zu führen. Eine Lösung der Geiselfrage wird die Partei Bani-Sadrs und alle Gruppierungen stärken, die für eine strikte Unabhängigkeit von der Sowjetunion eintreten.

Auch die am letzten Montag begonnene Gegenoffensive gegen die Iraker bei Ahwaz und Abadan hat für die Innenpolitik größere Bedeutung als für die baldige Entscheidung des Kriegs. Militärisch haben die iranischen Streitkräfte zum ersten Mal ihre Fähigkeit zu größeren, offensiven Operationen gezeigt. Die Erfolge sind, selbst wenn man den iranischen Angaben folgt, begrenzt: einige Kilometer Geländegewinn, die Zerschlagung zweier Brigaden. Innenpolitisch hat die Offensive die Stellung des Staatspräsidenten Bani-Sadr gestärkt. Kurz zuvor hatten prominente Geistliche seine defensive Kriegsführung kritisiert, um seine entscheidende Machtposition als Oberbefehlshaber zu treffen. Auch ist durch den militärischen Erfolg die Position einiger Vertreter der islamisch-republikanischen Partei geschwächt, die eine öffentliche Debatte über die Möglichkeit von Waffenkäufen in der Sowjetunion angezettelt hatten, mit dem Argument, das würde der Verteidigung gegen imperialistische Aggressionen dienen. Die Regierung hat sich bis jetzt jedoch offiziell stets gegen solche Waffenkäufe bei den Supermächten gewandt. Da die Versorgungslage im Land sich gegenwärtig jedoch rasch verschärft, könnte die Diskussion, bei wem die Hilfe zu holen ist, bald wieder Auftrieb erhalten.

## Namibia-Verhandlungen in Genf

*lup.* Am 7. Januar haben in Genf unter Vorsitz des UNO-Generalsekretärs Namibia-Verhandlungen begonnen, die bis zum 14. Januar andauern sollen. Hauptbeteiligte an den Verhandlungen sind das südafrikanische Kolonialregime einerseits, die SWAPO auf der anderen Seite. Als Beobachter nehmen teil die OAU, die 5 afrikanischen Frontstaaten Tansania, Sambia, Mozambique, Angola und Botswana sowie die ,,Kontaktgruppe der 5 Westmächte" (USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, BRD). Auch wenn die südafrikanische Delegation gewisse kosmetische Änderung bezüglich der Sitzordnung und der Vorstellung durchsetzen konnte, so ist hinlänglich klargestellt, daß die ,,internen Parteien", die seit den illegalen, von der UNO für null und nichtig erklärten Wahlen vom Dezember 1978 ein Marionettenregime Südafrikas bilden, nicht als eigene Delegation in Genf auftreten, sondern als Bestandteil der südafrikanischen Delegation. Damit ist eine wichtige Vorbedingung der SWAPO, die von der UNO seit 1973 als allein rechtmäßige Vertreterin des Volkes von Namibia anerkannt ist, erfüllt.

Nachdem die UNO bereits 1966 dem südafrikanischen Kolonialregime förmlich das Mandat über ,,Südwestafrika" entzogen und Namibia völkerrechtlich der direkten UN-Kontrolle unterstellt hat, nach jahrelangem diplomatischem Hin und Her, in der die ,,Kontaktgruppe der Westmächte" eine entscheidende Rolle spielte, sitzen sich nunmehr in Genf das südafrikanische Kolonialregime und die SWAPO zum ersten Mal direkt gegenüber. Grundlage sind die UNO-Vorschläge, die die Herbeiführung eines Waffenstillstands im März; die Schaffung ei-

zambique, Angola und Botswana sowie die ,,Kontaktgruppe der 5 Westmächte" (USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, BRD). Auch wenn die südafrikanische Delegation gewisse kosmetische Änderung bezüglich der Sitzordnung und der Vorstellung durchsetzen konnte, so ist hinlänglich klargestellt, daß die ,,internen Parteien", die seit den illegalen, von der UNO für null und nichtig erklärten Wahlen vom Dezember 1978 ein Marionettenregime Südafrikas bilden, nicht als eigene Delegation in Genf auftreten, sondern als Bestandteil der südafrikanischen Delegation. Damit ist eine wichtige Vorbedingung der SWAPO, die von der UNO seit 1973 als allein rechtmäßige Vertreterin des Volkes von Namibia anerkannt ist, erfüllt.

Nachdem die UNO bereits 1966 dem südafrikanischen Kolonialregime förmlich das Mandat über ,,Südwestafrika" entzogen und Namibia völkerrechtlich der direkten UN-Kontrolle unterstellt hat, nach jahrelangem diplomatischem Hin und Her, in der die ,,Kontaktgruppe der Westmächte" eine entscheidende Rolle spielte, sitzen sich nunmehr in Genf das südafrikanische Kolonialregime und die SWAPO zum ersten Mal direkt gegenüber. Grundlage sind die UNO-Vorschläge, die die Herbeiführung eines Waffenstillstands im März; die Schaffung ei-
ner 50 km breiten entmilitarisierten Zone beiderseits der namibischen Grenze mit Angola und Sambia; Verringerung der südafrikanischen Kolonialtruppen von 20000 auf 15000 Mann; Entsendung einer 7500 Mann starken UNO-Truppe, die den Waffenstillstand und die Wahlen überwachen soll; Einsetzung einer Übergangsverwaltung unter Vorsitz des UNO-Sonderbeauftragten Ahtisaari; Freilassung



aller politischen Gefangenen und Aufhebung aller diskriminierenden Gesetze; Parlamentswahlen im Oktober zu einer verfassunggebenden Versammlung und anschließend den sofortigen Abzug aller südafrikanischen Truppen vorsehen. Im Gegensatz zu den Lancaster-Verhandlungen ist die Ausarbeitung von Grundzügen einer Verfassung nicht Aufgabe dieser Konferenz. Die SWAPO hat diesen Punkten im Prinzip zugestimmt, auch die 5 Westmächte. Daß die Konferenz zu Ergebnissen führt, ist nicht ausgeschlossen. Aber Südafrika hatte 1978 bereits einmal ein Verhandlungsergebnis im nachherein platzen lassen – offenbar auf Weisung der US-Imperialisten.

## Versuch eines Zangenangriffs

*vol.* Bundesinnenminister Baum hat die „konzeptionslosen Zeiten“ in der Vorbereitung des Tarifkampfes mit einer Rede vor einer Konferenz des Beamtenbundes beendet. Erst die Umwandlung der jetzt schon unterdrückerischen 2jährigen Regelbeurteilung der Beamten in ein Mittel zur Gehaltseinfrierung; Abgruppierung und Intensitätssteigerung schaffe den anderen Vorschlägen nach Aufschieben der Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie den Stellenbesetzungs- und Stellenanhebungssperren den notwendigen Biß. Die Regierung will einen Zangenangriff durchführen, auf der einen Seite die Länderregierungen, die Lohnkürzung durch Aufschieben der Tariferhöhung fordern, auf der anderen Seite die Bundesregierung, die die Durchsetzung umfassender Rationalisierungsmaßnahmen verlangt, ehe über die Lohntarife geredet wird. Im übrigen hält es auch Baum für eine „Selbstverständlichkeit“, daß im öffentlichen Dienst Lohn- und Gehaltskürzungen durchgeführt werden können. Seine Sorge gilt den „besonders qualifizierten Kräften für Umwelt- und Datenschutz“, die bei nicht ausreichender Honorierung in die Wirtschaft abwandern.

Der Vorschlag nach Einführung analytischer Dienstpostenbewertung und Personalbeurteilung der Beamten ist so neu nicht, er steht seit 1973 als Vorschlag der Studienkommission zur Reform der öffentlichen Dienste. Weil die Auswirkungen dieser Reform, die nicht nur gegen die Beamten, sondern auch die Arbeiter und Angestellten eingesetzt wird, seit den Erprobungen vollends bekannt sind, hat der Gewerkschaftstag der ÖTV 1980 grundsätzlich jede Einführung von Beurteilungsverfahren abgelehnt. Baum hatte schon seit längerem die Einführung dieses Verfahrens für Anfang 1982 ins Auge gefaßt, die entsprechenden Besoldungsgesetzänderungen liegen in der Schublade. Eine solche Einführung käme auch den Kapitalisten gelegen, die große Mühe haben, z.B. bei Mercedes mit solchen „Personalführungssystemen“ durchzukommen.

Gegen die Beamten, die sich ohne Streikrecht und Tarifautonomie schlechter wehren können, will Baum dies jetzt zwecks „Sparen“ durchdrücken. Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst sollten in ihrem Kampf dagegen unterstützt werden.

# „Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff“

### Auseinanderbrechen des Westberliner Senats / IHK mischt kräftig mit

*söh.* .Von „Senatsumbildung“ kann in Westberlin viel weniger gesprochen werden als von einem regelrechten Auseinanderbrechen des alten Senats und dem Versuch der SPD, aus den Trümmern eine Mannschaft zusammenzukriegen, die die Mehrheit im Abgeordnetenhaus bei den Wahlen am Donnerstag findet. 5 von 12 Senatoren scheiden aus ihrem Amt, 6 Senatorenposten werden mit anderen Personen besetzt, also die Hälfte des Senats mit neuen Ressortchefs versehen. Die bürgerliche Presse spricht von einem Balanceakt des regierenden Bürgermeisters Stobbe, mit dieser Mannschaft die SPD/FDP-Koalition zu erhalten. In der Tat ist es mehr als unsicher, ob die Nominierungen in der SPD- und FDP-Fraktion für die neu zu besetzenden Posten auch die Mehrheit im Abgeordnetenhaus finden. Im Gegensatz zu den westdeutschen Länderparlamenten und zu dem Bundestag muß in Westberlin jeder einzelne Senator von den Abgeordneten nochmals gewählt werden.

„Von Senatsumbildung spricht man nicht, die macht man“, hatte Stobbe noch am Jahresende ausgeführt und den Eindruck zu erwecken versucht, er wäre der Handelnde in dieser Angelegenheit und würde sich personelle Konsequenzen aus den Auseinandersetzungen um die Hausbesetzungen in Kreuzberg und der 115 Millionen Bürgschaft für den Zusammenbruch der Bautechnik KG des Architekten Garski überlegen können. Doch dann meldeten sich andere zu Wort. Der Präsident der Berliner Industrie- und Handelskammer, Elfe, warf dem Senat „Führungsschwäche und Konzeptionslosigkeit“ vor. Er fürchtete um die Subventionen aus dem Bundesetat für Westberliner Unternehmungen durch die Rufschädigung der Stadt.

Die Berliner Industrie- und Handelskammer hat schon vor 3 ½ Jahren bei dem Sturz des damaligen regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz eine entscheidende Rolle gespielt. Als Postenschiebereien in senatseigenen Betrieben, Unterschlagungen von Aufsichtsratsgeldern durch den damaligen Innensenator Neubauer aus seiner Aufsichtsratstätigkeit bei der Berliner Bank und die Korruption bei der Zuschanzung von öffentlichen Aufträgen für Baufirmen nicht mehr zu verheimlichen waren, brachte die IHK das Ansehen Westberlins in Zusammenhang mit der Bereitschaft von Unternehmungen, in Westberlin zu investieren, und forderte eine neue Führung.

Am 2. Mai 1977 wurde der erste Senat unter Dietrich Stobbe gewählt, wie heute mitten zwischen den Wahlen. Einen Tag nach der Nominierung dieses Senats durch das Abgeordnetenhaus befand sich der regierende Bürgermeister bereits zur Audienz beim Präsidium der Industrie- und Handelskammer und gestand dieser die Bildung einer Westberliner „Wirtschaftsförderungsgesellschaft“ zu, deren Aufgabe es ist „durch aktive Erschließung und Betreuung von Investitionsvorhaben westdeutscher und Westberliner Unternehmen die Wirtschaft der Stadt zu fördern.“ 1978 erweiterte der Stobbe-Senat das Landesbürgschaftsgesetz von 1964 auf besonders risikoreiche Auslandskredite. Die Berliner IHK zeigte sich zufrieden und sah dies als Schritt zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft. Garski hat diese Ausweitung der Bürgschaften in seinem Saudi-Arabien-Geschäft zu nutzen verstanden.

Der Zusammenbruch der Firma Garskis und das Verschwinden des Inhabers haben die Praktiken des Umgangs mit Steuergeldern ins grelle Licht gestellt. Der Skandal ist nicht allein der Konkurs des Herrn Garski, sondern daß es möglich ist, mit einem Grundkapital von 2 Millionen einen Auftragswert von 500 Millionen zu übernehmen und sich Hunderte von Millionen aus öffentlichen Geldern vorschießen zu lassen, so daß das Risiko letztendlich aus Steuergeldern abgedeckt wird. Die Industrie- und Handelskammer möchte verständlicherweise nicht, daß die Aufmerksamkeit des Publikums sich auf diese Tatsachen konzentriert und versucht, sich an die Spitze der Kritik an der personellen Zusammensetzung des Senats zu stellen. Stobbe wird jetzt direkt für den Garski-Skandal von der CDU verantwortlich gemacht, während die SPD aufdeckt, daß der CDU-Vorsitzende Lorenz einen ungekündigten Honorarvertrag mit Garski hat und 1977 Kontakte zu Saudi-Arabien vermittelt hat.

Treffend zitierte ein Diskjockey am Samstagvormittag die Situation, als er für Stobbe die Platte auflegte: „Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff“.

## Lybiens Annexion des Tschad wird die Einmischung der Sowjetunion erleichtern

*lup.* Nachdem das Eingreifen Lybiens den Truppen der nationalen Übergangsregierung unter Goukouni Oueddei zum Sieg über den ehemaligen Verteidigungsminister Hissène Habré verholfen hat, haben Lybien und der Tschad jetzt zum Abschluß eines Staatsbesuches Oueddeis in Tripolis die Herstellung der vollen Einheit ihrer beiden Staaten vereinbart. Es ist keine Frage, wer in dieser „Union“ das Sagen hat. Die jüngste Vereinbarung zwischen Lybien und dem Tschad unterscheidet sich wesentlich von früheren, gescheiterten Fusionsversuchen Lybiens mit Ägypten, dem Sudan, Tunesien und der jetzt ebenfalls fraglichen Vereinbarung mit Syrien. Nicht nur ist Lybien ökonomisch entschieden stärker als der Tschad, dessen Wirtschaft bis heute weitgehend von französischen Monopolen kontrolliert wird. Ohne fortgesetzte lybische Militärhilfe wird sich die Regierung unter Oueddei kaum lange halten können. Habré hat bereits angekündigt, daß er mit seinen Truppen zum Guerillakampf übergehen wird. Ägypten hat seine Unterstützung zugesagt. Mehrere Nachbarstaaten Lybiens, die sich durch lybische Expansionsbestrebungen bedroht füh-

herstellung des Friedens beitragen“ sollen, und daß beide Staaten sich im Falle einer bewaffneten Aggression gegenseitig militärischen Beistand leisten.

Es spricht viel dafür, daß Lybien die als staatliche Vereinigung deklarierte Annexion des Tschad nur wird sichern können, wenn es sich in einen langandauernden, ungerechten Aggressionskrieg gegen zumindest große Teile der Bevölkerung des Tschad begibt. Das wird auf Seiten Lybiens zu einem ständigen Bedarf an Kriegsmaterial, aber auch an Militärberatern führen. In den vergangenen Jahren hat Lybien seine Waffen vor allem aus der Sowjetunion bezogen, seine Militärberater vor allem aus der Sowjetunion und der DDR. Es hat dafür auch politisch bezahlt und hat zum Beispiel bei mehreren internationalen Auseinandersetzungen das sowjetische Vorgehen unterstützt. In Kampuchea und auch in Afghanistan.

Auseinandersetzungen, zumal bewaffnete, zwischen Ländern der 3. Welt schwächen immer die 3. Welt in ihrem Kampf gegen Imperialismus und die beiden Supermächte. Annektiert ein Land der 3. Welt ein anderes, hat es dies stets mit erheblicher Abhängigkeit von einer der beiden Supermächte

*lup.* Nachdem das Eingreifen Lybiens den Truppen der nationalen Übergangsregierung unter Goukouni Oueddei zum Sieg über den ehemaligen Verteidigungsminister Hissène Habré verholfen hat, haben Lybien und der Tschad jetzt zum Abschluß eines Staatsbesuches Oueddeis in Tripolis die Herstellung der vollen Einheit ihrer beiden Staaten vereinbart. Es ist keine Frage, wer in dieser „Union“ das Sagen hat. Die jüngste Vereinbarung zwischen Lybien und dem Tschad unterscheidet sich wesentlich von früheren, gescheiterten Fusionsversuchen Lybiens mit Ägypten, dem Sudan, Tunesien und der jetzt ebenfalls fraglichen Vereinbarung mit Syrien. Nicht nur ist Lybien ökonomisch entschieden stärker als der Tschad, dessen Wirtschaft bis heute weitgehend von französischen Monopolen kontrolliert wird. Ohne fortgesetzte lybische Militärhilfe wird sich die Regierung unter Oueddei kaum lange halten können. Habré hat bereits angekündigt, daß er mit seinen Truppen zum Guerillakampf übergehen wird. Ägypten hat seine Unterstützung zugesagt. Mehrere Nachbarstaaten Lybiens, die sich durch lybische Expansionsbestrebungen bedroht fühlen, haben gegen die vereinbarte Union protestiert.

Lybien hat eine Beteiligung seiner Truppen an der Eroberung der Hauptstadt des Tschad, Ndjamena, bestritten. Man kann das dahingestellt sein lassen. In dem Vereinigungskommuniqué ist jedenfalls die Rede davon, daß Lybien militärische Experten in den Tschad entsenden wird, die zur „Herstellung der Stabilität und zur Wiederherstellung des Friedens beitragen“ sollen, und daß beide Staaten sich im Falle einer bewaffneten Aggression gegenseitig militärischen Beistand leisten.

Es spricht viel dafür, daß Lybien die als staatliche Vereinigung deklarierte Annexion des Tschad nur wird sichern können, wenn es sich in einen langandauernden, ungerechten Aggressionskrieg gegen zumindest große Teile der Bevölkerung des Tschad begibt. Das wird auf Seiten Lybiens zu einem ständigen Bedarf an Kriegsmaterial, aber auch an Militärberatern führen. In den vergangenen Jahren hat Lybien seine Waffen vor allem aus der Sowjetunion bezogen, seine Militärberater vor allem aus der Sowjetunion und der DDR. Es hat dafür auch politisch bezahlt und hat zum Beispiel bei mehreren internationalen Auseinandersetzungen das sowjetische Vorgehen unterstützt. In Kampuchea und auch in Afghanistan.

Auseinandersetzungen, zumal bewaffnete, zwischen Ländern der 3. Welt schwächen immer die 3. Welt in ihrem Kampf gegen Imperialismus und die beiden Supermächte. Annektiert ein Land der 3. Welt ein anderes, hat es dies stets mit erheblicher Abhängigkeit von einer der beiden Supermächte bezahlen müssen. Die Annexion Eritreas durch Äthiopien, die Annexion der Westsahara durch Marokko, die Einverleibung Ost-Timors durch Indonesien und der Versuch Vietnams, sich Laos und Kampuchea zu unterwerfen, zeigen das. Die Gefahr, daß sich Lybien durch die Annexion des Tschad zu einem Instrument sozialimperialistischen Vordringens in Nordafrika macht, ist groß.

Kreuzberg und der 115 Millionen Bürgschaft für den Zusammenbruch der Bautechnik KG des Architekten Garski überlegen können. Doch dann meldeten sich andere zu Wort. Der Präsident der Berliner Industrie- und Handels-

gesellschaft“ zu, deren Aufgabe es ist „durch aktive Erschließung und Betreuung von Investitionsvorhaben westdeutscher und Westberliner Unternehmen die Wirtschaft der Stadt zu fördern.“ 1978 erweiterte der Stobbe-

vertrag mit Garski hat und 1977 Kontakte zu Saudi-Arabien vermittelt hat.

Treffend zitierte ein Diskjockey am Samstagvormittag die Situation, als er für Stobbe die Platte auflegte: „Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff“.

# Demonstrationsrecht auf kaltem Weg beseitigt

### Verurteilungen zum Ersatz des Schadens an Polizeibeamten und -gerät

*ebk.* In Heidelberg sind die presserechtlich Verantwortlichen für die Aufrufe zur Beteiligung an den Fahrpreiskämpfen 1975 zur Zahlung von Zehntausenden von Mark als Ersatz für die Schäden an Polizeigerät und -beamten verurteilt worden. Die Urteile sind vom Bundesverfassungsgericht abgesegnet worden. In Hannover wird jetzt in zweiter Instanz zwischen dem Land Niedersachsen und jetzt noch 14 Teilnehmern an der Demonstration vom 19.3.1977 gegen das Kernkraftwerk Grohnde gestritten. Das Land verlangt die Zahlung von 233926,09 DM Schadenersatz. Das Landgericht Hannover hat dieser Klage dem Grunde nach gegen 14 der ursprünglich 18 Beklagten stattgegeben. Auf diesem Weg holt sich die Bourgeoisie wieder rein, was sie an anderer Stelle nachgeben mußte:

Sowohl auf Druck der demokratischen Bewegung der späten 60er Jahre wie auch als Lockerungsübung mit dem Zweck der Abstumpfung der schroff aufgebrochenen Widersprüche wurde 1970 der bis dahin geltende Landfriedensbruchparagraph geändert. Bis dahin war die einfache Anwesenheit in einer Menschenmenge strafbar, „wenn von dieser mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten verübt wurden.“ Der Grund für diese Regelung wird offen verhandelt: „Diese Ausformung der früheren Vorschriften beruhte auf der Erfahrung, daß eine aufsässige Menschenansammlung eine große Gefahr für die Allgemeinheit ist.“ Nach der Gesetzesänderung kann wegen Landfriedensbruch nur noch derjenige bestraft werden, dem persönlich die Beteiligung an Gewalthandlungen nachgewiesen worden ist. CDU/CSU waren schon gegen die Änderung des Strafgesetzes 1970 aufgetreten und haben seither keine Legislaturperiode ausgelassen, um ihre Änderungsanträge zurück zum Zustand von 1970 einzubringen (Gesetzentwürfe „zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens“ BT-Drucks. 7/2854 und „zur Bekämpfung des Terrorismus“ BT-Drucks. 8/322). Diese Gesetzesanträge sind bisher abgelehnt worden. Man kann mit einem neuerlichen Antrag von CDU/CSU bzw. aus dem Bundesrat in dieser Legislaturperiode ebenso sicher rechnen wie mit dem Amen in der Kirche.

Unterdessen und weniger beachtet haben die Gerichte da Abhilfe geschaffen, wo das Parlament den Schritt zurück nicht machen wollte. 1972 verurteilte der Bundesgerichtshof Horst Mahler wegen Demonstrationsschäden am Springer-Hochhaus in Westberlin und Amendt wegen kaputten Fensterscheiben der Frankfurter Societätsdruckerei, ohne daß beiden irgendwelche *eigenen* konkreten Schädigungshandlungen hätten nachgewiesen werden können, und zwar wegen deren jeweils führender Stellung und Leitung der Demonstration, bei der mit entsprechenden Gewalthandlungen habe gerechnet werden müssen. 1975 bekräftigte der Bundesgerichtshof seine Rechtssprechung im Hannoveraner Hausbesetzerfall. Das Landgericht Hannover hat die Schadenersatzhaftung für Demonstrationsschäden noch weiter ausgedehnt und will damit die Grundlage für die Haftung jedes Demonstrationsteilnehmers überhaupt schaffen. Trotz einer Demonstration von an die 20000 Teilnehmer, die sich über mehrere Quadratkilometer erstreckte, sollen einzelne der Polizei den Schaden ersetzen, weil sie „durch ihr Verbleiben in der zum Widerstand bereiten Masse diese Handlungen unterstützt und den aktiv Angreifenden durch ihr Verhalten bewußt geholfen haben, ihre Angriffshandlungen aus der anonymen Masse heraus zu begehen.“ (Landgericht Hannover, Urteil vom 10.7.80) Auf derselben Linie hatte schon das Oberlandesgericht Karlsruhe die presserechtlich Verantwortliche der Flugblätter zu den Fahrpreiskämpfen 1975 in Heidelberg verurteilt. Das Demonstrationsrecht wird durch diese Rechtssprechung auf kaltem Weg beseitigt. Die Urteile müssen aufgehoben werden.

Demonstrationsrecht auf kaltem Weg beseitigt

Verurteilungen zum Ersatz des Schadens an Polizeibeamten und -gerät

*ebk.* In Heidelberg sind die presserechtlich Verantwortlichen für die Aufrufe zur Beteiligung an den Fahrpreiskämpfen 1975 zur Zahlung von Zehntausenden von Mark als Ersatz für die Schäden an Polizeigerät und -beamten verurteilt worden. Die Urteile sind vom Bundesverfassungsgericht abgesegnet worden. In Hannover wird jetzt in zweiter Instanz zwischen dem Land Niedersachsen und jetzt noch 14 Teilnehmern an der Demonstration vom 19.3.1977 gegen das Kernkraftwerk Grohnde gestritten. Das Land verlangt die Zahlung von 233926,09 DM Schadenersatz. Das Landgericht Hannover hat dieser Klage dem Grunde nach gegen 14 der ursprünglich 18 Beklagten stattgegeben. Auf diesem Weg holt sich die Bourgeoisie wieder rein, was sie an anderer Stelle nachgeben mußte:

Sowohl auf Druck der demokrati-

mung der früheren Vorschriften beruhte auf der Erfahrung, daß eine aufsässige Menschenansammlung eine große Gefahr für die Allgemeinheit ist.“ Nach der Gesetzesänderung kann wegen Landfriedensbruch nur noch derjenige bestraft werden, dem persönlich die Beteiligung an Gewalthandlungen nachgewiesen worden ist. CDU/CSU waren schon gegen die Änderung des Strafgesetzes 1970 aufgetreten und haben seither keine Legislaturperiode ausgelassen, um ihre Änderungsanträge zurück zum Zustand von 1970 einzubringen (Gesetzentwürfe „zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens“ BT-Drucks. 7/2854 und „zur Bekämpfung des Terrorismus“ BT-Drucks. 8/322). Diese Gesetzesanträge sind bisher abgelehnt worden. Man kann mit einem neuerlichen Antrag von CDU/CSU bzw. aus dem Bundesrat in dieser Legislaturperiode ebenso sicher rechnen wie mit dem Amen in der Kir-

che *eigenen* konkreten Schädigungshandlungen hätten nachgewiesen werden können, und zwar wegen deren jeweils führender Stellung und Leitung der Demonstration, bei der mit entsprechenden Gewalthandlungen habe gerechnet werden müssen. 1975 bekräftigte der Bundesgerichtshof seine Rechtssprechung im Hannoveraner Hausbesetzerfall. Das Landgericht Hannover hat die Schadenersatzhaftung für Demonstrationsschäden noch weiter ausgedehnt und will damit die Grundlage für die Haftung jedes Demonstrationsteilnehmers überhaupt schaffen. Trotz einer Demonstration von an die 20000 Teilnehmer, die sich über mehrere Quadratkilometer erstreckte, sollen einzelne der Polizei den Schaden ersetzen, weil sie „durch ihr Verbleiben in der zum Widerstand bereiten Masse diese Handlungen unterstützt und den aktiv Angreifenden durch ihr Verhalten bewußt geholfen

### Hungerstreik von 150 Türken gegen Unterdrückung

*gkr.* Mehr als 150 türkische Arbeiter und Studenten stehen in der BRD im Hungerstreik gegen die Unterdrückung durch die türkische Militärjunta. In Frankfurt sind es seit dem 23.12.1980 30 Türken, in Westberlin mußten mittlerweile 4 von den 20 Hungerstreikenden aufgeben. Weitere Türken sind es in Hamburg, Hannover, Ulm, München und Nürnberg. Auch in Belgien (Liège) sind 20 Türken beteiligt. „Seit dem Militärputsch vom 12.9.1980 hat die türkische Regierung 30000 Menschen verhaftet, 58 Todesurteile aussprechen und zahllose Menschen auf das Grausamste foltern lassen. Wir wollen mit unserem Hungerstreik gegen diese offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen protestieren und die bundesdeutsche Öffentlichkeit wachrütteln.“ (Presseerklärung des Türkei-Komitees Frankfurt) Inzwischen wurde die Verhaftung von weiteren 45 Mitgliedern von Widerstandsorganisationen in zwei Dörfern gemeldet. Hauptforderung gegenüber der Bundesrepublik ist die Einstellung der Finanzhilfe und die Entsendung einer Untersuchungskommission mit diplomatischem Schutz. Beides dürften allerdings keine richtigen Forderungen zur Durchsetzung der berechtigten Ziele sein.

### Inhaftierung von drei Studenten in Israel

*arm.* Bereits seit Anfang September 1980 befinden sich zwei palästinensische Studenten der TU Berlin in zionistischen Gefängnissen. Ihnen wird vorgeworfen, Mitglieder der PFLP zu sein und Anschläge in Israel geplant zu haben. Eine ebenfalls mitverhaftete Westberliner Studentin mußte nach 13 Tagen Haft freigelassen werden. Verhaftet wurden alle drei während eines Israel-Urlaubs. Nach Angaben der freigelassenen Studentin ist es dem zionistischen Geheimdienst mittels brutaler Folter gelungen, ihrem Freund ein falsches Geständnis abzupressen, welches dieser aber vor Gericht sofort widerrief. Bei dem anderen gelang dies nicht. In Westberlin fand jetzt eine Solidaritätsveranstaltung statt. Es wurde aufgefordert, Briefe an die israelische Botschaft und an die Regierung zu schicken.

### Urteile gegen Bild-Redakteure

*ulw.* Am 8. Januar sind beim Frankfurter Landgericht die Urteile gegen fünf Redakteure bzw. Journalisten der Bild-Zeitung gefällt worden. Sie wurden, über den Strafantrag der Staatsanwaltschaft hinausgehend, mit Freiheitsstrafen bis zu 8 Monaten, die allerdings zur Bewährung ausgesetzt wurden, belegt. Verurteilt wurden sie wegen Diebstahls und schwerer Hehlerei. Sie waren auf eine Pressemitteilung der Polizei hin in die Wohnung eines Schülers eingebrochen, den die Polizei wegen des Verdachts des Drogengebrauchs verhaftet hatte. Die Bild-Reporter stahlen Privatfotos des Schülers und veröffentlichten ein paar unter der Überschrift „Der Vampir von Sachsenhausen“. Wegen des Diebstahls und der Nutzung des Diebesgutes ergingen die Urteile. Rufmord und Beleidigung gegen den Schüler, dessen Verfahren wegen Drogenmißbrauch mit einer Verwarnung geendet hatte, standen nicht zur Debatte. Mit dem juristischen Grundsatz, daß Einzelverantwortlichkeiten ermittelt werden müssen, gelang es, die Praktiken der Bild-Zeitung, gegen die sich zur Zeit in verschiedenen Städten Initiativen bilden, aus dem Schußfeld zu halten.

### Umweltbundesamt: Einschränkung des Cadmium-Verbrauchs

*dog.* Bundesinnenminister Baum hat den Bericht des Bundesamtes für Umweltschutz über die Verbreitung, Wirkung und den Einsatz von Cadmium an den Bundestag weitergeleitet. Cadmium wird als Korrosionsschutz bei Metallen, für die Herstellung temperaturbeständiger Farben, bei der Kunststoffproduktion (u.a. für Phosphatdünger) und bei der Herstellung von Batterien verwendet. Der Verbrauch ist in den letzten Jahren stark gestiegen. In der BRD werden 10% der Weltproduktion verarbeitet. Cadmium ist in Luft, Wasser und vor allem in Nahrungsmitteln nachweisbar. Seine Wirkungen zeigen sich erst nach 20–30 Jahren: Nieren- oder Lungenfunktionsstörungen, Knochenschäden, Anämie. Der Bericht fordert eine Einschränkung des Cadmium-Gehalts von Luft und Wasser durch verbesserte Filterverfahren, und: „Für eine Reihe von Anwendungen ist der Verzicht auf eine Cadmierung durchaus möglich“. Offensichtlich aber nicht lohnend, wie der starke Anstieg des Verbrauchs zeigt.

### Datenschutz? Fast auf alles wird zugegriffen

*gkr.* Am vergangenen Donnerstag hat die Baden-Württembergische Datenschutzbeauftragte ihren Bericht vorgelegt. Sie mußte Fälle nennen, in denen die Behörden sich selbst über das ihnen im Datenschutzgesetz zugestandene Maß hinaus Daten gespeichert hatten. So speichere die Polizei Daten über jeden, der mit ihr in Kontakt komme, „die sie für ihre Arbeit nicht benötige, die sogar falsch sein könnten“ (FAZ). Örtliche Behörden legen eigene „Verkehrssünderkarteien“ an, in denen sie weitergehender als in Flensburg Strafpunkte verteilen, neben Personalien und Aktenzeichen werden dort weitere Daten gesammelt. Die Gesundheitsämter würden entgegen Geheimhaltungsvorschriften Bescheinigungen über die Beratung schwangerer Frauen sammeln und jedes Beratungsdatum wegen Abtreibung registrieren.

# § 218 nach der Reform: Kleinkrieg und weiterer Kampf für ersatzlose Streichung

## Reaktion, Gewerkschaften und Frauengruppen ziehen Bilanz

*anm.* „Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben" (Dr. Hartwig Holzgarnter, 1979), so und ähnlich kommentieren Kirchen und große Teile der CDU/CSU die gegenwärtige Praxis des § 218. Nachem 1975 das BVG die Fristenregelung als nicht verfassungsmäßig verurteilte, die zwar die Beibehaltung der Strafbarkeit der Abtreibung vorsah, jedoch eine gewisse Erleichterung für die Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung bedeutet hätte, trat 1976 der reformierte § 218 in Kraft. Es wird von verschiedener Seite Bilanz gezogen, dies tut die offene Reaktion, dies tut die Bundesregierung; Gewerkschaften und Frauengruppen ziehen ebenfalls Bilanz über die Praxis des reformierten § 218. Wir haben nach dem BVG-Urteil den Kampf gegen den § 218 aufgenommen und schlugen damals vor, das BVG-Urteil mittels eines Volksentscheids zu beseitigen. Wie so einiges wurde der „Volksentscheid", der ein taktisches Mittel ist, im Kampf gegen den § 218 zur Hauptseite, zur Erkennungsmarke des KBW. Dies war einer der Gründe, die uns daran gehindert haben, den Kampf gegen den § 218 auch nach der Verabschiedung des Gesetzes 1976 tatsächlich wirksam zu unterstützen, statt an einer damals sicherlich taktisch nicht mehr richtigen Losung trotzdem weiter festzuhalten. Logischerweise hat sich der Kampf gegen den § 218 trotzdem weiterentwickelt, und es soll im folgenden ein Überblick gegeben werden, wie es mit der Durchsetzung des § 218 in seiner reformierten Form aussieht und auf welche Punkte sich der Kampf gegen den § 218 heute konzentriert. Auf der Seite 4 wird ein Überblick gegeben über interessante Bücher zum Kampf gegen den § 218, die nach der Reform erschienen sind.

### Das Wesentliche der Reform des § 218

Generell ist die Schwangerschaftsunterbrechung illegal, auch nach dem neuen Gesetz. Auch hat die Frau *keinen* Rechtsanspruch auf die Schwangerschaftsunterbrechung. *Ausnahmen* der Strafbarkeit wurden durch die Reform des § 218 im wesentlichen erweitert. Diese Ausnahmen sind im einzelnen:

1. wenn eine Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Schwangeren besteht (medizinische Indikation),

2. wenn die Schwangerschaft die Folge einer Vergewaltigung ist (kriminologische Indikation),

3. wenn das Kind auf Grund einer Erbanlage oder eines schädlichen Einflusses vermutlich geschädigt zur Welt kommen wird (eugenische Indikation),

4. wenn die Gefahr einer schwerwiegenden und unzumutbaren Notlage von der Schwangeren abgewendet werden muß (Notlagenindikation oder auch „soziale Indikation" genannt).

Kampf gegen den § 218 heute konzentriert. Auf der Seite 4 wird ein Überblick gegeben über interessante Bücher zum Kampf gegen den § 218, die nach der Reform erschienen sind.

Das Wesentliche der Reform des § 218

Generell ist die Schwangerschaftsunterbrechung illegal, auch nach dem neuen Gesetz. Auch hat die Frau *keinen* Rechtsanspruch auf die Schwangerschaftsunterbrechung. *Ausnahmen* der Strafbarkeit wurden durch die Reform des § 218 im wesentlichen erweitert. Diese Ausnahmen sind im einzelnen:

1. wenn eine Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Schwangeren besteht (medizinische Indikation),

2. wenn die Schwangerschaft die Folge einer Vergewaltigung ist (kriminologische Indikation),

3. wenn das Kind auf Grund einer Erbanlage oder eines schädlichen Einflusses vermutlich geschädigt zur Welt kommen wird (eugenische Indikation),

4. wenn die Gefahr einer schwerwiegenden und unzumutbaren Notlage von der Schwangeren abgewendet werden muß (Notlagenindikation oder auch „soziale Indikation" genannt).

Um die Legalisierung einer Schwangerschaftsunterbrechung zu erreichen, muß die betroffene Frau folgende Prozedur durchlaufen:

1. Ein Arzt der freien Wahl muß das Vorliegen eines Indikationsgrunds schriftlich bestätigen.

2. Die Frau muß sich bei einer anerkannten Schwangerschaftsberatungsstelle mindestens bis 3 Tage vor der Schwangerschaftsunterbrechung beraten lassen.

3. Die Frau muß ein Krankenhaus finden, das die Schwangerschaftsunterbrechung vornimmt. Jedoch darf der Arzt, der die Indikation vornimmt, den Abbruch nicht durchführen. Der Arzt, der die Abtreibung durchführt, ist die letzte Rechtsinstanz zur Feststellung der Rechtmäßigkeit des Abbruchs. Hierzu aber später.

Die Bundesregierung hat zur Überprüfung der Reform eine Kommission eingesetzt, die 1980 einen Bericht vorgelegt hat, der umfassendes Material über die Praxis der 3 obigen Punkte enthält. Der Bericht enthält allerdings nichts darüber, inwieweit der § 218 als *Straf*paragraph zur Anwendung gekommen ist. Der Bericht sowie einige Bücher, die zur Reform des § 218 erschienen sind, geben ein relativ übereinstimmendes Bild.

### Entwicklung der legalen Abtreibungen in der BRD, Abtreibungen im Ausland

Die ersten verläßlichen Daten über die Entwicklung der legalen Abtreibungen liegen ab 1977 vor. Nach dem § 218 ist der Arzt, der die Abtreibung durchführt, dazu verpflichtet, diese zu melden, unter Angabe der Indikation, des Alters und des Berufs der Frau sowie der aufgetretenen Komplikationen. Anfangs sollte der behandelnde Arzt seinen Namen und Adresse angeben. Dies hat u.a. zur Ungenauigkeit der Statistik beigetragen. Später wurde dann auf die Beitreibung des Namens des Arztes verzichtet.

1977 wurden 54308 legale Abtreibungen in der BRD registriert. Davon wurden 57,7% auf Grund der Notlagenindikation vorgenommen. 1978 wurden 73548 legale Abbrüche registriert. davon 67% auf Grund der Notlagenindikation. Die Bundesregierung ließ auch die Abtreibungen von Frauen aus der BRD in Holland und England erheben. Laut ihrer Aussage waren es 1977 in Holland 60000 Frauen, die abtrieben, in England 1000. 1978 in Holland 48000 und 1000 in England. Zusätzlich rechnet die Bundesregierung mit 20000 Abtreibungen, die legal durchgeführt, aber nicht gemeldet werden. Die somit erfaßten Schwangerschaftsunterbrechungen hätten damit im Jahre 1977 135000 betragen, im Jahr 1978 143000. Das bedeutet bezogen auf 4 Geborene 1 Abtreibung.

Den Rückgang der Zahlen in Holland erklärt sich die Bundesregierung aus der zunehmenden Bekanntheit der Möglichkeit legaler Abtreibungen in der BRD. Das mag stimmen. Es ist jedoch ganz sicher nicht das Verdienst der Bundesregierung, sondern der Tatsache geschuldet, daß Gewerkschaften und Frauengruppen, nachdem letztere mehr oder weniger bis 1977 die Fahrt nach Holland propagierten, zur richtigen Entscheidung kamen „nicht mehr nach Holland zu fahren", sondern die Auseinandersetzung um die Reform in der BRD offensiv zu suchen.

Aus den steigenden Zahlen über die legalen Schwangerschaftsunterbrechungen braucht keineswegs geschlossen zu werden, es sei etwa leicht, zu einer legalen Schwangerschaftsunterbrechung zu kommen. In diesen Daten drücken sich die hartnäckigen Auseinandersetzungen und Kleinkriege Zehntausender aus, die, gezwungen durch das Gesetz, zahlreiche Instanzen durchlaufen müssen, um nicht in die Hände von Kurpfuschern zu geraten oder eine teure Fahrt ins Ausland machen zu müssen. Diese Schikanen nun im einzelnen:

### Erlangung einer Indikation

Nach dem Gesetz kann jeder Arzt eine Indikation ausstellen. Untersuchungen darüber, wieviele Ärzte beispielsweise

Den Rückgang der Zahlen in Holland erklärt sich die Bundesregierung aus der zunehmenden Bekanntheit der Möglichkeit legaler Abtreibungen in der BRD. Das mag stimmen. Es ist jedoch ganz sicher nicht das Verdienst der Bundesregierung, sondern der Tatsache geschuldet, daß Gewerkschaften und Frauengruppen, nachdem letztere mehr oder weniger bis 1977 die Fahrt nach Holland propagierten, zur richtigen Entscheidung kamen „nicht mehr nach Holland zu fahren", sondern die Auseinandersetzung um die Reform in der BRD offensiv zu suchen.

Aus den steigenden Zahlen über die legalen Schwangerschaftsunterbrechungen braucht keineswegs geschlossen zu werden, es sei etwa leicht, zu einer legalen Schwangerschaftsunterbrechung zu kommen. In diesen Daten drücken sich die hartnäckigen Auseinandersetzungen und Kleinkriege Zehntausender aus, die, gezwungen durch das Gesetz, zahlreiche Instanzen durchlaufen müssen, um nicht in die Hände von Kurpfuschern zu geraten oder eine teure Fahrt ins Ausland machen zu müssen. Diese Schikanen nun im einzelnen:

Erlangung einer Indikation

Nach dem Gesetz kann jeder Arzt eine Indikation ausstellen. Untersuchungen darüber, wieviele Ärzte beispielsweise

im Durchschnitt aufgesucht werden müssen, gibt es nicht. Wohl aber gibt es zahlreiche Berichte von Frauen, die entweder von ihren Ärzten eine Adresse in Holland bekommen oder aus der Praxis rausgeworfen werden und dann von Arzt zu Arzt laufen müssen. Jeder Arzt, der eine Indikation ausstellt, muß damit rechnen, daß diese überprüft und zurückgewiesen wird. Jede Frau muß damit rechnen, daß sie derselben Befragungstour, der sie schon beim Arzt und später in der Beratungsstelle unterzogen wurde, im Krankenhaus nochmal ausgesetzt ist, und daß womöglich abgelehnt wird, den Eingriff durchzuführen. Da viele Ärzte fürchten, in den Geruch zu kommen, allzu bereitwillig Indikationen auf Notlage auszustellen, versuchen sie, andere Indikationen zu begründen, was die Frau dazu zwingt, bei anderen Stellen ein Schauspiel vorzuführen.

*Zwangsberatung:* Nach dem Gesetz ist die Frau verpflichtet, mindestens bis 3 Tage vor der Abtreibung eine Beratung über sich ergehen zu lassen, die den Zweck verfolgt, sie auf die Hilfen hinzuweisen, die es ihr angeblich ermöglichen sollen, das Kind doch auszutragen. 1979 gab es in der BRD 905 anerkannte Beratungsstellen. Davon hatten 340 kirchliche Träger, 127 Pro Familia und Arbeiterwohlfahrt, 408 von staatlichen Ämtern. Der überwiegende Teil der „Schwangerschaftskonfliktberatung" wird von Pro Familia ausgeführt, weil diese wegen ihrer liberalen Einstellung zum §218 bekannt ist. Nach Aussage der Kommission der Bundesregierung haben 80% der Frauen, die die Beratung aufsuchen, ihre Entscheidung bereits getroffen und lassen sich nicht umstimmen. Die übergroße Mehrheit derjenigen, die zur Beratung müssen, empfinden es als Zwang, Unterdrückung und Schikane. Selbst die Regierung konnte hier nichts anderes feststellen. Die gepriesenen Hilfen werden zurecht als lächerlich empfunden, und als Hohn auf die Lage der Frau, die die Abtreibung machen lassen will. Der überwiegende Anteil der Berater lehnt diese Tätigkeit ab, gerade weil sie auf Zwang beruht. Keineswegs werden die Frauen durch diese Zwangsberatung dazu angeregt, die Beratungsstelle nach der Schwangerschaftsunterbrechung noch einmal aufzusuchen, um sich über Familienplanung und Verhütungsmittel zu informieren, gerade weil sie mit der Beratung als Zwang konfrontiert wurden, wo irgendjemand dazu in der Lage sein soll besser über ihre Situation urteilen zu können als sie selber. In zahlreichen Beratungsstellen wurde deshalb z.B. dazu übergegangen, die Bescheinigung, daß die Beratung stattgefunden hat, bereits vor dem Gespräch auszustellen und der Frau auszuhändigen, um etwas von dem Druck zu nehmen. Pro Familia stand bei der Reform des Gesetzes vor dem Problem, daß sie, wenn sie diese Beratung übernimmt, die Beratungskapazitäten, die für die „freiwillige Beratung" sonst zur Verfügung stehen, einschränken muß. In einigen CDU-regierten Ländern ging man dazu über, die Zuschüsse für solche Beratungsstellen zu streichen, die vorbehaltlos Bescheinigungen ausstel-

„freiwillige Beratung" sonst zur Verfügung stehen, einschränken muß. In einigen CDU-regierten Ländern ging man dazu über, die Zuschüsse für solche Beratungsstellen zu streichen, die vorbehaltlos Bescheinigungen ausstel-




A. Lex Nerlinger, 1931

len und die Frauen in ihrer Entscheidung bestärken. Nach dem Gesetz sind die Länder diejenigen, die Beratungsstellen anerkennen. Daraus folgt aber kein Anspruch auf Finanzierung. Beratung über Familienplanung und Verhütung ist notwendig, genauso wie andere Einrichtungen für die Reproduktion nötig sind. Diese Probleme können offensichtlich nicht einfach dadurch gelöst werden, indem man Sexualkunde in den Unterricht aufnimmt und das dann fürs ganze Leben reichen soll. Der Staat geht hier vor, wie in anderen Fragen der gesellschaftlichen Reproduktion auch. Er überläßt diese Einrichtungen freien Trägern und entscheidet dann im einzelnen, ob dafür Steuergelder zur Verfügung gestellt werden oder nicht. Die Zwangsberatung hat mit einer notwendigen Beratung aber überhaupt nichts zu tun. Der DGB hat zurecht festgestellt, daß insbesondere in den CDU-regierten Ländern noch nicht einmal vom Staat die Informationen über die geltende Rechtslage zum §218 breit veröffentlicht wurde, geschweige denn sonstiges Aufklärendes. In Baden-Württemberg hat der DGB eine Aufklärungskampagne nach der Verabschiedung des Gesetzes gemacht, was ihm übelste Beschimpfung durch die Reaktion einbrachte. Auch wenn man teilweise kritisieren muß, daß bei dieser Aufklärung die Kritik am bestehenden Gesetz zu kurz kommt, ist so etwas trotzdem richtig und notwendig.

### Einrichtungen für Schwangerschaftsunterbrechungen

Nach dem Gesetz können in Krankenhäusern Abtreibungen vorgenommen werden, oder in eigens zugelassenen Einrichtungen. Welche zugelassen werden, legen die Länder fest. Die Kommission der Bundesregierung, die die Ausführung des reformierten §218 untersucht hat, hat bei 241 erfaßten Krankenhäusern festgestellt, daß in 170 von diesen Schwangerschaftsunterbrechungen aufgrund der Notlagenindikation nicht durchgeführt werden. 62% der gynäkologischen Chefärzte lehnen den Schwangerschaftsabbruch aufgrund der Notlagenindikation ab. In Baden-Württemberg beschlossen verschiedene Kreistage 1977, daß in den Kliniken der Landkreise keine Abtreibungen aufgrund der Notlagenindikation gemacht werden. Es kommt auch vor, daß Chefärzte beschließen, daß in ihrer Klinik keine Abtreibungen gemacht werden dürfen.

Daraus braucht nicht geschlossen zu werden, daß die Schwangerschaftsabbrüche aufgrund anderer Indikation

kation gemacht werden. Es kommt auch vor, daß Chefärzte beschließen, daß in ihrer Klinik keine Abtreibungen gemacht werden dürfen.

Daraus braucht nicht geschlossen zu werden, daß die Schwangerschaftsabbrüche aufgrund anderer Indikation

dort gemacht würden, genausowenig wie in den Kliniken, die sich dann herablassen, sie in allen Fällen durchzuführen. In der Regel unterzieht eine Kommission von Ärzten die vorliegende Indikation sowie die Frau einer Untersuchung und hochnotpeinlichen Befragung. In zahlreichen Krankenhäusern liegen die Frauen mit anderen Frauen, die gerade entbunden haben auf einer Station bzw. in einem Zimmer. Dazu kommt noch, daß die Bemühungen in den Krankenhäusern, die Fortschritte der Medizin auch für eine gefahrlose und möglichst nicht allzu schmerzhafte Abtreibung sich zunutze zu machen, minimal sind. Der geringere Teil der Abtreibungen in der BRD wird nach der Absaugmethode vorgenommen, die in anderen Ländern mit weniger Risiken angewandt wird, wie die althergebrachten Methoden. So schlecht wie es mit den medizinischen Fortschritten in der Verhütung aussieht, so sieht es auch auf dem Gebiet der Schwangerschaftsunterbrechung aus. U.a. aus diesen Gründen fordert der DGB Modellberatungszentren, die Beratung durchführen, wie auch Schwangerschaftsabbrüche ambulant durchführen. Bisher gibt es in der BRD eine solche Einrichtung, das Modellberatungszentrum Pro Familia in Bremen.

Insgesamt kann man sagen, daß die Frauen weder ein Recht haben, eine legale Abtreibung durchführen zu lassen, noch daß die Einrichtungen auf dem notwendigen Stand sind. Die Frau hat auch kein Recht darauf, daß die Abtreibung auf einem medizinisch fortgeschrittenem Stand durchgefürht wird. Sie muß halt selber sehen, wie sie zurecht kommt. Und ob sie zurecht kommt, hängt dann davon ab, welche Beziehungen sie hat, hängt auch von Zufällen ab, nämlich wo sie wohnt, welchen Arzt sie hat, wie das Beratungszentrum ist, in das sie geht, und wie die Einstellung der Ärzte und des Personals in den entsprechenden Krankenhäusern ist.

### Stand des Kampfes gegen den §218

Der §218, auch in seiner jetzigen Form, trifft im wesentlichen die Frauen der unterdrückten Klassen dieser Gesellschaft. Es war für die Frauen der Reichen nie ein Problem, eine einwandfrei durchgeführte Schwangerschaftsunterbrechung zu bekommen, und es ist auch nach wie vor keines. Den Prozeduren die das neue Gesetz vorsieht, müssen sich die Lohnabhängigen, Schüler und Studenten unterziehen. Mit der Verabschiedung des reformierten §218 ist es auch nicht gelungen, die Lage so darzustellen, als seien die Probleme gelöst. Nach einer Repräsentativumfrage, die ebenfalls von der Kommission der Bundesregierung veröffentlicht wurde, die über „gewünschte Regelungen zum Paragraphen 218" befragte, sprachen sich die Befragten wie folgt aus: Überhaupt verboten: 3,5%, nur bei Gefahr für Leben und Gesundheit der Mutter erlaubt: 24,5%, nur unter festgesetzten Vorraussetzungen erlaubt: 25,5%, in den ersten 3 Monaten erlaubt: 35,8%, ohne jede Einschränkung erlaubt: 7,8%, keine Antwort: 2,8%.

Wobei „ohne jede Einschränkung" nicht unbedingt als ersatzlose Streichung aus dem Strafgesetzbuch zu verstehen ist. Auch ohne diese Einschränkung bedeutet dieses Ergebnis, daß 44% von einem fortschrittlichen Standpunkt aus die jetzige Regelung nicht für gut heißen.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes im Jahre 1976 haben sich Gewerkschaften, aber auch Frauengruppen, darauf konzentriert, sich mit dem bestehenden Gesetz auseinanderzusetzen und in der Praxis Legalisierung der Abtreibung so weit wie möglich durchzusetzen. Das bedeutet weder bei den Gewerkschaften noch bei den Frauengruppen, daß sie sich mit der bestehenden Regelung abgefunden haben, im Gegenteil werden die Auseinandersetzung mit dem Gesetz und seiner Praxis dafür genutzt, die ersatzlose Streichung zu propagieren, in den Gewerkschaften oft auch die Fristenlösung. Zurecht wird gegen die Fristenlösung argumentiert, daß sie die Strafbarkeit

öffentlicht wurde, die über „gewünschte Regelungen zum Paragraphen 218" befragte, sprachen sich die Befragten wie folgt aus: Überhaupt verboten: 3,5%, nur bei Gefahr für Leben und Gesundheit der Mutter erlaubt: 24,5%, nur unter festgesetzten Vorraussetzungen erlaubt: 25,5%, in den ersten 3 Monaten erlaubt: 35,8%, ohne jede Einschränkung erlaubt: 7,8%, keine Antwort: 2,8%.

Wobei „ohne jede Einschränkung" nicht unbedingt als ersatzlose Streichung aus dem Strafgesetzbuch zu verstehen ist. Auch ohne diese Einschränkung bedeutet dieses Ergebnis, daß 44% von einem fortschrittlichen Standpunkt aus die jetzige Regelung nicht für gut heißen.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes im Jahre 1976 haben sich Gewerkschaften, aber auch Frauengruppen, darauf konzentriert, sich mit dem bestehenden Gesetz auseinanderzusetzen und in der Praxis Legalisierung der Abtreibung so weit wie möglich durchzusetzen. Das bedeutet weder bei den Gewerkschaften noch bei den Frauengruppen, daß sie sich mit der bestehenden Regelung abgefunden haben, im Gegenteil werden die Auseinandersetzung mit dem Gesetz und seiner Praxis dafür genutzt, die ersatzlose Streichung zu propagieren, in den Gewerkschaften oft auch die Fristenlösung. Zurecht wird gegen die Fristenlösung argumentiert, daß sie die Strafbarkeit

weiterhin aufrechterhält, und daß es, wenn den Frauen ermöglicht wird, den Schwangerschaftsabbruch den sie sich ja keineswegs sehnlich wünschen, rasch und unkompliziert durchzuführen, dies die beste Garantie dafür ist, daß nicht nach dem 3. oder 4. Monat oder später abgetrieben wird.

In Wirklichkeit verhindert ja die gegewärtige Gesetzeslage, daß solche Komplikationen weitgehend vermieden werden können, dadurch, daß zahlreiche Instanzen zum Zwang gemacht werden, was den Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruchs immer weiter hinauszieht und darüber hinaus die betroffenen Frauen der Erniedrigung und Unterdrückung aussetzt. Die Angriffe der Reaktion, die sich zum Teil auch auf die gegenwärtige Praxis des §218 beziehen, bezwecken, das bißchen, was an Spielraum durchgesetzt werden konnte, wiederum einzuschränken. Das geht mit dem Gesetz, so wie es ist, auch und das wird solange möglich sein, solange der §218 nicht ersatzlos gestrichen wird. Die Praxis des Gesetzes hat eigentlich gezeigt, daß es beim §218 keinen „Kompromiß" geben kann. Die gegenwärtige Bewegungsform dieser Auseinandersetzung, zäher Kleinkrieg um jeden Schritt, wenn es um die Legalisierung der Abtreibung geht, und gleichzeitig Enthüllungen darüber, was dieses Gesetz bewirkt, mit dem Zweck, die Front für die ersatzlose Streichung des §218 zu stärken, ist gut geeignet, Fortschritte zu erzielen. Wo immer wir können, sollten wir diesen Kampf unterstützen, der schließlich zur offenen Auseinandersetzung gegen diesen Paragraphen führen wird.

# „Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren“

## 4 Bücher zum Kampf gegen den §218

*anm.* Im folgenden soll auf vier neue Bücher, die in der letzten Zeit zum § 218 erschienen sind, hingewiesen werden. Drei von diesen Büchern befassen sich direkt mit der Reform des § 218 und seiner jetzigen Praxis: „Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren“, herausgegeben von Pro Familia Bremen, rororo aktuell. „§ 218 – Gewalt über Frauen – Berichte, Reportagen, Protokolle zur Diskussion über den Paragraphen 218“, ein Stern-Buch. „Schwangerschaft und der neue § 218“, Handbuch für Frauen. Herausgegeben von der Frauenaktion Dortmund. Das vierte Buch ist ein „erzählendes Sachbuch“ von Ingrid Zwerenz: „Die Geschichte des § 218“, Fischer Buch.

Die ersten drei Bücher zeichnen sich dadurch aus, daß sie nach Darstellung der geltenden Gesetzeslage Berichte, Reportagen, Ergebnisse von Befragungen von Frauen, Ärzten, Wissenschaftlern zum neuen § 218 enthalten. Sie stellen eindringlich dar, daß der neue § 218 entwürdigend für die Frauen ist. Sie sind Veröffentlichungen, die deutlich für die ersatzlose Streichung des § 218 streiten und gleichzeitig demjenigen, der den Kampf gegen den § 218 selber unterstützen will, zahlreiche Argumente an die Hand gibt. Demjenigen, der selber direkt vom § 218 betroffen ist/war, zeigen sie eindringlich, daß die eigenen Erfahrungen keine isolierten sind, daß es offensichtlich zahlreiche andere gibt, die diese persönlichen Erfahrungen als Waffe im Kampf gegen dieses Gesetz einsetzen. Das ist gut.

Zudem vermitteln diese Bücher auch Kenntnisse, was zu tun ist, wenn man vor dem Problem steht, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen zu müssen. Sie enthalten Adressen von Frauenzentren und Beratungsstellen, die man dann wohl in der Regel auch aufsuchen kann, ohne sich schikanieren lassen zu müssen.

In den beiden Büchern „Schwangerschaft und der neue § 218“ sowie „Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren“ sind Berichte über die Tätigkeit von Frauengruppen, und wie sie ihre Tätigkeit einschätzen, abgedruckt. Das Buch von Ingrid Zwerenz ist deshalb interessant, weil es insgesamt mit Dokumenten über den Kampf gegen den § 218 seit seiner Entstehung berichtet. Es gibt zwar viele Bücher, die historisch diesen Kampf behandeln, hier bekommt man einen Überblick, angenehmerweise mit ausführlichen Quellen, aber auch nicht allzu trocken. In dem Buch ist z.B. auch die Praxis der Geburtenregelung und des Schwangerschaftsabbruchs in der SU nach 1917 untersucht. Der Kampf gegen den § 218 in der Weimarer Republik ist ausführlich dokumentiert.

*Auszug aus*

### „Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren“

Demütigende und diskriminierende Behandlung der schwangeren Frauen in Krankenhäusern waren und sind an der Tagesordnung, nicht nur wenn die behandelnden Ärzte versuchen, Frauen mit sozialer Indikation zu einer Sterilisation zu zwingen. Im Frühjar 1977 begleiteten wir Frau K., die mit einer sozialen Indikation ein Bett suchte, in drei Krankenhäuser. Was sie dort erlebte, ist kein Einzelfall.

„Frau K. ist 24 Jahre alt, steht kurz vor dem Examen und erhält staatliche Studienunterstützung (BAföG), da die Eltern sie nicht unterstützen können. Der Vater des Kindes ist nicht bereit, ihr finanziell zu helfen.

Als Frau K. und ihre Begleiterin in der ersten Hessenklinik, dem Dreieich-Krankenhaus in Langen, nach einem Bett für einen legalen Schwangerschaftsabbruch fragen, werden sie von der Sekretärin des Chefarztes sofort gefragt, „soziale oder medizinische Indikation?“

Der Chef der Frauenklinik, Dr. S., der die begleitende Frau nur zögernd duldet, nimmt zuallererst Einsicht in die Unterlagen und sagt dann sofort, daß vor zwei Wochen kein Bett frei sei, das heißt, die Schwangerschaftsunterbrechung könnte erst in der zwölften Woche durchgeführt werden. Frau K. müßte noch zwei Wochen die nervliche Belastung ihrer Schwangerschaft auf sich nehmen und hätte noch nicht einmal die Gewißheit, daß der Abbruch dann tatsächlich vom Dreieich-Krankenhaus durchgeführt würde.

Auf den Einwand von Frau K.s Begleiterin, daß dies hier ein akuter Fall sei, antwortet Dr. S.: „Ein akuter Fall ist für mich eine Frau, die blutend auf dem Flur steht.“ Begleiterin: „Das wollen Sie doch nicht herbeiführen?“ Dr. S.: „Eine Schwangerschaft ist für mich nicht dringend.“ Begleiterin: „Richtig, aber hier liegt ein Schwangerschaftsabbruch vor.“ ...

Auch im Offenbacher Stadtkrankenhaus, das die beiden Frauen als nächstes aufsuchen, wird die begleitende Person des Vertrauens vom Chef der Gynäkologie, Professor B., zunächst abgelehnt. Professor B.: „Wenn jemand mitkommt, dann sage ich überhaupt nichts mehr.“ Dann will B. wissen, warum die Frauen sich überhaupt an seine Klinik wenden und nicht an das Dreieich-Krankenhaus oder die Uniklinik. Als Frau K. mitteilt, sie komme vom Frauenzentrum, schimpft und brüllt der Klinikchef lautstark über das Frauenzentrum. Frau K. steht zunächst sehr eingeschüchtert und hilflos dar. Schließlich schaut sich Professor B. die Indikationsunterlagen an. Dann schnauzt er Frau K. an, ohne zu wissen, ob sie die Pille nimmt oder nicht: „Warum nehmen Sie denn die Pille nicht? Sie sind doch intelligent und nicht eine von den ... sozial Schwachen.“ Als auch Professor B. behauptet, daß erst in zwei Wochen ein Bett zur Verfügung stünde, da er die Unterbrechung persönlich vornehmen müsse, verläßt Frau K. niedergeschlagen das Krankenhaus. Sie ist von Professor B.s Gebrüll stark mitgenommen und außerdem nicht gewöhnt, sich schreiend mit Leuten auseinanderzusetzen.

In der Frankfurter Universitätsklinik, dem dritten Krankenhaus bei dieser Bettensuche, werden die beiden Frauen abgewimmelt. Kein zuständiger Arzt ist für sie zu erreichen. Frau K. ist der Verzweiflung nahe, sie fährt noch am gleichen Tag mit dem Zentrums-Bus nach Holland. Die Kosten für die Reise und Behandlung betragen 420 Mark. Frau K. reicht die Rechnung bei ihrer Krankenkasse, der DAK, ein. Die DAK erstattet nur, was sie in der Bundesrepublik für einen Schwangerschaftsabbruch gezahlt hätte, nämlich 105,20 Mark (zitiert nach einem Gedächtnisprotokoll der beiden Frauen, das in einer „Dokumentation“ des Frankfurter und des Neu-Isenburger Frauenzentrums veröffentlicht wurde).

Pro Familia Bremen (Hg.): Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren, Hamburg 1978, S. 45 f

### Leo Klauber, 1927

Nach allem Gesagten trifft mein Gesinnungsfreund und Kollege Brupbacher den Nagel auf den Kopf, wenn er sagt:

„Wir sind nicht für die Abtreibung. Aber wir sind in der heutigen Gesellschaft gegen die Bestrafung der Abtreibung. Wir sind für die Beseitigung der Ursachen der Abtreibung ... Wir werden die Grundlagen schaffen für eine Gesellschaft, in der an Stelle der Furcht vor dem Kinde die Freude am Kinde treten wird.“

Kommen wir nunmehr zu den Gesetzesverfügungen, wie sie Sowjetrußland bezüglich der Abtreibungen herausgebracht hat. Dabei müssen wir ohne parteiliche Voreingenommenheit die Dinge betrachten, wie sie einmal sind und wie sie in ihren günstigen Auswirkungen zahlreiche, auf ganz anderem Boden stehende Beobachter gesehen haben. Die Bestimmungen, die durch eine gemeinsame Verfügung des Volkskommissars für Volksgesundheit und des Volkskommissariats für Rechtswesen im Jahre 1919 fixiert wurden, lauten:

1. Die unentgeltliche Abtreibung der Frucht, die künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft wird in staatlichen Krankenhäusern vorgenommen, wo den Frauen das Maximum an Gefahrlosigkeit für die an ihnen vorgenommene Operation gesichert wird.
2. Es ist dabei absolut verboten, ohne Arzt diese Operation vorzunehmen.
3. Die Hebammen oder „weisen Frauen“ verlieren im Falle eines Zuwiderhandelns gegen das Gesetz das Recht auf Praxis und werden dem Volksgericht übergeben.
4. Der Arzt, der diese Operation in seiner Privatpraxis in eigennütziger Absicht vorgenommen hat, wird ebenfalls vor das Volksgericht gestellt.

Wir sehen also, daß in Punkt 1 die Unentgeltlichkeit bei der Operation gewährleistet ist und mit allen hygienischen und technischen Sicherheiten garantiert wird. Um mit dem jahrhundertealten Brauch der Heimlichkeit entschieden aufzuräumen und um die Gesundheitsgefahren eines mittelqualifizierten Abortes zu beseitigen, werden auch die geübten Laien in Punkt 3 der Verfügung mit Strafe bedroht, falls sie sich mit Aborten befassen. Wenn man die gewaltige Ausdehnung der Sowjetunion und die dünne Besetzung mit Ärzten in den entferntesten Provinzen bedenkt, so bedeutet es tatsächlich einen Eingriff von größter Bedeutung, die Frauen aus abgelegenen Siedlungen in die Provinzkrankenhäuser zum Zwecke des Abortes zur bringen, wo sie doch früher diesen Eingriff angstvoll und unter Gefahren vor den Augen des staatlichen Arztes verbergen mußten. Rücksichtslos wie die Sowjets in der Durchführung dessen, was sie als gut erkannt haben, sind, erzwingen sie das Aufhören jeder Heimlichkeit des Abortes. Im vierten Punkt der Bestimmungen verbieten sie auch den ehemaligen Luxusärzten die besonders bezahlte Operation an Damen, denen die klinische Behandlung nicht paßt und die nicht mit dem „Volk“ in einem Krankenhaussaal zusammenliegen wollen.

aus: Ingrid Zwerenz, Die Geschichte des § 218, Frankfurt 1980, S. 103 f.



„Drei Mann und eine Frau“, R. Wehner, Offset litho 1976, aus: Bilder gegen ein K(l)assengesetz – Materialien zu einer Ausstellung, Hrsg. Arbeitsgruppe § 218 – Berlin 1977

gen, der selber direkt vom § 218 betroffen ist/war, zeigen sie eindringlich, daß die eigenen Erfahrungen keine isolierten sind, daß es offensichtlich zahlreiche andere gibt, die diese persönlichen Erfahrungen als Waffe im Kampf gegen dieses Gesetz einsetzen. Das ist gut.

Zudem vermitteln diese Bücher auch Kenntnisse, was zu tun ist, wenn man vor dem Problem steht, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen zu müssen. Sie enthalten Adressen von Frauenzentren und Beratungsstellen, die man dann wohl in der Regel auch aufsuchen kann, ohne sich schikanieren lassen zu müssen.

In den beiden Büchern „Schwangerschaft und der neue § 218“ sowie „Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren“ sind Berichte über die Tätigkeit von Frauengruppen, und wie sie ihre Tätigkeit einschätzen, abgedruckt. Das Buch von Ingrid Zwerenz ist deshalb interessant, weil es insgesamt mit Dokumenten über den Kampf gegen den § 218 seit seiner Entstehung berichtet. Es gibt zwar viele Bücher, die historisch diesen Kampf behandeln, hier bekommt man einen Überblick, angenehmerweise mit ausführlichen Quellen, aber auch nicht allzu trocken. In dem Buch ist z.B. auch die Praxis der Geburtenregelung und des Schwangerschaftsabbruchs in der SU nach 1917

dikation?“

Der Chef der Frauenklinik, Dr. S., der die begleitende Frau nur zögernd duldet, nimmt zuallererst Einsicht in die Unterlagen und sagt dann sofort, daß vor zwei Wochen kein Bett frei sei, das heißt, die Schwangerschaftsunterbrechung könnte erst in der zwölften Woche durchgeführt werden. Frau K. müßte noch zwei Wochen die nervliche Belastung ihrer Schwangerschaft auf sich nehmen und hätte noch nicht einmal die Gewißheit, daß der Abbruch dann tatsächlich vom Dreieich-Krankenhaus durchgeführt würde.

Auf den Einwand von Frau K.s Begleiterin, daß dies hier ein akuter Fall sei, antwortet Dr. S.: „Ein akuter Fall ist für mich eine Frau, die blutend auf dem Flur steht.“ Begleiterin: „Das wollen Sie doch nicht herbeiführen?“ Dr. S.: „Eine Schwangerschaft ist für mich nicht dringend.“ Begleiterin: „Richtig, aber hier liegt ein Schwangerschaftsabbruch vor.“ ...

Auch im Offenbacher Stadtkrankenhaus, das die beiden Frauen als nächstes aufsuchen, wird die begleitende Person des Vertrauens vom Chef der Gynäkologie, Professor B., zunächst abgelehnt. Professor B.: „Wenn jemand mitkommt, dann sage ich überhaupt nichts mehr.“ Dann will

Unentgeltlichkeit bei der Operation gewährleistet ist und mit allen hygienischen und technischen Sicherheiten garantiert wird. Um mit dem jahrhundertealten Brauch der Heimlichkeit entschieden aufzuräumen und um die Gesundheitsgefahren eines mittelqualifizierten Abortes zu beseitigen, werden auch die geübten Laien in Punkt 3 der Verfügung mit Strafe bedroht, falls sie sich mit Aborten befassen. Wenn man die gewaltige Ausdehnung der Sowjetunion und die dünne Besetzung mit Ärzten in den entferntesten Provinzen bedenkt, so bedeutet es tatsächlich einen Eingriff von größter Bedeutung, die Frauen aus abgelegenen Siedlungen in die Provinzkrankenhäuser zum Zwecke des Abortes zur bringen, wo sie doch früher diesen Eingriff angstvoll und unter Gefahren vor den Augen des staatlichen Arztes verbergen mußten. Rücksichtslos wie die Sowjets in der Durchführung dessen, was sie als gut erkannt haben, sind, erzwingen sie das Aufhören jeder Heimlichkeit des Abortes. Im vierten Punkt der Bestimmungen verbieten sie auch den ehemaligen Luxusärzten die besonders bezahlte Operation an Damen, denen die klinische Behandlung nicht paßt und die nicht mit dem „Volk“ in einem Krankenhaussaal zusammenliegen wollen.

aus: Ingrid Zwerenz, Die Geschichte des § 218, Frankfurt 1980, S. 103 f.



„Drei Mann und eine Frau“, R. Wehner, Offset litho 1976, aus: Bilder gegen ein K(l)assengesetz – Materialien zu einer Ausstellung, Hrsg. Arbeitsgruppe § 218 – Berlin 1977

# Auszüge aus der sowjetischen Presse

*Kommentator Juri Kornilow, hier zit. aus „Freundschaft“, Tageszeitung der sowjetdeutschen Bevölkerung Kasachstans, 24.12.:*

### Der revolutionäre Prozess in Afghanistan ist unumkehrbar

Das dritte Jahr dauert der unerklärte Krieg gegen die Demokratische Republik Afghanistan. In diesem Krieg steht die junge Republik vereinten Anstrengungen der amerikanischen Imperialisten, der Pekinger Hegemonisten, reaktionärer Regimes und zionistischer Agenten gegenüber. Allein im Oktober/November dieses Jahres wurden von den Territorien Pakistans und Irans aus mehr als 3000 bewaffnete Banditen in die DRA eingeschleust. (...)

Die bewaffneten Einfälle in das souveräne Afghanistan werden sozusagen auch „propagandistisch abgesichert“. In ihrem Versuch, die Entwicklung rückläufig zu machen, setzen die Feinde des afghanischen Volkes Verleumdungen aller Art über Afghanistan in die Welt und schlagen viel Lärm um die viel zitierte „sowjetische Bedrohung“ für irgendeine Seite – bald ist von Pakistan, bald von Ländern des persischen Golfs die Rede –, obwohl sie sehr wohl wissen, daß keine Spur von einer solchen Bedrohung besteht. Sie fordern lauthals die Einstellung der sowjetischen Militärhilfe für Afghanistan, tun aber in Wirklichkeit alles, um das unmöglich zu machen, die Spannungen aufrechtzuerhalten und zu verstärken und eine Normalisierung der Lage nicht zuzulassen. (...)

Für diejenigen aber, die Anschläge auf die Demokratische Republik Afghanistan verüben – ob sie in Washington oder Peking, Kairo oder Islamabad sitzen –, ist es an der Zeit einzusehen, daß ihre abenteuerlichen Pläne zum Scheitern verurteilt sind. Der revolutionäre Prozeß in Afghanistan ist unumkehrbar!

*In derselben Zeitung vom 26.12. ein Kommentar von A. Matwejew:*

### Wer schafft Spannungen in Südostasien?

Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zieht wieder die Lage in Südostasien auf sich. Dort spielen sich Ereignisse ab, die die Situation in diesem Raum ernsthaft komplizieren und eine potentielle Gefahr für den Frieden und die Sicherheit im ganzen in sich bergen. (...)

Es ist aber allgemein bekannt, daß die Hauptursache der hier bestehenden Spannungen nach wie vor in den hegemonistischen Handlungen Pekings liegt, das, von den USA unterstützt, versucht, die Errungenschaften der Revolution in den Ländern Indochinas zu unterwandern sowie Wege und Mittel für die Verwirklichung seiner expansionistischen Pläne zu finden. Zu diesem Zweck trifft es Kriegsvorbereitungen und verübt bewaffnete Provokationen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze, droht dem sozialistischen Vietnam mit einem „zweiten Schlag“ und organisiert die Ausfälle der Überreste der Pol-Pot-Banden gegen die Volksrepublik Kampuchea.

Für die Lösung der Aufgaben zur Entwicklung der Wirtschaft und Hebung des Lebensstandards, die vor allen Völkern Südostasiens stehen, bedarf es des Friedens. Der Frieden läßt sich aber nur bei der strikten Einhaltung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen und Anbahnung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit erreichen. Einen anderen Weg gibt es nicht. Die Sowjetunion zeigt Verständnis für die Handlungen und Initiativen der SRV, Laos und Kampucheas wie auch der anderen Staaten Südostasiens, die auf die Erreichung dieses erhabenen Ziels gerichtet sind, und billigt sie.

„Wir sind Realisten und begreifen, daß der Ereignisgang ungleichmäßig sein kann“, stellte L.I.Breschnew fest. „Das internationale Leben weist stets Überraschungselemente auf. Niemand und nie wird es aber gelingen, das Morgenrot der Freiheit, das über den Ländern Indochinas aufgegangen ist, zu löschen. Das ist über jeden Zweifel erhaben.“

A.Matwejew

*„Tribüne“, das Zentralorgan des FDGB, referiert am 30.12. aus einem Artikel der sowjetischen Armeezeitung „Krasnaja Swesda“:*

### Der Westen betreibt ideologische Diversion

In einer „großangelegten und mit viel Aufwand verwirklichten ideologischen Diversion des Westens“ sieht die Armeezeitung „Krasnaja Swesda“ eine der Ursachen für die entstandene Lage in Polen. „Geheimdienste der NATO-Länder, käufliche bürgerliche Presseorgane, revanchistische ‚Landsmannschaften‘, die sich in der BRD verschanzt haben, und reaktionäre Gewerkschaften von der Art der AFL-CIO scheuten weder Mühe noch Kosten, um die antisozialistischen Elemente in Polen zu unterstützen und deren Tätigkeit zu aktivieren, die dem polnischen Volke feindlich ist“, schreibt die Zeitung. „Die USA und andere die NATO-Politik bestimmende Staaten gingen daran, die Volksrepublik Polen zu erpressen. Sie unternahmen Versuche, sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Dabei wollten sie die unumstößliche Tatsache ignorieren, daß die VR Polen ein vollberechtigtes Mitglied der Organisation des Warschauer Vertrages ist und immer mit der brüderlichen Solidarität und Unterstützung der anderen dieser Organisation angehörenden Länder rechnen kann. Die Vertreter der VR Polen haben auf dem Moskauer Treffen der führenden Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages mit allem Nachdruck unterstrichen, daß Polen ein sozialistischer Staat und ein festes Mitglied der Familie der Länder des Sozialismus war, ist und bleibt.“ (...)

*„Horizont“„ DDR-Wochenzeitung für internationale Politik, druckt in der Ausgabe 52/80 ebenfalls aus der sowjetischen Armeezeitung nach:*

### Polen: Hüter der Errungenschaften des Volkes

Kühn und zielstrebig handelten in diesem Gefecht erprobte Kampfgefährten – die Panzersoldaten der Nördlichen Gruppe der sowjetischen Streitkräfte und der Polnischen Volksarmee. (...)

Alle, mit denen wir in den beiden Kompanien ins Gespräch kamen, wissen genau, daß die sowjetisch-polnische Freundschaft und die Kampfbrüderschaft in den Jahren des sozialistischen Aufbaus noch stärker geworden sind. Getreu ihrer internationalistischen Pflicht sind die Sowjetmenschen auch in dem derzeitigen komplizierten Abschnitt im Leben Polens mit dem polnischen Volk solidarisch. Millionen Polen sind davon überzeugt, daß die entstandenen Probleme nur im Einvernehmen mit den sowjetischen Freunden, mit den Klassenbrüdern aus den anderen sozialistischen Staaten erfolgreich gelöst werden können. (...)

Selbstverständlich ist das nicht einfach und erfordert eine gefestigte Ideentreue, eine klassenmäßige Überzeugung und propagandistische Erfahrungen. Erst recht, wenn man berücksichtigt, daß die Prediger der „freien Welt“ und die antisozialistischen Kräfte Tag für Tag versuchen, den Sozialismus mies zu machen, die Ereignisse und Erscheinungen im Lande in einem falschen Licht darzustellen und offen gegen die Führungsrolle der PVAP, gegen die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung auftreten. (...)

Die Verteidiger Volkspolens, die mit der Sowjetarmee und den Armeen der anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in einer einheitlichen Kampffront stehen, lassen in ihrer Wachsamkeit nicht nach. Sie wissen, daß die Interessen des polnischen Volksstaates und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft das erfordern.

Oberstleutnant A.Chorunshi

# Solidarność beharrt auf 5-Tage-Woche

## Scharfe Auseinandersetzung in Südpolen

*hku/gek.* Der Landesausschuß der „Solidarität" hat vergangenen Donnerstag entschieden, auf der Einlösung des Punktes 21 des Danziger Abkommens zu beharren, der die Einführung der Fünftagewoche ab Anfang dieses Jahres vorsieht. Obwohl 1970/71 eine rasche Arbeitszeitverkürzung angekündigt war, beträgt die wöchentliche Arbeitszeit in Polen derzeit noch 46 Stunden; 16 Samstage und andere Wochentage (Feiertage) sind im Jahr arbeitsfrei. Die Regierung hatte zunächst eine Fünftagewoche bei 42,5-stündiger Arbeitszeit vorgeschlagen. Sie spricht jetzt von 26 arbeitsfreien Samstagen im Jahr; etwas anderes sei angesichts der wirtschaftlichen Lage nicht möglich.

„Solidarität" macht dagegen geltend, daß die Regierung einseitig, entgegen der festgelegten Konsultationspflicht, die neue Arbeitszeitregelung erlassen habe. Sie habe bereits Anweisungen erteilt, wie nicht erscheinende Arbeiter zu bestrafen seien.

Allgemein verweist der Landesausschuß der Gewerkschaft darauf, daß die Regierung eine Reihe von Festlegungen des Danziger Abkommens nicht einhalte: Sie habe die Verbreitung des Films „Arbeiter 80", der bei den Streiks im Sommer gedreht wurde, verhindert, habe neue Verhaftungen wegen politischer Überzeugungen vorgenommen, verschärfe die Zensur wieder, während sie die Ausarbeitung des vereinbarten Gesetzes über die Zensur blockiere; ebenso seien auch die Grundzüge des neuen Gewerkschaftsgesetzes unveröffentlicht. Im übrigen werde die Wiederaufnahme von Desinformationen und Propagandaangriffen gegen „Solidarität" oder Teile davon zur Kenntnis genommen.

In mehreren Landesteilen Polens verdichten sich gegenwärtig die Auseinandersetzungen wieder, vor allem in Südostpolen. In weiteren Regionen des Landes erkämpfen sich die Arbeiter das Recht auf eigene Organisationen gegen die Behörden und, was von großer Bedeutung ist, sie verbinden sich von vornherein mit der Bewegung der Bauern. In der Bezirksstadt Rzeszow halten seit einer Woche 600 Mitglieder der „Vereinigung der Arbeiter und Bauern der Beskiden" das Bürogebäude der alten Staatsgewerkschaften besetzt, um folgende Forderungen durchzusetzen: Beendigung der Schikanen der Behörde und Polizei gegen die neuen Gewerkschaften; Aufklärung über den Verbleib der Gelder des alten Gewerkschaftsverbandes, von denen der „Solidarität" ein Anteil zusteht; Anerkennung der Bauernorganisation „Land-Solidarität"; Öffnung der Staatsjagd an der polnisch-sowjetischen Grenze, die bisher der neuen Bourgeoisie vorbehalten war, für die Allgemeinheit; Umwandlung der Villen und Datschen in Erholungsheime für Arbeiter und Bauern.

Die Warschauer Organisation von „Solidarität" hat ihre Mitglieder aufgefordert, am 10.1., der nach Regierungsdekret ein Arbeitstag zu sein hat, nicht zu arbeiten.

# Kampf um den größten Fang geht weiter

## Keine Einigung über Fischereirechte / Hochseeflotte im Hafen

*frb.* Auf kaum einem Gebiet der EG-Agrarpolitik geht es so unmittelbar darum, wer den größten Fang ergattert, wie bei der Fischereipolitik. Daher sind auch hier die Widersprüche so unverblümt. Wiederum ist es nicht gelungen, wie geplant, zum Jahresende Fangquoten für die EG-Gewässer festzulegen. Am 19. Januar sollen die Agrarminister erneut darüber tagen, und Minister Ertl will sich „energisch" für einen Beschluß einsetzen.

Die EG-Staaten waren unter Druck gekommen, als kleinere Länder der Raubfischerei mit Ausweitung ihrer Hoheitszonen begegneten. Auf der Suche nach Ausgleich für Verluste vor fremden Küsten durch Erhöhung der Fänge in EG-Gewässern prallten sie heftig aufeinander. Zwar konnten sie sich zur Errichtung einer 200-Meilen-Zone der EG per 1.1.77 einigen, zu einer Vereinbarung über die gegenseitigen Fangrechte innerhalb dieses EG-Meeres aber ist es seither nicht gekommen. Großbritannien steht auf dem Standpunkt, daß ihm Vorrechte eingeräumt werden müßten, da es die fischreichsten Gewässer und 60% der Was-

der Gesamtquote auf seiner „abgesicherten" Quote sitzenbleiben würde, und verlangte eine 50-Meilen-Zone, in der es „überragende Präferenz" habe. Gescheitert sind die Verhandlungen Mitte Dezember daran, daß Frankreich ungehinderten Zugang für alle Mitgliedsländer in britischen Gewässern verlangt hat.

Es ist kein Wunder, daß gerade die westdeutschen Fischereikonzerne ein wütendes Geheul über die gescheiterten Verhandlungen anstimmen. Ein Nachgeben Großbritanniens war Bestandteil des Geschäfts über den EG-Beitrag Großbritanniens, bei dem die BRD zunächst zugeschossen hat. Obwohl die westdeutsche Fischereiflotte der Gesamttonnage nach weit hinter Italien, Großbritannien, Frankreich und Dänemark rangiert, verfügt sie bei den Fabrikschiffen mit mehr als 2000 BRT über nahezu 100% der EG-Tonnage. Die westdeutschen Konzerne sind daher auf Vereinbarungen mit Drittländern, wo sie ⅔ ihrer Fänge holen, angewiesen. Solche Vereinbarungen, die in die Kompetenz der EG-Kommission fallen, sind aber nicht ab-

genommen, verschärfe die Zensur wieder, während sie die Ausarbeitung des vereinbarten Gesetzes über die Zensur blockiere; ebenso seien auch die Grundzüge des neuen Gewerkschafts-

Die Warschauer Organisation von „Solidarität" hat ihre Mitglieder aufgefordert, am 10.1., der nach Regierungsdekret ein Arbeitstag zu sein hat, nicht zu arbeiten.

Kampf um den größten Fang geht weiter

Keine Einigung über Fischereirechte / Hochseeflotte im Hafen

frb. Auf kaum einem Gebiet der EG-Agrarpolitik geht es so unmittelbar darum, wer den größten Fang ergattert, wie bei der Fischereipolitik. Daher sind auch hier die Widersprüche so unverblümt. Wiederum ist es nicht gelungen, wie geplant, zum Jahresende Fangquoten für die EG-Gewässer festzulegen. Am 19. Januar sollen die Agrarminister erneut darüber tagen, und Minister Ertl will sich „energisch" für einen Beschluß einsetzen.

Die EG-Staaten waren unter Druck gekommen, als kleinere Länder der Raubfischerei mit Ausweitung ihrer Hoheitszonen begegneten. Auf der Suche nach Ausgleich für Verluste vor fremden Küsten durch Erhöhung der Fänge in EG-Gewässern prallten sie heftig aufeinander. Zwar konnten sie sich zur Errichtung einer 200-Meilen-Zone der EG per 1.1.77 einigen, zu einer Vereinbarung über die gegenseitigen Fangrechte innerhalb dieses EG-Meeres aber ist es seither nicht gekommen. Großbritannien steht auf dem Standpunkt, daß ihm Vorrechte eingeräumt werden müßten, da es die fischreichsten Gewässer und 60% der Was-

serfläche ins EG-Meer eingebracht habe. Die restlichen Länder hatten schließlich zugestanden, daß der britischen Küstenfischerei die 1975 erzielte Fangmenge vorab als notwendige Quote gesichert wird. Großbritannien war dies nicht weitgehend genug. Es witterte nämlich hinter dem Angebot der Konkurrenten, daß es bei Erhöhung

der Gesamtquote auf seiner „abgesicherten" Quote sitzenbleiben würde, und verlangte eine 50-Meilen-Zone, in der es „überragende Präferenz" habe. Gescheitert sind die Verhandlungen Mitte Dezember daran, daß Frankreich ungehinderten Zugang für alle Mitgliedsländer in britischen Gewässern verlangt hat.

Es ist kein Wunder, daß gerade die westdeutschen Fischereikonzerne ein wütendes Geheul über die gescheiterten Verhandlungen anstimmen. Ein Nachgeben Großbritanniens war Bestandteil des Geschäfts über den EG-Beitrag Großbritanniens, bei dem die BRD zunächst zugeschossen hat. Obwohl die westdeutsche Fischereiflotte der Gesamttonnage nach weit hinter Italien, Großbritannien, Frankreich und Dänemark rangiert, verfügt sie bei den Fabrikschiffen mit mehr als 2000 BRT über nahezu 100% der EG-Tonnage. Die westdeutschen Konzerne sind daher auf Vereinbarungen mit Drittländern, wo sie ⅔ ihrer Fänge holen, angewiesen. Solche Vereinbarungen, die in die Kompetenz der EG-Kommission fallen, sind aber nicht ab-

zuschließen, ehe nicht ein internes EG-Abkommen existiert. Kanada ist nicht bereit, Fangrechte vor seiner Küste zuzugestehen, ehe nicht die Leistungen der EG geklärt sind. Das Abkommen mit Norwegen liegt ebenfalls auf Eis. Und die westdeutsche Fangflotte liegt im Hafen und sieht sich um den geplanten Fischzug gebracht.

# Aufstand in El Salvador wird vorbereitet

## Befreiungsorganisationen errichten zweite Front / Manöver der US-Imperialisten

*gkr.* Noch vor dem Amtsantritt Reagans wollen die Widerstandsorganisationen El Salvadors eine entscheidende Änderung der Verhältnisse erzwingen. Von Anfang Dezember stammt der Aufruf der Revolutionären Demokratischen Front (FDR), eine Endoffensive vorzubereiten. In dem Aufruf heißt es: „Vor der Ermordung von fast der gesamten Oppositionsspitze war die Bevölkerung zwar nicht gerade demoralisiert, aber die Linke war nicht in der Lage, Vertrauen in ihr Projekt einer demokratischen Regierung zu wecken. Die Erwartung der Bevölkerung richtete sich nicht auf einen sofortigen Wandel der gegenwärtigen Lage ... Dieser Zustand hat sich mit der Ermordung der sechs Oppositionsführer verändert. In der Bevölkerung ist der Ruf nach dem Aufstand wieder stärker geworden ... Eine Welle der Entrüstung, wie wir sie nie erlebt haben, folgte auf die sechs Morde, unter ihnen an einem Sozialdemokraten. Staaten, die bisher an die Möglichkeit einer Vermittlungslösung glaubten und den Plänen der FDR mit einem gewissen Mißtrauen begegnet waren, haben inzwischen ihre Haltung geändert."

Die politischen wie die militärischen Widerstandsorganisationen haben erst in einem längeren Prozeß die Einheit erkämpft, die ihnen jetzt eine Offensive gestattet. Im April letzten Jahres wurde die FDR aus praktisch allen bedeutenden politischen Organisationen, die in Opposition zur herrschenden Junta stehen, gebildet, kurz nachdem Erzbischof Romero, der bekannteste Führer der katholischen Kirche und Unterstützer des Widerstandes, ermordet wurde. Ende November des vergangenen Jahres wurden dann 6 führende Mitglieder der FDR, unter ihnen ihr Präsident Cordova, ermordet und inzwischen ist eine neue Führung gewählt. Präsident ist nun Ungo, Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei MNR. Einer der Stellvertreter wurde Eduardo Calles, Dekan der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität von El Salvador.

Auf militärischem Gebiet dürfte sich

das gemeinsame Oberkommando der Guerillaverbände, die Frente Farabundo Mari de Liberacion Nacional (FMLN), gefestigt haben. Der erste Versuch, ein einheitliches Vorgehen zu vereinbaren, scheiterte, die DRU, im Mai 1980 gebildet, brach im August wieder auseinander. In der FMNL haben sich die vier wichtigsten Guerillaorganisationen, die im wesentlichen auch in verschiedenen Gebieten operieren, im Oktober 1980 zusammengeschlossen.

Und schließlich zeichnet sich gegenwärtig offenbar die Möglichkeit ab, Teile des Militärs abzuspalten und für den Widerstandskampf zu gewinnen. Oberst Majano, der im Oktober 1979 den Putsch gegen den bisherigen herrschenden General Romero angeführt hatte und der im Dezember vergangenen Jahres aus der Junta ausgeschlossen wurde, hat sich den Widerstandsorganisationen angeschlossen und Armeeteile, die ihn unterstützt haben, dazu aufgerufen, ihm zu folgen.

Die US-Imperialisten ihrerseits unternahmen in den vergangenen eineinhalb Monaten verschiedene schmutzige Geschäfte, um die herrschende Junta an der Macht zu halten und ihren Einfluß zu sichern. Nach dem Mord an den 6 führenden Persönlichkeiten der FDR und an 4 Sozialarbeiterinnen, 3 davon waren Nonnen, stellten sie ihre Wirtschafts- und Militärhilfe ein und sandten eine, offiziell so deklarierte, Untersuchungskommission nach El Salvador, um zu erforschen, ob die Regierung an dem Mord an den 4 Sozialarbeiterinnen beteiligt sei. 3 Tage hatte die „Untersuchung" dieser hochkarätig zusammengesetzten Kommission gedauert. Ihr hatten neben dem innerhalb der amerikanischen Regierung für Mittelamerika zuständigen Unterstaatssekretär Bowdler auch der ehemalige Außenminister Rogers angehört. Das Ergebnis dieser „Untersuchung" war eine neue Konstellation der Regierungsjunta. Duarte, einer der in der Junta verbliebenen Christdemokraten, wurde zum Staatspräsidenten bestimmt, Gutierrez wurde alleiniger

Oberbefehlshaber der Armee und der am heftigsten bekämpfte Verteidigungsminister Garcia blieb in seinem Amt. Die Bestimmung Duartes zum Präsidenten mag den US-Imperialisten in zweierlei Hinsicht günstig erschienen sein: Damit ist ein Zivilist an der Spitze der Junta und gleichzeitig ist Duarte der Mann, der 1972 nach den Wahlen, unterstützt von Christlicher Volkspartei, Sozialdemokraten bis hin zur PCS, der Kommunistischen Partei El Salvadors, an die Macht gekommen wäre, hätten nicht die Militärs unter Molina geputscht. Duarte saß anschließend mehrere Jahre im Gefängnis. Allerdings ist Duarte heute zwar noch Vorsitzender der Christlichen Volkspartei, von dieser aber hat sich mittlerweile schon ein Großteil abgespalten und der FDR angeschlossen. Die US-Imperialisten haben diese Umbildung als willkommenen Anlaß genommen, erneut die Wirtschaftshilfe aufzunehmen (im vergangenen Jahr ca. 20 Mio. $), die nach der Boykottdrohung niemals tatsächlich eingestellt war. Die bisherigen Waffenlieferungen erweiterten sie sogar noch, vor allem um Offensivwaffen, Hubschrauber, die der Regierungsjunta beim Einsatz gegen die Widerstandskämpfer gute Dienste leisten sollen. Der zukünftige Präsident Reagan hat erst bei seinem Besuch in Mexiko, das die Befreiungsstreitkräfte unterstützt, angekündigt, er werde an der Junta auf jeden Fall festhalten.

Duarte weiß, daß nicht mehr viel Spielraum bleibt. „Ich bin die letzte Karte" erklärte er. Während der Innenminister Wahlen „in Kürze" ankündigte, holte die Junta Unterstützung von Exsöldnern der Somoza-Diktatur in Nicaragua. 500 sollen schon im Lande sein, in der nördlichen Provinz Chalatenango, in der sich die meisten Kämpfe in den letzten Tagen konzentrierten, weitere 3000 voll ausgerüstete sollen in Guatemala abrufbereit stehen. Aus Honduras hat die Junta Militärhilfe angefordert. Es sind die verzweifelten Versuche der herrschenden Clique, die Errichtung einer zweiten Front im Norden des Landes und nahe der Hauptstadt (ein Teil der Kämpfe fand nur 15 km von San Salvador entfernt statt) zu ersticken. Aber nicht nur ist der Guerillaarmee die Errichtung dieser zweiten Front und damit der Ausbruch aus dem Kessel in der nordöstlichen Provinz Morazan gelungen. Inzwischen hat am Mittwoch vergangener Woche der Geheimsender „Radio Liberacion" zum erstenmal gesendet und auch 10 katholische Institutionen haben den Aufstand unterstützt. In den nächsten Tagen soll ein Generalstreik stattfinden.

Trotz deutlich schwindender Machtbasis der Junta im Innern, wird ihr Sturz noch erhebliche Probleme aufwerfen. Zum einen sehen die US-Imperialisten alleine über die gegenwärtig



erkämpft, die ihnen jetzt eine Offensive gestattet. Im April letzten Jahres wurde die FDR aus praktisch allen bedeutenden politischen Organisationen, die in Opposition zur herrschenden Junta stehen, gebildet, kurz nachdem Erzbischof Romero, der bekannteste Führer der katholischen Kirche und Unterstützer des Widerstandes, ermordet wurde. Ende November des vergangenen Jahres wurden dann 6 führende Mitglieder der FDR, unter ihnen ihr Präsident Cordova, ermordet und inzwischen ist eine neue Führung gewählt. Präsident ist nun Ungo, Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei MNR. Einer der Stellvertreter wurde Eduardo Calles, Dekan der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität von El Salvador.

Auf militärischem Gebiet dürfte sich

FDR und an 4 Sozialarbeiterinnen, 3 davon waren Nonnen, stellten sie ihre Wirtschafts- und Militärhilfe ein und sandten eine, offiziell so deklarierte, Untersuchungskommission nach El Salvador, um zu erforschen, ob die Regierung an dem Mord an den 4 Sozialarbeiterinnen beteiligt sei. 3 Tage hatte die „Untersuchung" dieser hochkarätig zusammengesetzten Kommission gedauert. Ihr hatten neben dem innerhalb der amerikanischen Regierung für Mittelamerika zuständigen Unterstaatssekretär Bowdler auch der ehemalige Außenminister Rogers angehört. Das Ergebnis dieser „Untersuchung" war eine neue Konstellation der Regierungsjunta. Duarte, einer der in der Junta verbliebenen Christdemokraten, wurde zum Staatspräsidenten bestimmt, Gutierrez wurde alleiniger



Widerstandskämpfer trainieren für die vorbereitete Offensive

ko, das die Befreiungsstreitkräfte unterstützt, angekündigt, er werde an der Junta auf jeden Fall festhalten.

Duarte weiß, daß nicht mehr viel Spielraum bleibt. „Ich bin die letzte Karte" erklärte er. Während der Innenminister Wahlen „in Kürze" ankündigte, holte die Junta Unterstützung von Exsöldnern der Somoza-Diktatur in Nicaragua. 500 sollen schon im Lande sein, in der nördlichen Provinz Chalatenango, in der sich die meisten Kämpfe in den letzten Tagen konzentrierten, weitere 3000 voll ausgerüstete sollen in Guatemala abrufbereit stehen. Aus Honduras hat die Junta Militärhilfe angefordert. Es sind die verzweifelten Versuche der herrschenden Clique, die Errichtung einer zweiten Front im Norden des Landes und nahe der Hauptstadt (ein Teil der Kämpfe fand nur 15 km von San Salvador entfernt statt) zu ersticken. Aber nicht nur ist der Guerillaarmee die Errichtung dieser zweiten Front und damit der Ausbruch aus dem Kessel in der nordöstlichen Provinz Morazan gelungen. Inzwischen hat am Mittwoch vergangener Woche der Geheimsender „Radio Liberacion" zum erstenmal gesendet und auch 10 katholische Institutionen haben den Aufstand unterstützt. In den nächsten Tagen soll ein Generalstreik stattfinden.

Trotz deutlich schwindender Machtbasis der Junta im Innern, wird ihr Sturz noch erhebliche Probleme aufwerfen. Zum einen sehen die US-Imperialisten alleine über die gegenwärtig

Herrschenden ihre Macht in Mittelamerika gesichert, eine bewaffnete Intervention erscheint nicht ausgeschlossen. Und zum anderen spekuliert die andere Supermacht über ihren Brückenkopf Kuba auf weiter wachsenden Einfluß, nachdem sie in Nicaragua schon einige Erfolge errungen hatte.

### England: Thatcher entläßt acht Kabinettsmitglieder

*hev.* Die anhaltenden Spannungen unter den britischen Konservativen über den weiteren Wirtschafts- und Finanzkurs in der tiefsten Krise seit 1930 haben jetzt den Premierminister Frau Thatcher zu einem ausgedehnten Personalkarussel veranlaßt. Norman St. John-Stevas z.B., der Führer des Unterhauses, wurde für den Verfall der Fraktionsdisziplin verantwortlich gemacht und verlor seinen Posten ebenso wie Verteidigungsminister Pym, der gegen eine Kürzung des Verteidigungshaushaltes unter die von der NATO geforderte 3%-Steigerung aufgetreten war. Pym wird Führer des Unterhauses. Ihm folgt als Verteidigungsminister der bisherige Handeslminister John Nott. An dessen Stelle tritt John Biffen, einer der eifrigsten Verfechter von Kürzungen staatlicher Sozialausgaben, bisher erster Staatssekretär im Schatzamt. Von sich aus zurückgetreten ist der von Labour übergelaufenen Sozialminister Reginald Prentice. Landwirtschaftminister Peter Walker und Arbeitsminister James Prior wurden wegen zu erwartender heftiger Widerstände in der konservativen Partei (noch) nicht gefeuert. Frau Thatcher hofft, nun mit der Umbildung der Regierung stärkere Verbündete für ihren bisher erfolglosen Kurs der Begrenzung der Geldmenge durch hohe Zinsen und kürzung der Sozialausgaben zu haben.

### Verhandlungen Pakistan – Afghanistan unter UN-Aufsicht

*chm.* Der pakistanische Ministerpräsident, Zia ul-Haq, hat UN-Generalsekretär Waldheim gebeten, die Möglichkeiten von Gesprächen zwischen Pakistan, Iran und Afghanistan unter Teilnahme der Vereinten Nationen zu prüfen. Der pakistanische Außenminister Agha Shahi hatte vorher den Standpunkt der pakistanischen Regierung den beiden wichtigsten Verbündeten seines Landes, der VR China und Saudi Arabien, erläutert. Die islamische Konferenz hatte im Mai beschlossen, keine direkten Gespräche mit der Marionettenregierung Karmals vor Abzug der sowjetischen Truppen zu führen. Der Vertreter Afghanistans bei den Vereinten Nationen erklärte am 8.1. in New York, daß seine Regierung jegliche Beteiligung von Vertretern der Vereinten Nationen an solchen Gesprächen ablehne und nur direkte Verhandlungen akzeptiere.

### Kissinger beendet Rundreise im Nahen Osten

*ulw.* Am 9. Januar hat der ehemalige US-Außenminister Kissinger in Saudi-Arabien seine als privat bezeichnete Rundreise im Nahen Osten beendet. Er war am 28. Dezember, nach Gesprächen mit Reagan und dem zukünftigen US-Außenminister Haig, zunächst nach Ägypten geflogen. Dort sprach er mit Sadat über die Weiterführung der Friedensverhandlungen mit Israel auf der Grundlage des Camp-David-Abkommens. Vor seiner Weiterreise nach Israel hielt Kissinger sich „überraschend" noch zwei Tage in Somalia auf. Die somalische Regierung hatte die Absicht bekundet, den USA die Benutzung der Stützpunkte Mogadischu, Berbera und Kimaio zu untersagen, da der amerikanische Kongreß die versprochene Waffenhilfe in Höhe von 40 Millionen Dollar bisher blockiert hat. Über die Gespräche in Somalia wurde nichts bekannt. In Israel sprach Kissinger mit Begin, dem Außenminister Schamir und dem Landwirtschaftsminister Sharon. Außerdem führte er Gespräche mit dem Oppositionsführer Peres, was angesichts der innenpolitischen Krise der Regierung Begin von Bedeutung ist. Zu den Nahost-Initiativen der EG meinte Kissinger, ein palästinensischer Staat dürfe nicht als Schlüssel zur Lösung des Konflikts gesehen werden. Gegenüber der SU müßten die Vereinigten Staaten ihre militärische Präsenz in der Region sichtbar verstärken.

### Kenia und Uganda legen Streitigkeiten bei

*lup.* Der neugewählte ugandische Ministerpräsident Milton Obote und der kenianische Staatschef Daniel Arap Moi haben sich in der vergangenen Woche an der gemeinsamen Grenze beider Länder getroffen. In den letzten Monaten waren die Beziehungen zwischen beiden Ländern gespannt. Kenia hatte die Anwesenheit tansanischer Truppen in Uganda angegriffen und ihnen einseitige Parteinahme zugunsten Obotes vorgeworfen. Später allerdings hatte es der neugewählten Regierung einen Kredit über 5 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Eine Aussöhnung zwischen beiden Ländern wird sich positiv auf die Lage in Ostafrika auswirken. Insbesondere Uganda, das keinen eigenen Hafen hat, ist an der Entwicklung der Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen mit Kenia interessiert. Vor seinem Treffen mit Obote hatte Daniel Arap Moi Tansania besucht. Es besteht jetzt die Möglichkeit des Wiederaufbaus der Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft zwischen den drei Ländern, die 1977 aufgelöst worden war.

### Afrikanischer Gewerkschafter unter Hausarrest

*chm.* Der Präsident der schwarzen Journalisten in Azania, Zwelake Sisulu, ist vom südafrikanischen Regime für drei Jahre verbannt worden. Nach dem „Gesetz für innere Sicherheit" bedeutet das verschärften Hausarrest und Berufsverbot. Die neugegründete Gewerkschaft hatte nach achtwöchigem Streik ihre Anerkennung durch den englischsprachigen Zeitungskonzern Argus erkämpft. Dem Argus sind Repressalien für diese Anerkennung angedroht worden. In Soweto, der Heimatstadt des Gewerkschafters, sind zahlreiche Proteste gegen die Verhaftung laut geworden.

# Die Hanoier Machthaber machen ihren regionalen Expansionismus zum Verfassungswert

Neue Truppenkonzentrationen Vietnams an der thailändischen Grenze / Die Lebensbedingungen der vietnamesischen Volksmassen sind schlechter als je zuvor

*lup.* Am 19. Dezember haben die vietnamesischen Machthaber eine neue Verfassung in Kraft gesetzt, die die alte, 1959 noch unter Ho Chi Minh für die Demokratische Republik Vietnam verabschiedete Verfassung ablöst. Die Abhängigkeit von der sozialimperialistischen Supermacht, in die sie ihr Land geführt haben, und die regional-expansionistischen Ambitionen, die sie verfolgen, sind direkt in die neue Verfassung hineingeschrieben und zum offiziellen Verfassungswert erhoben worden. Die Außenpolitik werde, so heißt es im Paragraphen 14 der Verfassung, durch die „brüderliche Freundschaft, militante Solidarität und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, Laos, Kampuchea und anderen sozialistischen Ländern" bestimmt. An „Militanz" hat es das herrschende Regime in Vietnam gerade gegenüber Kampuchea und Laos nicht fehlen lassen, und mit der SU gibt es sie auch. Gegenwärtig, 2 Jahre nach dem Beginn der großangelegten Invasion des Demokratischen Kampuchea und nach dem Ende der Regenzeit, in der die Aggressoren empfindliche Rückschläge haben hinnehmen müssen, konzentriert Vietnam erneut seine Kräfte, um eine Offensive gegen die Truppen und Guerillaeinheiten des Demokratischen Kampuchea durchzuführen. Die „Bangok Post" berichtete vor kurzem darüber, daß die Sowjetunion große Mengen an Kriegsmaterial über den kampucheanischen Hafen Kompong Som eingeschifft habe und daß zu diesem Zweck der Hafen vom 13. bis zum 20. Dezember für alle fremden Schiffe gesperrt worden sei. Ein Sprecher der thailändischen Armee erklärte, daß Vietnam insgesamt 10 Divisionen an der thailändischen Grenze konzentriert habe, was einer Stärke von etwa 100000 Mann entspricht. Erst vor wenigen Tagen haben thailändische Truppen eingedrungene Einheiten der Marionettenarmee und der vietnamesischen Armee über die Grenze zurückgetrieben. Es handelt sich bei diesen Grenzverletzungen zunächst offenbar um Aufklärungsaktionen der vietnamesischen Aggressoren, die schwache Positionen für einen größeren Angriff herausfinden sollten.

**„Militante Solidarität und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion"**

In den letzten Monaten ist offenkundig geworden, daß die Sozialimperialisten den vietnamesischen Hafen Cam Ranh zu ihrem regulären Luftwaffen- und Marinestützpunkt gemacht haben, der immer öfters von sowjetischen Kriegsschiffen und Aufklärungsflugzeugen genutzt wird. Cam Ranh war von den US-Imperialisten während ihres Aggressionskrieges in Vietnam zu einem hochmodernen Flottenstützpunkt ausgebaut worden. Nach der Niederlage der USA haben sowjetische Techniker die Wartung der Anlagen des Flottenstützpunktes und auch die Einrichtungen des nahegelegenen Flughafens übernommen und ausgebaut. Cam

sei. Ein Sprecher der thailändischen Armee erklärte, daß Vietnam insgesamt 10 Divisionen an der thailändischen Grenze konzentriert habe, was einer Stärke von etwa 100000 Mann entspricht. Erst vor wenigen Tagen haben thailändische Truppen eingedrungene Einheiten der Marionettenarmee und der vietnamesischen Armee über die Grenze zurückgetrieben. Es handelt sich bei diesen Grenzverletzungen zunächst offenbar um Aufklärungsaktionen der vietnamesischen Aggressoren, die schwache Positionen für einen größeren Angriff herausfinden sollten.

„Militante Solidarität und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion"

In den letzten Monaten ist offenkundig geworden, daß die Sozialimperialisten den vietnamesischen Hafen Cam Ranh zu ihrem regulären Luftwaffen- und Marinestützpunkt gemacht haben, der immer öfters von sowjetischen Kriegsschiffen und Aufklärungsflugzeugen genutzt wird. Cam Ranh war von den US-Imperialisten während ihres Aggressionskrieges in Vietnam zu einem hochmodernen Flottenstützpunkt ausgebaut worden. Nach der Niederlage der USA haben sowjetische Techniker die Wartung der Anlagen des Flottenstützpunktes und auch die Einrichtungen des nahegelegenen Flughafens übernommen und ausgebaut. Cam

Ranh ist ein günstig gelegener Ausgangspunkt für die Kontrolle des Südchinesischen Meeres, für die Verstärkung der Präsenz im Pazifischen Ozean und für die Versorgung von Schiffen, die sich auf dem Weg in den Indischen Ozean befinden. Schwere Bomber können von Cam Ranh aus innerhalb von zwei Stunden die Straße von Malakka erreichen. Sowjetische Aufklärungsflugzeuge haben in den letzten Monaten ihre Flüge zwischen der sowjetischen Hafenstadt Wladiwostock und Cam Ranh verdoppelt, die Nachbarländer des ASEAN, insbesondere die Philippinen, haben wiederholt gegen die Verletzung ihres Luftraums durch sowjetische Militärflugzeuge protestiert.

Die Überlassung des Stützpunktes in Cam Ranh ist aber sicher nicht der einzige Preis, den das vietnamesische Volk dafür zu zahlen hat, daß die Sozialimperialisten die Aggression der Hanoier Machthaber gegen das Demokratische Kampuchea, ihre Besatzerherrschaft in Laos mit Materialnachschub, Waffen und Munition nahezu vollständig versorgen und durch Wirtschaftshilfe die vietnamesische Wirtschaft vor dem völligen Kollaps bewahren. Schätzungen zufolge beträgt die sowjetische Wirtschaftshilfe an Vietnam *täglich* zwischen 2 und 3,5 Mio. $, über die Höhe der Militärhilfe gibt es keine verläßlichen zahlenmäßigen Angaben.

**Die Versorgung der vietnamesischen Volksmassen ist schlechter als wahrscheinlich jemals zuvor.**

Die wirtschaftliche Lage Vietnams ist katastrophal und verschlechtert sich von Tag zu Tag. 1980 war das Jahr, in dem der erste 5-Jahrplan, der 1975 verabschiedet worden war, verwirklicht worden sein sollte. Tatsächlich ist dieser Plan vollständig gescheitert, und keines seiner Ziele ist tatsächlich verwirklicht worden. In dem von Le Duan auf dem vierten Kongreß der vietnamesischen KP vorgelegten 5-Jahrplan war ein jährliches Wachstum von 14,5 bis 15,5% vorgesehen worden. In keinem einzigen Jahr ist diese Zuwachsrate erreicht worden. 1976 stieg das Gesamtprodukt zwar noch um 9%, in den folgenden Jahren jedoch nur noch um jeweils knapp 2%, 1980 wird allgemein ein Nullwachstum oder darunter angenommen. Die gesamte Getreideproduktion erreichte mit 14 Mio. Tonnen nur ⅔ des geplanten Ziels, und blieb noch mit 1 Mio. Tonnen unter den Ergebnissen des Vorjahres. Offiziell beträgt das Defizit an Getreide mehr als 7 Mio. Tonnen. Nur ein Teil des Gesamtgetreideprodukts besteht aus dem

100000e von Vietnamesen haben unter zumeist lebensgefährlichen Bedingungen



100000e von Vietnamesen haben unter zumeist lebensgefährlichen Bedingungen ihr Land verlassen – ein Ergebnis der Politik Le Duans und Pham van Dongs.

entscheidenden Grundnahrungsmittel, Reis. Die jährliche Ausbeute an Seefisch, einem der wichtigen natürlichen Reichtümer des Landes mit seiner langgestreckten Küste, war in den vergangenen Jahren geringer als jemals zuvor. Für die Kohleproduktion war für 1980 ein Planziel von 10 Mio. angesetzt worden, der Ausstoß an Kohle wird für 1980 auf weniger als 5 Mio. Tonnen geschätzt. 1978 hatte er noch 6,0 Mio. Tonnen, 1979 5,5 Mio. Tonnen betragen. In allen Bereichen ist die industrielle Produktion zurückgegangen, angesichts des zunehmenden Mangels an Energie und anderen Grundstoffen arbeiten viele Fabriken mit nur wenig mehr als 50% ihrer Kapazität, offiziellen Statistiken zufolge wird das gesamte industrielle Produkt 1980 13,3% niederiger liegen als 1978. Gerade für die industrielle Produktion war aber ein jährlicher Zuwachs von 16–18% geplant worden.

**Die natürlichen Bedingungen für eine unabhängige Entwicklung sind keineswegs ungünstig**

Das südvietnamesische Mekong-Delta ist eines der fruchtbarsten und reichsten Reisanbaugebiete der Region, von dem amerikanischen Experten schätzten, daß es ganz Südostasien mit Reis versorgen könnte. Die südvietnamesischen Kleinbauern hatten bereits relativ entwickelte Produktionsmethoden angewandt, ertragreiche Reissorten angebaut, verfügten über Erfahrungen mit dem Einsatz von Kunstdünger usw. Vor den Küsten und in den zahlreichen Flüssen Vietnams leben riesige Mengen von Hummer, Krabben, Krebsen und ungezählten Sorten von Fischen. Dank seiner verschiedenen Klimazonen wächst in Vietnam praktsich alles, von tropischen Früchten über Kaffee und Tee bis zur Erdbeere und Spargel. Es gab in Südvietnam bereits eine gewisse Leichtindustrie, vor allem Textil- und pharmazeutischen Industrie, während der Norden über große Kalkstein- und Kohlevorkommen verfügt, wahrscheinlich auch weitere Naturschätze, u.U. auch Erdöl.

Wenn trotz dieser günstigen natürlichen Umstände die wirtschaftliche Lage des Landes schlechter ist als unmittelbar nach dem Ende der US-Aggression, dann bedeutet dies, daß die Abhängigkeit, in die die Sozialimperialisten das Land nach Zerschlagung der Vorherrschaft des US-Imperialismus getrieben haben, sich als größere Fessel für die Produktivkräfte des Landes erweist als die US-imperialistische Herrschaft. Sie konnten sich dabei aber auch auf innere Ursachen Vietnams stützen, vor allem auf die Linie, die unter Führung Le Duans in der KP Vietnams nach dem Tode Ho Chi Minhs vollends zur herrschenden geworden war.

**Großangelegte Ausbeutung der Bauern, vor allem des Südens, als Grundlage für die Politik des regionalen Expansionismus**

In dem von Le Duan auf dem IV. Parteitag der KP Vietnams 1976 vorgelegten Bericht war die Ausrichtung der Entwicklung der Wirtschaft des Landes auf die Schwerindustrie festgelegt worden, während die Landwirtschaft dazu dienen sollte, das dafür notwendige Mehrprodukt aufzubringen und insbesondere durch den Export von Reis und Meeresprodukte die Devisen für den Aufbau der Schwerindustrie heranzuschaffen. In einem Land, dessen Bevölkerung zu über 75% in der Landwirtschaft tätig ist, mußte dieses Konzept zu einem gewaltigen Programm der Ausplünderung der Bauern zugunsten der einstigen Akkumulation in der Industrie und zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Versorgung der Bevölkerung mit lebensmotwendigen Gütern führen. Bereits zu jenem Zeitpunkt verfolgte die Le-Duan-Clique das Ziel, Vietnam zur vorherrschenden Macht in Südostasien zu machen, wofür durch den 5-Jahrplan ökonomische Grundlagen geschaffen werden sollten. Aus der angestrebten stürmischen Entwicklung der Industrie, vor allem der Schwerindustrie, ist bekanntlich nichts geworden, insbesondere hier sind die Einbrüche am tiefsten. Die Ausplünderung der Bauern wird aber nach wie vor fortgesetzt, heute vor allen mit dem Ziel, die gewaltigen Kosten für die Besatzungsmacht in Kampuchea und Laos aufzubringen wie auch für die fast 200000 Mann an der chinesischen Grenze. Der Unterhalt dieser gewaltigen Militärmaschinerie – insgesamt umfaßt die vietnamesische Armee ungefährt 1 Mio. Mann – entzieht der Industrie und Landwirtschaft gleichzeitig einen großen Teil der Arbeitskräfte, vor allem jüngere und qualifizierte Arbeitskräfte.

Unter diesen Umständen mußte die Wiedervereinigung des überwiegend agrarischen, vor allem aber auch landwirtschaftlich reicheren Südens mit dem stärker industrialisierten Norden, die entgegen früherer Erklärungen der FNL wie auch der nordvietnamesischen Regierung äußerst überhastet durchgeführt wurde, den Charakter einer Einverleibung des Südens durch den Norden annehmen.

Unter diesen Umständen mußte das gewaltige Umsiedlungsprogramm, das die Hanoier Machthaber nach der Wiedervereinigung des Landes beschlossen, den Charakter einer Kolonisierung der reichen Gebiete des Südens durch den Norden annehmen, eine Fortsetzung der unseligen Tradition des Expansionismus der feudalen Machthaber Vietnams, die in mehreren Jahrhunderten vor Beginn der französischen Kolonialherrschaft die Gebiete des späteren Südvietnams ihrer Herrschaft unterworfen hatten – unter Vernichtung der dort ansässigen jahrhundertealten Königreiche und unter Einverleibung großer Teile des Königreichs Kambodscha. 10 Millionen Menschen wollen die vietnamesischen Machthaber in den folgenden 10, 15 Jahren aus dem Delta des Roten Flusses und den Küstengebieten des Südens, im Mekong-Delta und in dem Hochland des Nordens und Zentralvietnams ansiedeln. 700000 Menschen sind zwischen 1975 und Anfang 1980 umgesiedelt worden, angesichts des Mangels an allen Arbeitsmitteln, Saatgut, Dünger, Lebensmitteln usw. ist aber ein großer Teil wieder in ihre ursprünglichen Lebensgebiete zurückgekehrt.

Unter diesen Umständen konnte auch die Bildung von Kooperativen, Genossenschaften auf dem Land, kein Mittel sein, auf der Basis freiwilligen Zusammenschlusses die Produktiv-

gewaltige Umsiedlungsprogramm, das die Hanoier Machthaber nach der Wiedervereinigung des Landes beschlossen, den Charakter einer Kolonisierung der reichen Gebiete des Südens durch den Norden annehmen, eine Fortsetzung der unseligen Tradition des Expansionismus der feudalen Machthaber Vietnams, die in mehreren Jahrhunderten vor Beginn der französischen Kolonialherrschaft die Gebiete des späteren Südvietnams ihrer Herrschaft unterworfen hatten – unter Vernichtung der dort ansässigen jahrhundertealten Königreiche und unter Einverleibung großer Teile des Königreichs Kambodscha. 10 Millionen Menschen wollen die vietnamesischen Machthaber in den folgenden 10, 15 Jahren aus dem Delta des Roten Flusses und den Küstengebieten des Südens, im Mekong-Delta und in dem Hochland des Nordens und Zentralvietnams ansiedeln. 700000 Menschen sind zwischen 1975 und Anfang 1980 umgesiedelt worden, angesichts des Mangels an allen Arbeitsmitteln, Saatgut, Dünger, Lebensmitteln usw. ist aber ein großer Teil wieder in ihre ursprünglichen Lebensgebiete zurückgekehrt.

Unter diesen Umständen konnte auch die Bildung von Kooperativen, Genossenschaften auf dem Land, kein Mittel sein, auf der Basis freiwilligen Zusammenschlusses die Produktiv-

kraft der Bauern zu heben. Sie mußte der großen Zahl kleiner und mittlerer Privatbauern als eine Maßnahme erscheinen, durch die sie ihres Landes durch den Staat, d.h. die Machthaber des Nordens beraubt wurden, und die Kollektivierung stieß unvermeidlich auf den zähen, hartnäckigen Widerstand der Bauern. Der Verantwortliche der Plankommission für die Provinz Cuo o Long, Vo Van Nam, erklärte im Mai 1980 gegenüber der Far Eastern Economic Review, daß erst 30% des Landes kollektiviert worden sei, während 70% des Landes noch von privaten Kleinbauern bearbeitet würden. Andere Berichte sprechen davon, daß auch nach der Kollektivierung des Landes die Bauern sich hartnäckig gegen die Kollektivierung ihrer wichtigsten Produktionsmittel wehren. Den Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge muß man auch im wesentlichen als Ausdruck des Widerstands der Bauern gegen ihre Ausplünderung durch die Hanoier Machthaber verstehen. Offenbar sind die Bauern nicht bereit, ihren Reis zu den Preisen zu liefern, die ihnen der Staat diktiert, gegen Geld, für das sie auf dem Markt keine industriellen Gebrauchgüter eintauschen können. Im letzten Jahr klagte das Politbüro, daß die Bauern und Kollektive des Mekong-Delta nur 40% der Summe an Reis an den Staat abgeliefert hätten, die angestrebt worden seien. Offenbar haben es die Bauern vorgezogen, einen Teil des Reis in Ho-Chi-Minh-Stadt auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen, um dort Konsumgüter eintauschen zu können.

**Blühender Schwarzmarkt, blühende Korruption**

Auf Basis der Ausplünderung der Bauern durch den staatlichen Ankauf ihrer Produkte entwickelten sich völlig unterschiedliche Märkte, die völlig entgegengesetzten Gesetzen folgen und auf denen die Preisbewegungen der Waren immer mehr auseinanderklaffen. In den staatlichen Läden kann jeder Vietnamese zu festgesetzten Preisen festgesetzte Rationen Lebensmittel kaufen – Rationen, die laufend gesenkt werden, im Mai Lebensmittel von 13 kg auf 9 kg, Fleisch von ½ kg auf 200 Gramm pro Monat pro Erwachsenem. Nur ein Teil der Lebensmittel ist Reis, in Ho-Chi-Minh-Stadt betragen die monatlichen Reisrationen pro Erwachsenem gerade 3 kg, während der Rest mit Nudeln und Weizen aufgefüllt werden muß. Um überhaupt überleben zu können, muß sich jeder Vietnamese zusätzlich auf dem Schwarzmarkt zukaufen, auf dem im letzten Jahr im Süden eine Inflationsrate von 300%, im Norden von 100% zu verzeichnen war. Der Lohn eines einfachen vietnamesischen Arbeiters beträgt, Angaben der Wirtschaftswoche zufolge, 30 Dong, eines Ingenieurs 70 Dong, eines Krankenhausarztes 90 Dong. Ein Kilo Reis kostet auf dem Schwarzmarkt statt der staatlich festgesetzten 40 Xu 6 bis 8 Dong, ein Kilo Fleisch statt drei Dong zwischen 30 Dong für Büffel und 45 Dong für Schweinefleisch. Kein Wunder, daß sich unter diesen Bedingungen innerhalb des Staatsapparates und unter den Betriebsleitern allgemeine Korruption entwickelt, die zur Haupteinnahmequelle der höheren Funktionäre wird und deren Zentrum die KP Vietnams selber ist.

**Bis über die Ohren im Ausland verschuldet**

Eine Besserung der katastrophalen Lebensbedingungen der Volksmassen Vietnams ist nicht in Sicht, solange die Hanoier Machthaber an ihrer Expansionspolitik gegenüber Kampuchea und Laos, an den fortgesetzten Provokationen an der chinesischen Grenze und an der Unterordnung unter den globalen Hegemonismus der Sowjetunion festhalten. Einstweilen wird sich die Lage der vietnamesischen Volksmassen noch verschärfen, da das Außenhandelsdefizit in den letzten Jahren ständig angestiegen ist, vor allem die Sozialimperialisten auf Rückzahlung der Schulden pochen und die Hanoier Machthaber immer wieder die vietnamesischen Volksmassen auffordern, die Produktion von Kohle, Nahrungsmitteln zu vergrößern, um den *Export*verpflichtungen nachzukommen. Die Schuldenlast wird tatsächlich immer drückender, die Rückzahlung mittelfristiger Kredite und Schulden überstieg bereits Ende 1978 die Exporteinnahmen, die von der Weltbank auf 88 Mio. Dollar geschätzten Devisenrücklagen decken nicht einmal die Importe von einem Monat.

Der Widerstand des vietnamesischen Volkes gegen die Politik der Hanoier Machthaber nimmt erst in geringem Umfang die Form des organisierten

Bis über die Ohren im Ausland verschuldet

Eine Besserung der katastrophalen Lebensbedingungen der Volksmassen Vietnams ist nicht in Sicht, solange die Hanoier Machthaber an ihrer Expansionspolitik gegenüber Kampuchea und Laos, an den fortgesetzten Provokationen an der chinesischen Grenze und an der Unterordnung unter den globalen Hegemonismus der Sowjetunion festhalten. Einstweilen wird sich die Lage der vietnamesischen Volksmassen noch verschärfen, da das Außenhandelsdefizit in den letzten Jahren ständig angestiegen ist, vor allem die Sozialimperialisten auf Rückzahlung der Schulden pochen und die Hanoier Machthaber immer wieder die vietnamesischen Volksmassen auffordern, die Produktion von Kohle, Nahrungsmitteln zu vergrößern, um den Exportverpflichtungen nachzukommen. Die Schuldenlast wird tatsächlich immer drückender, die Rückzahlung mittelfristiger Kredite und Schulden überstieg bereits Ende 1978 die Exporteinnahmen, die von der Weltbank auf 88 Mio. Dollar geschätzten Devisenrücklagen decken nicht einmal die Importe von einem Monat.

Der Widerstand des vietnamesischen Volkes gegen die Politik der Hanoier Machthaber nimmt erst in geringem Umfang die Form des organisierten

Kampfes an. Organisiert kämpfen gegenwärtig vor allem die Völker des Hochlandes, die sich zu einer allgemeinen Befreiungsfront (Dega Fulro) zusammengeschlossen haben und den vietnamesischen Polizeikräften und der Armee einzelne Hinterhalte legen. Sie arbeiten eng mit der Regierung des Demokratischen Kampuchea und den Widerstandskräften in Laos zusammen. Hoang Van Hoa, ehemals stellvertretender Vorsitzender der vietnamesischen Nationalen Volksversammlung und Mitglied des ZK der KP Vietnams, setzt sich von Beijing aus das Ziel, zum Kampf seines Volkes, zur Durchführung einer zweiten Revolution beizutragen. Hauptsächlich nimmt aber der Widerstand des vietnamesischen Volkes gegenwärtig noch die Form – oft verzweifelter – Fluchtversuche über das Meer, aber auch von Desertionen in der Besatzerarmee in Kampuchea an. Weitere Fortschritte des kampucheanischen Widerstandskrieges sind wahrscheinlich eine entscheidende Bedingung dafür, daß es dem vietnamesischen Volk gelingt, zum organisierten politischen Kampf überzugehen. Die Hanoier Machthaber hatten den vietnamesischen Bauern bei Beginn ihrer großen Invasion in Kampuchea einen raschen Sieg und Linderung der Ernährungsprobleme versprochen durch Plünderung der reichen und – dank der Politik des Demokratischen Kampuchea – gut entwickelten Reisfelder Kampucheas. Die Sache nimmt einen anderen Verlauf. Es ist unwahrscheinlich, daß Le Duan und Pham van Dong eine Niederlage in Kampuchea und den Abzug ihrer geschlagenen Aggressionsarmee überleben werden. Um so mehr werden sie alles tun, um eine solche Niederlage hinauszuzögern.

# Algerien: Beratung des ZK der FLN über die wirtschaftliche und politische Lage

## Fünfjahresplan verabschiedet / Debatte über die Beziehung zwischen Avantgardepartei und Massenorganisationen

*chm.* Auf den Tag genau zwei Jahre nach dem Tod des algerischen Staatspräsidenten Boumedienne trat das Zentrale Komitee der Staatspartei FLN zu seiner vierten Sitzungsperiode zusammen. Sie hat eine besondere Bedeutung, weil sie am Ende einer Reihe von Beratungen und Versammlungen sowohl der FLN als auch der Massenorganisationen über den im Mai vorgelegten Fünfjahresplan für die Jahre bis 1984 stattfindet. Die Sitzungen fanden vom 29.12. – 31.12. – unter Ausschluß der Öffentlichkeit – statt. Drei Tagesordnungspunkte wurden an die Presse gegeben: 1. die Lage auf dem Energiesektor; 2. das Gesundheitswesen; 3. organisatorische Fragen.

98% der algerischen Exporte bestehen aus Erdöl und Erdgas. Die Fördermenge des Öls ist von 20,4 Mio. Tonnen ein Jahr nach der Unabhängigkeit von Frankreich 1962 auf 57 Mio. Tonnen (1978) gestiegen. Wenn diese Rate fortgesetzt wird, dann sind die Vorräte in spätestens 20 Jahren erschöpft. Der neue Fünfjahresplan geht aus von einer Senkung der Erdölförderung um 3,1%, die durch die von der OPEC beschlossenen Preissteigerungen ausgeglichen wird.

Die Wirtschaft Algeriens ist staatskapitalistisch organisiert. 1976 betrug der Anteil des Staates an den Gesamtinvestitionen 93%. In den 17 Betrieben des staatlichen Sektors arbeiten 350000 Arbeiter.

Die Betriebe haben jedoch unterschiedlich rentabel produziert in den letzten Jahren. Die Kapazitäten waren in einigen Bereichen lediglich bis zu 30% ausgenutzt. So scheint die Stahl- und Eisenproduktion nicht sehr erfolgreich gewesen zu sein im Vergleich zum Erdöl. Seit 1965 – also seit dem Putsch Boumediennes gegen Ben Bella – herrscht im wirtschaftlichen Aufbau die Linie des forcierten Aufbaus einer Schwerindustrie, vor allem in den Bereichen Stahl und Chemie, auf Kosten der Verbrauchsgüterindustrie und der Landwirtschaft. Dadurch ist die relative Unabhängigkeit, die Algerien durch die geschickte Ausnutzung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Konzernen auf dem Erdölmarkt erreicht hat, entwertet worden: Die Auslandsverschuldung beläuft sich inzwischen auf 22 Mrd. $. Der Schuldendienst schluckte allein 1978 25% der Exporterlöse. Der neue Fünfjahresplan bricht nicht mit dieser Linie, sondern sieht die Fehlerquellen in der zu starken Zentralisierung, dem Primat der Planerfüllung und der Herrschaft der Bürokratie. Es sollen mehr Klein- und Mittelbetriebe entstehen, die Privatinitiative soll gefördert werden. Von der vorgesehenen Investitionssumme von 400 Mrd. DA (= 20 Mrd. $) sind 38,6% für die Industrie vorgesehen und lediglich 6% für die Entwicklung der Landwirtschaft. Die geplanten Betriebe sollen auf das ganze Land verteilt werden und nicht wie bisher in der Küstenregion, was dazu geführt hat, daß 250000 ha fruchtbares Land zerstört worden sind und 14% der erwerbstätigen Bevölkerung allein im Raum Algier beschäftigt sind.

Diese Umlagerung der Industrie soll auch helfen, die Arbeitslosigkeit, die zur Zeit 37% in den Städten beträgt, zu beseitigen.

Frankreichs Ziel bei der Besetzung Algeriens im Jahre 1832 war die Schaffung einer Siedlungskolonie für die französischen Kleinbauern. Durch eine Reihe von Gesetzen und durch militärische Gewalt wurde das unverkäufliche Gemeineigentum der Algerier in den Besitz der ,,colons", der Siedler, gebracht. 1950 befanden sich bereits 2703000 ha in den besten Anbaugebieten, vor allem an der Küste, im Besitz der Franzosen. Der algerische Besitz war auf 7 Mio. ha zusammengeschrumpft. Die Produktivität der europäischen Plantagen war dreimal so hoch wie die der algerischen. Die gesamte Landwirtschaft war auf Weinanbau umgestellt, der auf den Bedarf des französischen Marktes zugeschnitten war.

Der Befreiungskampf, der 1954 begann, hatte weitere Folgen für die Landwirtschaft: Von einer Bevölkerung von 10 Mio. sind 1½ im Kampf gefallen, 3 Mio. sind in Sammellager umgesiedelt worden, um die FLN ihrer bäuerlichen Massenbasis zu berauben, 8000 Dörfer wurden im Krieg zerstört. Dazu kamen autochthone Faktoren, die sich auf eine Entwicklung der Landwirtschaft auswirkten: die halbfeudalen Besitzverhältnisse, die rückständigen Produktionsmittel und die Bodenerosion. Die Bauern waren die Träger des Befreiungskampfes gewesen. Sie hatten ihn auch unter der Losung geführt: Das Land dem, der es bebaut. Nach der Flucht der französischen Siedler kam es zu vielen spontanen Landbesetzungen, die von der algerischen Arbeitergewerkschaft, UGTA, unterstützt wurden. 1963 mußte die Regierung Ben Bella, diese Landbesetzungen legalisieren und erklärte sowohl den Boden als auch die Produktionsmittel, die ehemals in französischem Besitz waren, für ,,sozialisiert". Die Bauern wurden aufgefordert, sich in Genossenschaften zusammenzuschließen. Die Leitung der Genossenschaften hatte das Selbstverwaltungskomitee, dessen Mitglieder von den Bauern direkt gewählt wurden. Zu Beginn waren die Bauern mit diesem Versuch einverstanden. Die weitere Entwicklung weckte jedoch ihr Mißtrauen: Es waren große Mittel erforderlich, um die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln. Über diese Mittel verfügten sie nicht, sondern waren angewiesen auf die Hilfe des Staates. Diese Hilfe war mit Mängeln behaftet: der wesentliche dabei war die bürokratische Kontrolle und Schikane durch den Verwaltungsapparat. Dieser Verwaltungsapparat war von der jungen algerischen Regierung so wie er war, von der französischen Kolonialverwaltung übernommen worden. Lange Zeit besetzten sogar französische Beamte die hohen und mittleren Positionen in diesem Apparat. Ein weiterer Grund für das Mißtrauen der Bauern waren die Privilegien, die die ehemaligen Angehörigen der Nationalen Befreiungsarmee erhielten. Nach einem Dekret von 1962 hatten die ALN-Mitglieder Prioritätsansprüche in bezug auf Arbeitsplätze sowohl auf dem Land als auch in der Stadt.

Sie schlossen sich in ,,Genossenschaften der moudjahedin" zusammen, die in Konkurrenz traten zu den Selbstverwaltungskomitees der Bauern. (Teilweise waren die Offiziere auch Grundbesitzer.) Diese Genossenschaften wurden bei der Vergabe der staatlichen Hilfen bevorzugt behandelt. In der Konkurrenz zu den Selbstverwaltungskomitees und den Genossenschaften der Bauern gewannen sie nach und nach die Oberhand. Die Bauern verwandelten sich in manchen Gebieten zu Lohnarbeitern der ALN-Genossenschaften. Angehörige der ALN-Genossenschaften wiederum übernahmen immer mehr Funktionen in den Selbstverwaltungskomitees, so daß das Konzept der ,,autogestion", wie die Algerier das Selbstverwaltungsmodell bezeichnen, nach und nach unterhöhlt wurde bis hin zur Abschaffung der Direktwahl der Komiteemitglieder.

Die Agrarreform, die die Regierung Boumedienne trotz starken Widerstands von Teilen der FLN-Führung durchführte, umfaßte jetzt auch den algerischen Grundbesitz. Folgende Besitzverhältnisse herrschten dort vor der Landreform: 49% aller landwirtschaftlichen Betriebe waren 1 – 10 ha groß und lediglich 3% über 100 ha. Sie machten ¼ des gesamten Bodens aus. 70% des Bodens wurde von den Eigentümern selbst bewirtschaftet. Daneben gab es als Formen der Pacht: Khammesat und metayage – 1/5-Ertragspacht und Halbpacht. Die Unteilbarkeit des Gemeinschaftsbesitzes spielte eine gewisse Rolle, weil dadurch Enteignungen verhindert werden konnten. Nach den Bestimmungen der Reform von 1971 sollte der kleine und mittlere Grundbesitz erhalten bleiben, Großgrundbesitzer, die nicht auf ihrem Land lebten, sollten enteignet und die Pacht abgeschafft werden. Insgesamt wurden 1150000 ha verteilt. Lediglich 1% der Großgrundbesitzer konnte von der Enteignung erfaßt werden. Das verteilte Land wurde mit lebenslänglichen und vererblichen Nutznießerrechten an die Bauern gegeben mit der zwingenden Auflage, sich in Genossenschaften zusammenzuschließen.

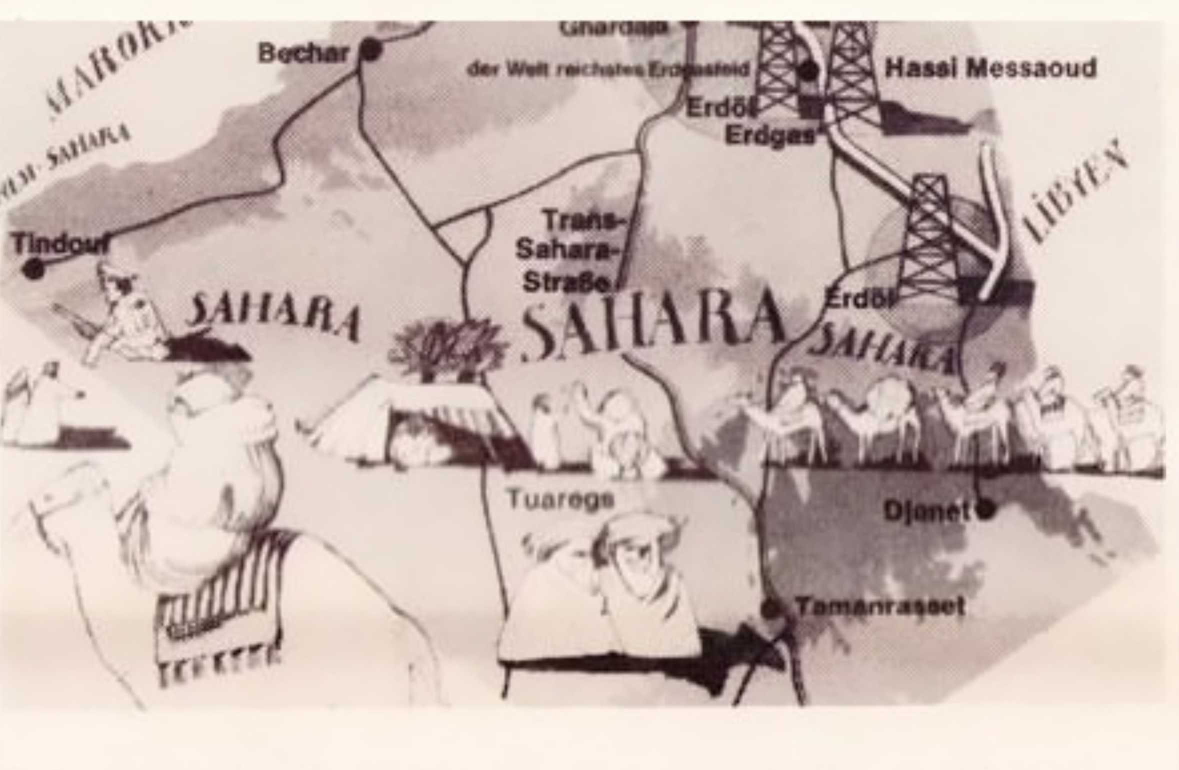



Die Genossenschaften unterstehen dem ,,Nationalfonds für Agrarrevolution". Sowohl die Produktionsmittel, als auch die anzubauenden Produkte als auch die Vermarktung der Erzeugnisse unterliegt der staatlichen Kontrolle. Landflucht und Auswanderung vor allem nach Frankreich sind häufige Erscheinungen gerade unter den Jüngeren auf dem Land. Algerien ist stark angewisen auf Nahrungsmittelimporte, da nur 30% des Bedarfs durch die Landwirtschaft gedeckt werden können. Von den 40% der Bevölkerung, die auf dem Land beschäftigt sind, werden lediglich 6% des Bruttosozialprodukts erwirtschaftet. Von diesen 40% sind 40 – 45% unterbeschäftigt. 40% des bebaubaren Bodens liegen brach. Der Fünfjahresplan versucht diese Mängel zu beheben durch die Einführung eines Mindestlohnes für die Landarbeiter, der dem Mindestlohn der Industriearbeiter entspricht. Die private Bewirtschaftung, von staatlichen Subventionen unterstützt, soll verstärkt eingeführt werden. Die Bauern erhalten das Recht, ihre eigenen Erzeugnisse zu vermarkten. Ein schwieriges Problem kommt noch hinzu: Algerien hat mit 3,2% eine der höchsten Geburtenraten der Welt. (Vom ZK unter Tagesordnungspunkt 2: Gesundheitswesen beraten.)

Eine zentrale Frage, die in den Diskussionen der letzten Monate eine wichtige Rolle gespielt hat, hat das ZK unter dem Tagesordnungspunkt 3, organisatorische Fragen, behandelt: Die Frage der Beziehungen zwischen der FLN, die sich als Avantgardepartei versteht, und den Massenorganisationen. Artikel 120 des neuen Statuts, das im Juni verabschiedet worden ist, schreibt die Führungsrolle der Partei gegenüber den Massenorganisationen fest. Die Kader der Massenorganisationen, die Leitungsfunktionen haben, müssen Mitglieder der FLN sein. Der Aufbau von Betriebszellen ist geplant. Vor allem in der Gewerkschaft, der UGTA, und in dem Studentenverband, UNJA, gibt es Auseinandersetzungen um die Frage, welchen Charakter die FLN hat, Partei oder Frontorganisation, und über die Beziehungen zwischen Kadern und Massen sowie über den Charakter von Massenorganisationen. Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen.

30% ausgenutzt. So scheint die Stahl- und Eisenproduktion nicht sehr erfolgreich gewesen zu sein im Vergleich zum Erdöl. Seit 1965 – also seit dem Putsch Boumediennes gegen Ben Bella – herrscht im wirtschaftlichen Aufbau die Linie des forcierten Aufbaus einer Schwerindustrie, vor allem in den Bereichen Stahl und Chemie, auf Kosten der Verbrauchsgüterindustrie und der Landwirtschaft. Dadurch ist die relative Unabhängigkeit, die Algerien durch die geschickte Ausnutzung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Konzernen auf dem Erdölmarkt erreicht hat, entwertet worden: Die Auslandsverschuldung beläuft sich inzwischen auf 22 Mrd. $. Der Schuldendienst schluckte allein 1978 25% der Exporterlöse. Der neue Fünfjahresplan bricht nicht mit dieser Linie, sondern sieht die Fehlerquellen in der zu starken Zentralisierung, dem Primat der Planerfüllung und der Herrschaft der Bürokratie. Es sollen mehr Klein- und Mittelbetriebe entstehen, die Privatinitiative soll gefördert werden. Von der vorgesehenen Investitionssumme von 400 Mrd. DA (= 20 Mrd. $) sind 38,6% für die Industrie vorgesehen und lediglich 6% für die Entwicklung der Landwirtschaft. Die geplanten Betriebe sollen auf das ganze Land verteilt werden und nicht wie bisher in der Küstenregion, was dazu geführt hat,

Landwirtschaft: Von einer Bevölkerung von 10 Mio. sind 1½ im Kampf gefallen, 3 Mio. sind in Sammellager umgesiedelt worden, um die FLN ihrer bäuerlichen Massenbasis zu berauben, 8000 Dörfer wurden im Krieg zerstört. Dazu kamen autochthone Faktoren, die sich auf eine Entwicklung der Landwirtschaft auswirkten: die halbfeudalen Besitzverhältnisse, die rückständigen Produktionsmittel und die Bodenerosion. Die Bauern waren die Träger des Befreiungskampfes gewesen. Sie hatten ihn auch unter der Losung geführt: Das Land dem, der es bebaut. Nach der Flucht der französischen Siedler kam es zu vielen spontanen Landbesetzungen, die von der algerischen Arbeitergewerkschaft, UGTA, unterstützt wurden. 1963 mußte die Regierung Ben Bella, diese Landbesetzungen legalisieren und erklärte sowohl den Boden als auch die Produktionsmittel, die ehemals in französischem Besitz waren, für ,,sozialisiert". Die Bauern wurden aufgefordert, sich in Genossenschaften zusammenzuschließen. Die Leitung der Genossenschaften hatte das Selbstverwaltungskomitee, dessen Mitglieder von den Bauern direkt gewählt wurden. Zu Beginn waren die Bauern mit diesem Versuch einverstanden. Die weitere Entwicklung weckte jedoch ihr Mißtrauen: Es waren große Mittel erforderlich,




hörigen der Nationalen Befreiungsarmee erhielten. Nach einem Dekret von 1962 hatten die ALN-Mitglieder Prioritätsansprüche in bezug auf Arbeitsplätze sowohl auf dem Land als auch in der Stadt.

Sie schlossen sich in ,,Genossenschaften der moudjahedin" zusammen, die in Konkurrenz traten zu den Selbstverwaltungskomitees der Bauern. (Teilweise waren die Offiziere auch Grundbesitzer.) Diese Genossenschaften wurden bei der Vergabe der staatlichen Hilfen bevorzugt behan-

stands von Teilen der FLN-Führung durchführte, umfaßte jetzt auch den algerischen Grundbesitz. Folgende Besitzverhältnisse herrschten dort vor der Landreform: 49% aller landwirtschaftlichen Betriebe waren 1 – 10 ha groß und lediglich 3% über 100 ha. Sie machten ¼ des gesamten Bodens aus. 70% des Bodens wurde von den Eigentümern selbst bewirtschaftet. Daneben gab es als Formen der Pacht: Khammesat und metayage – 1/5-Ertragspacht und Halbpacht. Die Unteilbarkeit des Gemeinschaftsbesitzes spielte eine ge-

soll verstärkt eingeführt werden. Die Bauern erhalten das Recht, ihre eigenen Erzeugnisse zu vermarkten. Ein schwieriges Problem kommt noch hinzu: Algerien hat mit 3,2% eine der höchsten Geburtenraten der Welt. (Vom ZK unter Tagesordnungspunkt 2: Gesundheitswesen beraten.)

Eine zentrale Frage, die in den Diskussionen der letzten Monate eine wichtige Rolle gespielt hat, hat das ZK unter dem Tagesordnungspunkt 3, organisatorische Fragen, behandelt: Die Frage der Beziehungen zwischen der FLN, die sich als Avantgardepartei versteht, und den Massenorganisationen. Artikel 120 des neuen Statuts, das im Juni verabschiedet worden ist, schreibt die Führungsrolle der Partei gegenüber den Massenorganisationen fest. Die Kader der Massenorganisationen, die Leitungsfunktionen haben, müssen Mitglieder der FLN sein. Der Aufbau von Betriebszellen ist geplant. Vor allem in der Gewerkschaft, der UGTA, und in dem Studentenverband, UNJA, gibt es Auseinandersetzungen um die Frage, welchen Charakter die FLN hat, Partei oder Frontorganisation, und über die Beziehungen zwischen Kadern und Massen sowie über den Charakter von Massenorganisationen. Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen.

# Der Krieg in der Westsahara

## Militärisches Gleichgewicht / Politische Erfolge der FPOLISARIO

*bep.* Seit 1979 hat der Krieg in der Westsahara neue Formen angenommen. In den drei vorhergehenden Jahren seit dem Abzug der spanischen Kolonialmacht und der Gründung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) hatte die FPOLISARIO die marokkanischen und mauretanischen Besatzungstruppen mit Guerillaoperationen zermürbt. Auch in den größeren Ortschaften, in denen sie sich verschanzt hatten, sahen sich die Okkupationstruppen durch den Widerstand der Bevölkerung bedrängt. 1979 trat Mauretanien in Verhandlungen mit der DARS über die Übergabe der Sahara-Gebiete ein. Nach einem Waffenstillstand zog es seine Truppen zurück. Heute verhält sich Mauretanien in dem Konflikt strikt neutral. Marokko, größer und wirtschaftlich stabiler, sich stützend auf Militär-und Wirtschaftshilfe der USA, setzte den Krieg fort und proklamierte die Herrschaft über die von Mauretanien aufgegebenen Gebiete.

Auf beiden Seiten erreichte die Kriegsführung ein neues Niveau. Marokko verstärkte die Garnisonen in den größeren Ortschaften, vertrieb einen Teil der Zivilbevölkerung und begann, ein System befestigter Stützpunkte aufzubauen. Anschließend versuchte die marokkanische Armee, ihr Stützpunktsystem zur Basis beweglicher Operationen gegen die Truppen der Befreiungsfront zu machen. Gegenwärtig bemüht sich Marokko, eine zusammenhängende Stützpunktkette von Südmarokko aus weiter nach Süden bis in das Phosphat-Gebiet der Westsahara, in das Gebiet der Ortschaften Smara, Bou Craa und El-Aiún zu errichten, um von dort aus mit massivem Einsatz von Luftwaffe und Artillerie auch die umliegenden Wüstengebiete zu kontrollieren. Außerdem versucht die Armee, die Verbindungen der FPOLISARIO nach Algerien abzuschneiden.

Die FPOLISARIO operiert seit 1979 in größeren motorisierten Einheiten von 300 bis 500 Mann und unter Einsatz von Artillerie. In den letzten Monaten kam es zu größeren Schlachten, bei denen die FPOLISARIO bis zu 3000 Mann zusammengezogen haben soll. Im letzten halben Jahr hatte die Befreiungsfront den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten nach Südmarokko verlegt, wo ihr hügeliges Gelände günstige Möglichkeiten bietet. Gegenwärtig finden heftige Kämpfe sowohl in Südmarokko als auch im Nordteil der DARS statt. Die Berichte über ihren Verlauf sind widersprüchlich. Die marokkanische Armee behauptet, derzeit die militärische Initiative zu haben und das von ihr kontrollierte Gebiet auszudehnen. Die FPOLISARIO berichtet, die Marokkaner seien in ihren Stützpunkten eingeschlossen. Sicher ist, daß es auf beiden Seiten erhebliche Verluste gibt. Sollten die Kämpfe auf diesem Niveau andauern – und eine rasche Entscheidung ist nicht abzusehen –, ergibt sich für die FPOLISARIO die Gefahr, daß ihre Kräfte ausgezehrt werden. Die Bevölkerungszahl der DARS ist umstritten. Die meisten Schätzungen liegen bei 150000. Etwa 100000 Saharauis leben in den Lagern bei Tindouf auf algerischem Gebiet. Die bewaffneten Kräfte der FPOLISARIO werden auf etwa 20000 Mann geschätzt. Auf ihre Basen in Algerien ist die FPOLISARIO ebenso angewiesen wie auf Waffenlieferungen, die vor allem aus Libyen kommen. Je größer ihre Verluste, desto höher ist, kurzfristig, diese Abhängigkeit.

Auf der Ebene der internationalen Politik hat sich die Lage deutlicher zugunsten der DARS und der FPOLISARIO entwickelt. 36 Staaten, alle aus der 3. Welt, haben die DARS inzwischen anerkannt. Im September 1979 haben sowohl die Konferenz der Blockfreien wie die Vollversammlung der UN mehrheitlich die Entkolonialisierung der Westsahara gefordert. 88 Mitgliedsstaaten der UN (gegen 8, bei 43 Enthaltungen) unterstützten während der letzten UN-Vollversammlung im November eine Resolution, in der Marokko aufgefordert wird, die Besetzung der Westsahara zu beenden und mit der FPOLISARIO als legitimer Vertretung des saharauischen Volkes zu verhandeln. Noch bedeutsamer war der Erfolg der DARS auf der letzten Gipfelkonferenz der OAU im Sommer 1980: Ihr Antrag, als 51. Mitgliedsstaat in die OAU aufgenommen zu werden, wurde mit der erforderlichen einfachen Mehrheit (26 von 50 Mitgliedsstaaten) angenommen. Allerdings konnte Marokko mit der Drohung, aus der OAU auszutreten, die Durchführung dieses Beschlusses noch einmal verhindern. Statt dessen bekräftigte die Gipfelkonferenz das Mandat eines seit 1978 bestehenden ad-hoc-Komitees der OAU, das den Auftrag hat, Vorschläge für eine politische Lösung des Konflikts zu unterbreiten. Diesem Komitee gehören Guinea, Sudan, Nigeria, Mali, Tanzania und Sierra Leone an. Im September hat das Komitee einen Vorschlag vorgelegt, der einen Waffenstillstand ab Dezember 1980 vorsieht, sowie ein Referendum über die Zukunft der Westsahara, organisiert durch die OAU und überwacht durch die UNO. Marokko lehnt den Vorschlag eines Referendums bisher strikt ab; die FPOLISARIO ist damit einverstanden, besteht aber auf dem vorherigen Rückzug der marokkanischen Truppen.

Marokko behandelt den Konflikt als Aggression Algeriens und bezeichnet die FPOLISARIO als algerische Söldnertruppe. In letzter Zeit hat die marokkanische Regierung, vermittelt vor allem durch Tunesien, Angebote zur Aussöhnung an Algerien gerichtet. Beabsichtigt ist offenbar eine Einigung mit Algerien auf Kosten der DARS, vielleicht außerdem auf Kosten Mauretaniens, das die vertriebenen Saharauis aufnehmen soll. Algerien hat bis jetzt allerdings abgelehnt, ohne Beteiligung der FPOLISARIO mit Marokko über die Westsahara zu verhandeln.

Das marokkanische Regime hofft offensichtlich, mit Hilfe der USA seine militärische Position in der Sahara behaupten und gleichzeitig Algerien unter Druck setzen zu können. In den besetzten Gebieten versucht es, sich eine politische Basis in Gestalt pro-marokkanischer Parteien, Politiker und Stammesführer zu schaffen. Gleichzeitig baut es seine Beziehungen zur Sowjetunion aus. 1978 und 1979 sind zwischen Marokko und der SU weitreichende Wirtschaftsabkommen, vor allem über die Ausbeutung der marokkanischen Phosphatvorkommen und der reichen Fischbestände vor den Küsten abgeschlossen worden. Die SU gibt sich in der Sahara-Frage neutral. Die marokkanische Zeitung ,,Le Matin du Sahara" (5.10.80) wies darauf hin, vor allem mit dem Fischereiabkommen, das sich auf ,,alle Hoheitsgewässer Marokkos" erstrecke, habe die SU faktisch die marokkanische Souveränität über die Westsahara anerkannt; in der Tat liegen die reichsten Fischgründe vor den Küsten der DARS. Die Zeitung beklagt sich, daß die FPOLISARIO dennoch ständig über Libyen mit sowjetischen Waffen versorgt werde. Möglicherweise sieht die Sowjetunion aber gerade in der Fortdauer des Konflikts ihren Vorteil. Tatsächlich verstärkt der ungerechte Krieg Marokkos seine Bindungen an die Supermächte. Gleichzeitig besteht die Gefahr eines Krieges mit Algerien: wenn nämlich Marokko bei einem Anhalten der schweren Kämpfe in der Sahara dazu übergehen sollte, die Basen der FPOLISARIO in Algerien anzugreifen. Algerien hat stets versichert, daß es einen Angriff zurückschlagen werde. Ein Krieg vom Ausmaß des Konflikts zwischen Iran und Irak könnte die Folge sein. Erfolg für die Einigungsvorschläge der OAU-Kommission ist dringend zu wünschen.

# Die BRD sucht Zugang zum Kartell des Antarktis-Vertrages

**Imperialisten auf der Jagd nach Krill / Vorstöße der 3. Welt zur Internationalisierung der Antarktis**

*cht.Sydney.* „Der Krill ist in ungeheuren Mengen im südlichen Weltmeer zu finden. Er bildet ohne Zweifel die größte, bislang kaum genutzte Quelle tierischen Eiweißes, die für die Ernährung der rasch anwachsenden Weltbevölkerung noch verfügbar ist", heißt es im Bericht der Bundesforschungsanstalt für Fischerei über die Antarktis-Expedition 1975/76 der BRD. Krill ist die Bezeichnung für kleine garnelenähnliche Krebse, die in einer Dichte von etwa 50 Tonnen pro $km^2$ im Südpolarmeer vorkommen. Er enthält mit 13% (65% in getrocknetem Zustand) dreimal soviel Protein wie sonstige tierische Nahrung. Er wird als Mehl dem Tierfutter zugegeben und, vor allem in Chile, Japan und der UdSSR, auch für menschlichen Verzehr verarbeitet. Die BRD führte seit 1975/76 regelmäßig Fänge durch, um u.a. die Verarbeitung und Vermarktung zu erproben. Für die wirtschaftliche Bedeutung der Antarktis steht Krill an erster Stelle. Nach der Ruinierung des antarktischen Walbestandes gibt es keine Fischvorkommen von vergleichbarem Umfang. Die Kenntnisse über Rohstoffvorkommen sind bislang nicht ausreichend, um ihre wirtschaftliche Bedeutung zu bestimmen.

Im antarktischen Sommer 1980/81 wird die erste ständige Forschungsstation der BRD auf dem Ronne-Eis-Schelf errichtet werden. Eine Hauptaufgabe ist die Erforschung der krillreichen Weddell-See. Der Nachweis umfangreicher wissenschaftlicher Forschung ist Voraussetzung für die Aufnahme in den Club der Vollmitglieder des Antarktis-Vertrages, in dem sich einige imperialistische Länder die Kontrolle über die Erschließung und Nutzung der Antarktis sichern wollen.

Die ursprünglichen Gründungsmitglieder des Antarktis-Vertrages, der 1959 unterzeichnet worden und 1961 für zunächst 30 Jahre in Kraft getreten ist, sind Argentinien, Australien, Belgien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Japan, Neuseeland, Norwegen, Südafrika, USA und UdSSR. Sie bilden zusammen mit Polen, das seit 1961 als einziges Land (1977) aufgenommen worden ist, die Mitglieder, die nach der Satzung alleine zur Kontrolle der bestehenden Antarktis-Stationen und zu Beschlußfassung in den Konferenzen berechtigt sind. Neun weitere Staaten, u.a. die BRD, haben seit 1961 den Vertrag unterzeichnet, haben aber keine Rechte, solange sie sich nicht für die Vollmitgliedschaft qualifiziert haben. Der Vertrag entstand aus dem Konflikt widerstreitender Interessen: Die USA drängten nach freiem Zugang zu allen Teilen der Antarktis, was auch im Interesse der aufsteigenden Supermacht UdSSR lag; sie konnten sich damit sowohl gegenüber einzelnen nationalen Hoheitsanprüchen (s. Karte) durchsetzen als auch gegenüber der Position Neuseelands, das die Antarktis als ein internationales Gebiet unter Kontrolle der UNO sehen wollte. Die Hauptpunkte des Vertrages sind:

1. Ausschließlich friedliche Nutzung der Antarktis. Der Einsatz militärischen Personals und militärischer Ausrüstung für friedliche Zwecke wird dadurch nicht ausgeschlossen.
2. Freiheit wissenschaftlicher Forschung in der Antarktis.
3. Austausch wissenschaftlicher Daten, Ergebnisse und wissenschaftlichen Personals.
4. Bestehende Hoheitsansprüche werden weder anerkannt noch aufgegeben, noch sollen neue Ansprüche angemeldet werden ...
7. Die Unterzeichnerländer haben das Recht auf Inspektion aller vorhandenen Stationen, Einrichtungen, Schiffe usw. im Gebiet der Antarktis.
8. Die Unterzeichnerländer halten regelmäßig Beratungen über gemeinsame Interessen ab, über Fragen wissenschaftlicher Zusammenarbeit, die Durchführung des Rechts zur Inspektion, Fragen der Gesetzgebung bezüglich der Antarktis, und den Schutz der lebenden Ressourcen. Zu den Beratungen darf außer den Unterzeichnerländern nur ein solches Land Delegierte senden, das dem Vertrag beigetreten ist und das „durch umfangreiche wissenschaftliche Forschung wie z.B. Errichtung einer wissenschaftlichen Station oder Durchführung einer Expedition sein Interesse an der Antarktis" bewiesen hat.

Der Vertrag ermöglicht den imperialistischen Ländern, die das notwendige Potential für die aufwendige Antarktis-Forschung haben, unter dem Deckmantel der Forschung sich den Zugang zu strategisch wichtigen Positionen und den Ressourcen zu sichern. 1977 gab es 34 Stationen, die das ganze Jahr über betrieben wurden, wobei die UdSSR (6) und USA (4) nach Argentinien die Spitze hielten. Die UdSSR verstärkt ihre Anstrengungen für eine starke Präsenz in der Antarktis. 1979 wurde eine 7. ständige Station besetzt, eine 8. befindet sich im Bau. Die „friedliche Nutzung" der Antarktis ist wegen des allgemein großen Einsatzes militärischen Personals und militärischer Mittel in Frage zu stellen. Alle Bewegungen zur Durchführung von Versorgung, Nachschub usw. können als Übungen für die Errichtung militärischer Stützpunkte genutzt werden.




Territorialansprüche und Forschungsstationen (einschließlich Sommerstationen) in Antarktis. Für Länderbezeichnungen vergl. Liste der Vertragsstaaten im Text.

Das Interesse der Länder der Dritten Welt ist es nicht, daß einige imperialistische Länder die für die Menschheit wichtigen und von der Bevölkerung der Länder der Dritten Welt besonders benötigten proteinreichen Ressourcen für sich reservieren. Schon vor Abschluß des Antarktis-Vertrages gab es daran heftige Kritik. Indien unterstützte Neuseelands Position und beantragte 1956 vor der UNO, die Antarktis zu einem internationalen Gebiet zu erklären. Seit Mitte der siebziger Jahre gab es häufiger und klar formuliert die Position der Länder der Dritten Welt. 1975 erklärte der Botschafter von Sri Lanka, Shirley Amerasinghe, in seiner Eigenschaft als Präsident der Seerechtskonferenz vor der UNO: „Es gibt immer noch Gebiete auf diesem Planeten, wo die internationale Gemeinschaft die Möglichkeit zur konstruktiven und friedlichen Zusammenarbeit hat, zum Nutzen aller anstelle einiger weniger. Ein solches Gebiet ist der antarktische Kontinent." Amerasinghe forderte, daß dieselben Grundsätze, die den Tiefseeboden als gemeinsames Erbe der Menschheit erklärten, auch auf die Antarktis angewendet werden. Die Deklaration der UNO-Generalversammlung vom 17.12.70 über den Tiefseeboden legt fest, daß keine Nation oder Person Hoheitsrechte über irgendwelche Teile beanspruchen kann und daß alle Aktivitäten zur Erforschung oder Ausbeutung der Ressourcen von einer internationalen Behörde kontrolliert werden. Sie ist die Grundlage des neuen Seerechts und kann auch in der Antarktis verhindern, daß die imperialistischen Länder die noch ungenutzten Ressourcen an sich reißen und durch ungehemmte Ausbeutung womöglich zerstören. Es ist nicht zu erwarten, daß das im Mai 1980 in Canberra von den Mitgliedern des Antarktis-Vertrages, der BRD und der DDR unterzeichnete Abkommen zum Schutz der Arten im Südpolarmeer eine Gefährdung der vorkommenden Bestände verhindern wird. Die Walfangkommission, die von den am Walfang beteiligten Ländern errichtet wurde und nach ähnlichen Prinzipien arbeitet, hat die Ruinierung der Walbestände nicht aufhalten können.

heh.Rom. Als die französischen Kolonialherren den Congo 1960 in die Unabhängigkeit entließen, hatten sie die reichen natürlichen Ressourcen nicht einmal in der verkrüppelten Form der Produktion von Kaffee, Kakao etc. für den Export entwickelt. Brazzaville war die Verwaltungshauptstadt Französisch-Äquatorial-Afrikas, das ökonomische Interesse der Kolonialherren konzentrierte sich auf die küstennahe Ausbeutung der riesigen Wälder, hauptsächlich durch Zwangsarbeit. Daneben richteten sie eine Flußschiffahrt auf dem Congo-Fluß ein als Verbindung zu ihren anderen zentralafri-

Probleme bei der Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft: VR Congo

hängt von der Zahl der Arbeitskräfte pro Familie ab.

1963 wurde die Regierung des Abbé Foulbert Youlou von Militärs unter Marien Ngouabi gestürzt. Die seitdem herrschende „Congolesische Partei der Arbeit" bekennt sich zum Marxismus-Leninismus. Sie hat ihre soziale Basis überwiegend in Verwaltungsangestell-

ganzen Land gibt es nur 46 Landwirtschaftsberater.

Neuorientierung der Politik

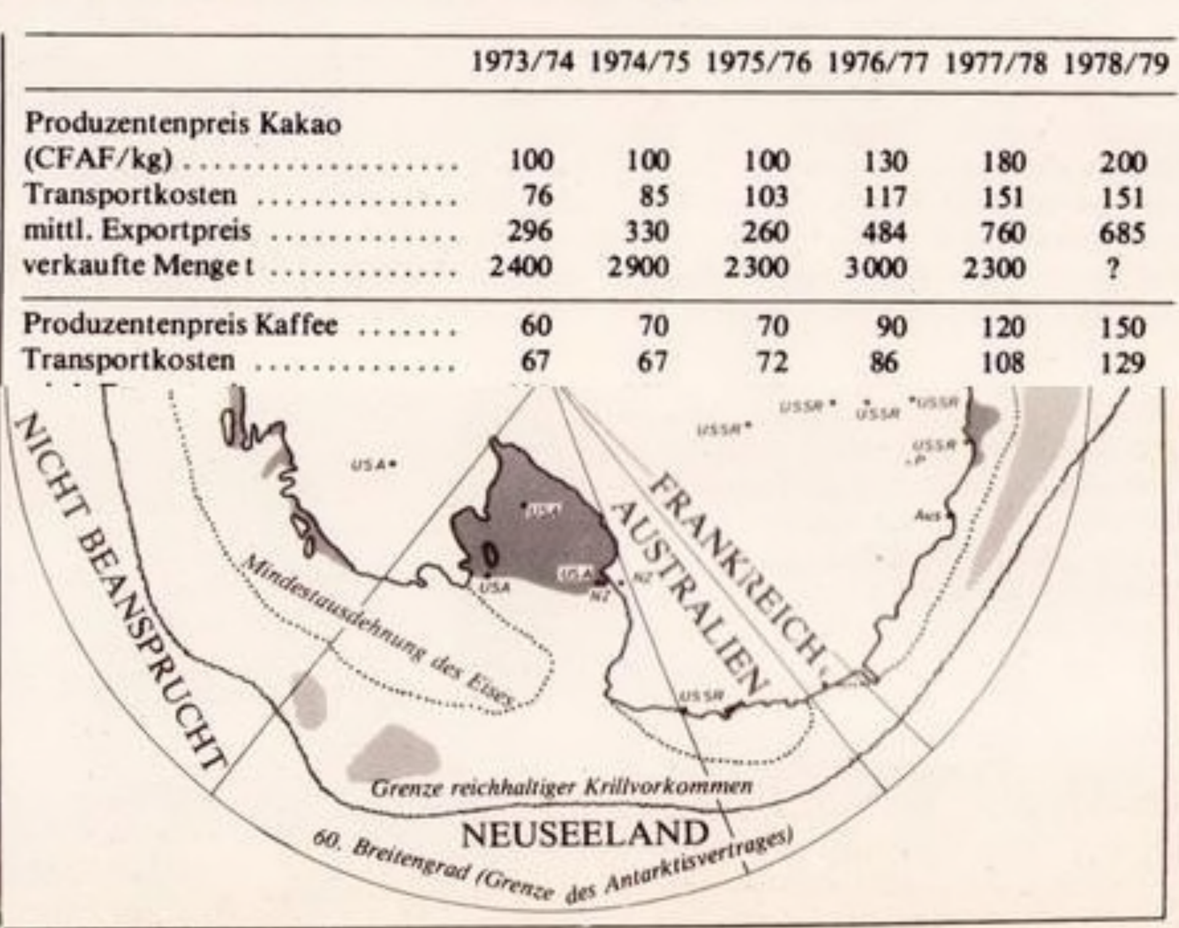
In der Erwartung einer großen Erdölproduktion nahm die Regierung Anfang der 70er Jahre hohe Kredite auf, investierte diese jedoch überwiegend unproduktiv. Mitte der 70er Jahre sank die Erdölförderung unerwartet, und das Land geriet in eine schwere finanzielle und ökonomische Krise. Alle Staatsbetriebe waren im Defizit, und ein aufgeblähter Verwaltungsapparat lastete schwer auf der Wirtschaft des

aufgabe ist die Erforschung der krillreichen Weddell-See. Der Nachweis umfangreicher wissenschaftlicher Forschung ist Voraussetzung für die Aufnahme in den Club der Vollmitglieder des Antarktis-Vertrages, in dem sich einige imperialistische Länder die Kontrolle über die Erschließung und Nutzung der Antarktis sichern wollen.

Die ursprünglichen Gründungsmitglieder des Antarktis-Vertrages, der 1959 unterzeichnet worden und 1961 für zunächst 30 Jahre in Kraft getreten ist, sind Argentinien, Australien, Belgien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Japan, Neuseeland, Norwegen, Südafrika, USA und UdSSR. Sie bil-

den weder anerkannt noch aufgegeben, noch sollen neue Ansprüche angemeldet werden ...
7. Die Unterzeichnerländer haben das Recht auf Inspektion aller vorhandenen Stationen, Einrichtungen, Schiffe usw. im Gebiet der Antarktis.
8. Die Unterzeichnerländer halten regelmäßig Beratungen über gemeinsame Interessen ab, über Fragen wissenschaftlicher Zusammenarbeit, die Durchführung des Rechts zur Inspektion, Fragen der Gesetzgebung bezüglich der Antarktis, und den Schutz der lebenden Ressourcen. Zu den Beratungen darf außer den Unterzeichnerländern nur ein solches Land Delegierte senden, das dem Vertrag beigetreten ist

Grundlage des neuen Seerechts und kann auch in der Antarktis verhindern, daß die imperialistischen Länder die noch ungenutzten Ressourcen an sich reißen und durch ungehemmte Ausbeutung womöglich zerstören. Es ist nicht zu erwarten, daß das im Mai 1980 in Canberra von den Mitgliedern des Antarktis-Vertrages, der BRD und der DDR unterzeichnete Abkommen zum Schutz der Arten im Südpolarmeer eine Gefährdung der vorkommenden Bestände verhindern wird. Die Walfangkommission, die von den am Walfang beteiligten Ländern errichtet wurde und nach ähnlichen Prinzipien arbeitet, hat die Ruinierung der Walbestände nicht aufhalten können.



Territorialansprüche und Forschungsstationen (einschließlich Sommerstationen) in Antarktis. Für Länderbezeichnungen vergl. Liste der Vertragsstaaten im Text.

# Probleme bei der Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft: VR Congo

*heh.Rom.* Als die französischen Kolonialherren den Congo 1960 in die Unabhängigkeit entließen, hatten sie die reichen natürlichen Ressourcen nicht einmal in der verkrüppelten Form der Produktion von Kaffee, Kakao etc. für den Export entwickelt. Brazzaville war die Verwaltungshauptstadt Französisch-Äquatorial-Afrikas, das ökonomische Interesse der Kolonialherren konzentrierte sich auf die küstennahe Ausbeutung der riesigen Wälder, hauptsächlich durch Zwangsarbeit. Daneben richteten sie eine Flußschiffahrt auf dem Congo-Fluß ein als Verbindung zu ihren anderen zentralafrikanischen Kolonien und bauten zwei Eisenbahnstrecken: eine als Verbindung zwischen dem Seehafen und dem Flußhafen, die andere Linie zu den Mangangruben in Gabun.

## Die traditionelle Landwirtschaft

Sie ist durch eine extensive Bodennutzung gekennzeichnet: Ein Stück Wald oder Busch wird gerodet, das abgeschlagene Holz verbrannt. Dann wird gepflanzt oder gesät. Der Boden wird nur mit der Hacke bearbeitet und nach der Ernte einer langen Brache überlassen. Der Boden ist im Gemeineigentum einer Gruppe, die meist durch gemeinsame Vorfahren verwandt ist. Jede Familie bebaut ein Stück des gemeinsamen Landes zur eigenen Nutzung. Die Produktion dient vor allem der Eigenkonsumtion, die Größe der Felder hängt von der Zahl der Arbeitskräfte pro Familie ab.

1963 wurde die Regierung des Abbé Foulbert Youlou von Militärs unter Marien Ngouabi gestürzt. Die seitdem herrschende „Congolesische Partei der Arbeit" bekennt sich zum Marxismus-Leninismus. Sie hat ihre soziale Basis überwiegend in Verwaltungsangestellten und Militärs.

Die Landwirtschaft versuchte sie dadurch zu entwickeln, daß sie ungefähr 25 moderne Staatsfarmen aufbaute und die Bauern aufrief, sich in Kooperativen zusammenzuschließen. Jedoch gab es weder eine genaue Vorstellung über den Zweck der Kooperativen noch wurden diese finanziell und technisch unterstützt. 1969 – 1977 gingen 4,2% der öffentlichen Investitionen in den Ackerbau und die Viehzucht, praktisch jedoch ausschließlich in die Staatsfarmen.

1980 zählt der Congo etwa 1,5 Mio. Einwohner. Davon konzentrieren sich über die Hälfte in den beiden Städten Brazzaville und Pointe Noire und an der Eisenbahnlinie zwischen beiden Städten. Das durchschnittliche Bevölkerungswachstum beträgt 2,3%, in den Städten jedoch 7%. Mangelnde Verdienstmöglichkeiten durch die Landwirtschaft, wie sie sich in der Tabelle in den staatlich festgesetzten Erzeugerpreisen ausdrücken, ließ fast die ganze Jugend des Landes in die Städte ziehen auf der Suche nach Schulausbildung und einer lohnenderen Beschäftigung, als es die Landwirtschaft war. Man hat hochgerechnet, daß – sollte diese Entwicklung anhalten – im Jahre 2000 sich 90% der Bevölkerung in und um die beiden großen Städte des Landes konzentrieren werden.

| | 1973/74 | 1974/75 | 1975/76 | 1976/77 | 1977/78 | 1978/79 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Produzentenpreis Kakao (CFAF/kg) | 100 | 100 | 100 | 130 | 180 | 200 |
| Transportkosten | 76 | 85 | 103 | 117 | 151 | 151 |
| mittl. Exportpreis | 296 | 330 | 260 | 484 | 760 | 685 |
| verkaufte Menge t | 2400 | 2900 | 2300 | 3000 | 2300 | ? |
| Produzentenpreis Kaffee | 60 | 70 | 70 | 90 | 120 | 150 |
| Transportkosten | 67 | 67 | 72 | 86 | 108 | 129 |
| mittl. Exportpreis | 320 | 227 | 369 | 889 | 591 | 550 |
| verkauft (lokal) | | | 1400 | 700 | 700 | ? |
| verkauft (aus Nachbarländern) | | | 100 | 1400 | 4500 | ? |
| Maniok (1000 t) | 542 | 553 | 559 | 565 | 571 | ? |
| Holzproduktion (in 1000 $m^3$) | 650 | 470 | 310 | 400 | 414 | 461 |

Anmerkung: 50 CFAF = 1FF – Maniok (Grundnahrungsmittel) die Vermarktung ist geschätzt, da sie über den Kleinhandel organisiert ist. Die Gesamtproduktion wird 1977 auf 800 000 t geschätzt.

Die Arbeitslosigkeit wurde 1980 auf 17% geschätzt. Es fehlt an Straßen, um den Transport der landwirtschaftlichen Produkte zu gewährleisten. Nur 2% des bebaubaren Bodens sind genutzt, aber um die Städte herum zeigt der Boden teilweise Erschöpfungserscheinungen, weil die Brachen nicht eingehalten werden. 1976 wurden 13 540 t Getreide importiert. Zwar sind 95% der Bevölkerung Alphabeten (der höchste Prozentsatz in Afrika), und es gibt eine hohe Zahl von Abiturienten und Hochschulabgängern. Aber im ganzen Land gibt es nur 46 Landwirtschaftsberater.

### Neuorientierung der Politik

In der Erwartung einer großen Erdölproduktion nahm die Regierung Anfang der 70er Jahre hohe Kredite auf, investierte diese jedoch überwiegend unproduktiv. Mitte der 70er Jahre sank die Erdölförderung unerwartet, und das Land geriet in eine schwere finanzielle und ökonomische Krise. Alle Staatsbetriebe waren im Defizit, und ein aufgeblähter Verwaltungsapparat lastete schwer auf der Wirtschaft des Landes.

Auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und wachsender regionaler Spannungen zwischen Nord- und Südregionen wurde 1977 der Präsident Marien Ngouabi ermordet. Nach einer gewissen Übergangsperiode fand 1979 der dritte außerordentliche Parteitag statt, auf dem eine neue Regierung gewählt und neue politische Richtlinien festgelegt wurden. Den größten Anteil am Investitionsbudget hat 1980 die Landwirtschaft, den zweitgrößten der Straßenbau. Mit einem Programm aus Krediten, technischer Unterstützung und Ausbildung soll vor allem den Dörfern und Kooperativen geholfen werden. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise wurden erhöht und ein Programm zur Sanierung der Staatsbetriebe beschlossen. Das bisherige (französische) Schulsystem wird mit Unterstützung der UNESCO den Bedürfnissen des Congo angepaßt, und die in den Städten konzentrierten Gesundheits- und Erziehungseinrichtungen werden auf das ganze Land ausgeweitet.

Der neue Staatspräsident Denis Sasso-Nguesso lockerte die bisherige fast ausschließliche außenpolitische Orientierung an der Sowjetunion. Er reiste 1980 nach China, nahm wieder diplomatische Beziehungen zu den USA auf und verbesserte die Beziehungen zur EG.

Die bisherigen Fehler und Schwierigkeiten werden von der neuen Regierung sehr offenherzig diskutiert. Die zur Zeit wieder wachsenden Erdöleinnahmen sollen benutzt werden, um eine vom Erdölexport unabhängige Wirtschaft zu entwickeln.

Holz für den Export im Hafen von Pointe Noire



Hauptnahrungsmittel ist Maniok, eine stärkehaltige Wurzel.

# Die Kommunen hängen an der Kette der Zuweisungen durch den Zentralstaat

## Die Bundesregierung will eine Umwälzung der öffentlichen Finanzen zugunsten ihrer „internationalen Pflichten“

*frb.* Mit der Änderung der politischen Lage, in der sich der westdeutsche Imperialismus befindet, mußte auch die Verteilung der öffentlichen Finanzen auf die verschiedenen Ebenen der öffentlichen Gewalt in eine Krise kommen. Denn diese verschiedenen Ebenen nehmen verschiedene Arten von Aufgaben wahr. Seit zwei Jahren steht die Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern zur gesetzlichen Neuregelung an und wird seither immer wieder provisorisch verlängert, weil sich Bundes- und Länderregierungen nicht auf eine neue Verteilung einigen können. Die Länderregierungen haben im Bundesrat einer Reihe von Gesetzen die verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung versagt, weil sie aus ihren Haushalten die Kosten zu tragen gehabt hätten. Bundeskanzler Schmidt hat sich eigens zum Bundesrat begeben, um für eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern zu werben: „Nie zuvor war die Bundesrepublik Deutschland weltweit so stark in internationale Pflichten genommen, wie das heute der Fall ist, ob im Atlantischen Bündnis, ob in der Europäischen Gemeinschaft, ob im Kreise der führenden Industrienationen der ganzen Welt, ob in den Vereinten Nationen, ob im Nord-Süd-Dialog, ob in internationalen Konferenzen, in denen es um die Begrenzung der Rüstung und dergleichen geht.“ Die Überprüfung der Aufgabenverteilung und der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern sei eine der großen Aufgaben dieser Legislaturperiode. Die Länder, so appellierte Schmidt an die imperialistische Einsicht der Länderchefs, müßten bei der Finanzierung jener großen Aufgaben mitwirken. Und die Länderregierungen sind auch schon darangegangen, nach Spielraum zu suchen, vor allem durch Kürzungen bei den Löhnen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten.

### Neuverteilung der Finanzmittel

Um zweierlei geht es derzeit bei den Auseinandersetzungen. Erstens um die erwähnte Verteilung der Steuereinnahmen, zweitens um die Entmischung sogenannter Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern, die zum Teil mit der Finanzreform 1969 eingeführt worden waren.

1979 hat sich das Steueraufkommen folgendermaßen aufgeteilt: 48,8% auf den Bund, 35% auf die Länder, 13% auf die Gemeinden, 3% auf die EG. Reine Bundessteuern sind die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer, die Branntweinsteuer, die Kapitalverkehr- und die weiteren Verbrauchssteuern. Ländersteuern sind die Kraftfahrzeugsteuer, die Vermögenssteuer, die Biersteu-

internationalen Konferenzen, in denen es um die Begrenzung der Rüstung und dergleichen geht.“ Die Überprüfung der Aufgabenverteilung und der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern sei eine der großen Aufgaben dieser Legislaturperiode. Die Länder, so appellierte Schmidt an die imperialistische Einsicht der Länderchefs, müßten bei der Finanzierung jener großen Aufgaben mitwirken. Und die Länderregierungen sind auch schon darangegangen, nach Spielraum zu suchen, vor allem durch Kürzungen bei den Löhnen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten.

Neuverteilung der Finanzmittel

Um zweierlei geht es derzeit bei den Auseinandersetzungen. Erstens um die erwähnte Verteilung der Steuereinnahmen, zweitens um die Entmischung sogenannter Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern, die zum Teil mit der Finanzreform 1969 eingeführt worden waren.

1979 hat sich das Steueraufkommen folgendermaßen aufgeteilt: 48,8% auf den Bund, 35% auf die Länder, 13% auf die Gemeinden, 3% auf die EG. Reine Bundessteuern sind die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer, die Branntweinsteuer, die Kapitalverkehr- und die weiteren Verbrauchssteuern. Ländersteuern sind die Kraftfahrzeugsteuer, die Vermögenssteuer, die Biersteu-

er, die Grunderwerbsteuer. Gemeindesteuern sind die Gewerbe- und Grundsteuern. Die Einkommensteuer (Lohn-, veranlagte Einkommensteuer) wird im Verhältnis 42,5:42,5:15 auf Bund, Länder und Gemeinden aufgeteilt. Die Körperschaft- und Kapitalertragsteuer wird je zur Hälfte auf Bund und Länder aufgeteilt. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) wird seit 1978 im Verhältnis 67,5:32,5 auf Bund und Länder verteilt. Außerdem müssen die Gemeinden aus ihren Gewerbesteuereinnahmen eine Gewerbesteuerumlage von seit Anfang 1980 rund 25% abführen, die je hälftig in Bundes- und Länderhaushalte fließt.

Weiterhin besteht zwischen den Bundesländern ein Finanzausgleich, der Unterschiede in der Steuerkraft ausgleichen soll. So fehlt es nicht an Reibungspunkten, die jetzt zur Wirkung kommen.

Die hauptsächlichen Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern sind der Aus- und Neubau von Hochschulen, die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes. Weiterhin zählen zu mehreren spezifischen Finanzhilfen, die aus dem Bundeshaushalt gezahlt werden, Zuschüsse zu den Investitionskosten der Krankenhäuser (laufende Kosten werden durch die Pflegesätze gedeckt) und zum sozialen Wohnungsbau. Gehandelt wird die vollständige Übergabe des Hochschulbaus, des Krankenhausbaus und des sozialen Wohnungsbaus in Länderkompetenz. Sollten die Gemeinschaftsaufgaben einst die Kompetenz der Zentralregierung ausweiten, so steht nunmehr offenbar der bürokratische Wirrwar, der damit angerichtet wurde, einer Neustrukturierung der gesamten Finanzen auf Ausbau des Unterdrückungs- und Aggressionsapparates im Innern und nach außen im Wege. Es geht dabei jedenfalls weniger um sachliche Änderungen der jetzt als Gemeinschaftsaufgabe betriebenen Tätigkeiten, denn um die Freisetzung von Mitteln zur Stärkung der Zentralgewalt.

Während sich Bundes- und Länderregierungen auf zähe Verhandlung einrichten, bis sich herausgeschält hat, was dem imperialistischen Interesse am förderlichsten sei (Schmidt dazu: „Im Hinblick auf die Außenpolitik, die äußere Sicherheit, die Weltpolitik geht es um die Einsicht, daß die Bundesrepublik Deutschland nur dann sicher und dann in richtiger Wahrnehmung unserer Interessen auftreten kann, wenn die innere Struktur des Staates ihr die notwendige Festigkeit, den Rückhalt für das Auftreten nach außen gibt.“), während also für die Neuverteilung von Aufgaben und Steuereinnahmen hier zäh gerungen wird, ist die Neuverteilung der Finanzmasse gegenüber den Gemeinden bereits im Gange. Anders als zwischen Bund und Ländern bedarf es dazu keiner Verhandlungen, sondern die Landesregierungen und -parlamente können den Gemeinden die Mittel kürzen, ohne mit jenen zu verhandeln. Kaum etwas zeigt so schlagend, wie sehr die Selbstverwaltung der Gemeinden auf dem Papier steht und in Deutschland immer gestanden hat.

Das Vorgehen zeigt auch, daß es bei den Beziehungen zwischen den Kommunen und der Zentralgewalt von Bund und Ländern um etwas anderes geht als bei den hochgespielten Beziehungen zwischen Bund und Ländern.

Kurzerhand haben die Länder den Gemeinden die Zuweisungen für das laufende Haushaltsjahr gekürzt. In Nordrhein-Westfalen haben die Städte jetzt mit einer Klage gegen die Landesregierung gedroht, weil sie entgegen alten Verpflichtungen für die Volkshochschulen einen um 26 Mio. DM gekürzten Zuschuß zahlt.

### Finanzhoheit der Kommunen nur auf dem Papier

Die Fessel, mit der die Zentralgewalt die Tätigkeit der Gemeinden lenkt, sind Finanzbeziehungen.

Die eigenen *Steuereinnahmen der Gemeinden* sind gering. Wie erwähnt, handelt es sich vor allem um die Grundsteuer und die Gewerbesteuer. Erstere wird erhoben auf Grundbesitz. Die Besteuerungsgrundlage richtet sich nach dem Einheitswert in den Wertverhältnissen von 1964. Zwei Schritte füh-

lamente können den Gemeinden die Mittel kürzen, ohne mit jenen zu verhandeln. Kaum etwas zeigt so schlagend, wie sehr die Selbstverwaltung der Gemeinden auf dem Papier steht und in Deutschland immer gestanden hat.

Das Vorgehen zeigt auch, daß es bei den Beziehungen zwischen den Kommunen und der Zentralgewalt von Bund und Ländern um etwas anderes geht als bei den hochgespielten Beziehungen zwischen Bund und Ländern.

Kurzerhand haben die Länder den Gemeinden die Zuweisungen für das laufende Haushaltsjahr gekürzt. In Nordrhein-Westfalen haben die Städte jetzt mit einer Klage gegen die Landesregierung gedroht, weil sie entgegen alten Verpflichtungen für die Volkshochschulen einen um 26 Mio. DM gekürzten Zuschuß zahlt.

Finanzhoheit der Kommunen nur auf dem Papier

Die Fessel, mit der die Zentralgewalt die Tätigkeit der Gemeinden lenkt, sind Finanzbeziehungen.

Die eigenen Steuereinnahmen der Gemeinden sind gering. Wie erwähnt, handelt es sich vor allem um die Grundsteuer und die Gewerbesteuer. Erstere wird erhoben auf Grundbesitz. Die Besteuerungsgrundlage richtet sich nach dem Einheitswert in den Wertverhältnissen von 1964. Zwei Schritte füh-

ren zur Berechnung der Steuer. Zunächst wird der Einheitswert mit für das Bundesgebiet einheitlich festgelegten Meßzahlen multipliziert. Der Faktor beträgt 6 Tausendstel für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, 2,6 Tausendstel für Einfamilienhäuser, 3,1 Tausendstel für Zweifamilienhäuser, 3,5 Tausendstel für alle übrigen Grundstücke. Das Produkt aus Einheitswert und Steuermeßzahl ergibt den *Steuermeßbetrag*. Also: Ein landwirtschaftliches Grundstück im Wert von 10000 DM wird mit einem Steuermeßbetrag von 60 DM angesetzt. Auf diesen Steuermeßbetrag erst wird der *Hebesatz* angewendet. Lediglich diesen Hebesatz kann die einzelne Gemeinde festsetzen, alles andere ist durch Bundesgesetz vorgegeben. Die gewogenen Durchschnittshebesätze betrugen 1979 für die Grundsteuer A (Landwirtschaft) 249% des Steuermeßbetrages und für Grundsteuer B (Grundstücke) 275 Hundertstel (oder das 2,75fache).

Entsprechend wie die Grundsteuer errechnet sich die Gewerbesteuer, wobei jeweils sowohl das Gewerbekapital wie der Gewerbeertrag besteuert werden. Auch hier können die Gemeinden nur den Hebesatz festlegen.

Die Steuern, auf deren Höhe die Gemeinden teilweise Einfluß nehmen können, haben 1979 ganze 32% an den Gesamteinnahmen ausgemacht.

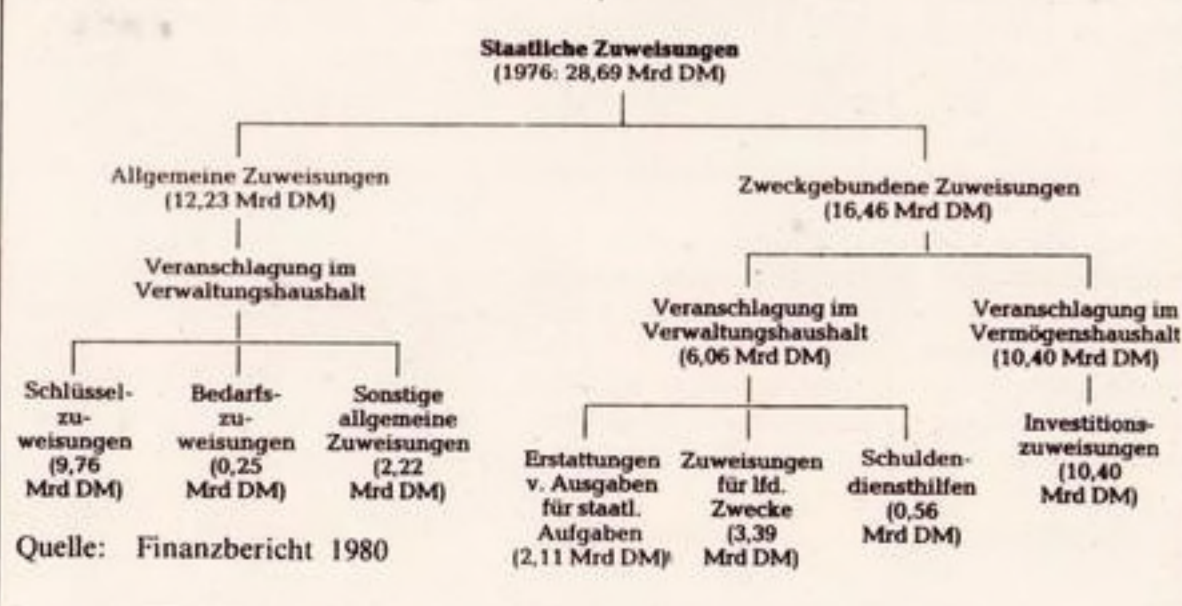
Aus der Einkommensteuer erhalten die Gemeinden einen Anteil von 15%, auf die Höhe dieser Steuer haben sie keinerlei Einfluß. Andererseits haben sie die Gewerbesteuerumlage abzuliefern. Sie beträgt 80% des Steuermeßbetrages. Bei einem durchschnittlichen Hebesatz von 325% ist dies rund ¼ der Gewerbesteuereinnahmen.

Die Einnahmen, die die Gemeinden so aus eigenen Steuern und aus dem Steuerverbund der Einkommensteuer erhalten, betrugen 1979 rund 40% der Gesamteinnahmen.

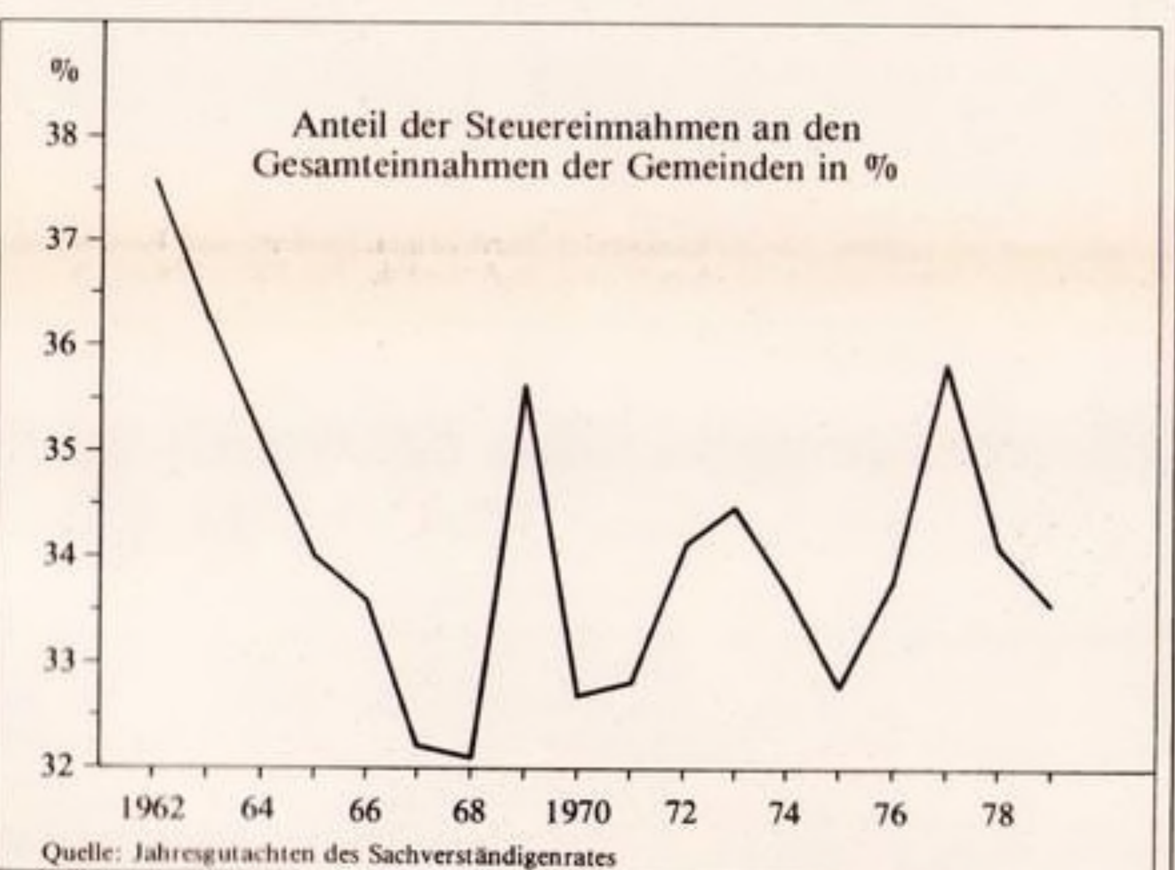
**Gemeindesteuern 1979 (in Mio. DM)**

| | |
|---|---|
| Realsteuern | |
| Grundsteuer B | 5250,4 |
| Gewerbesteuer Ertrag u. Kapital | 25059,2 |
| Lohnsummensteuer | 3296,6 |
| Istaufkommen | 34058,5 |
| – Gewerbesteuerumlage | 9255,0 |
| + Anteil Einkommenst. | 18851,8 |
| Gemeindesteuern | 43655,2 |
| Zuschlag Grunderwerbst. | 1184,1 |
| sonst. Gemeindest. | 463,4 |
| Steuereinnahmen | 45211,7 |
| Gesamteinnahmen | 111558,0 |

(Quelle: Wirtschaft und Statistik 10/1980)



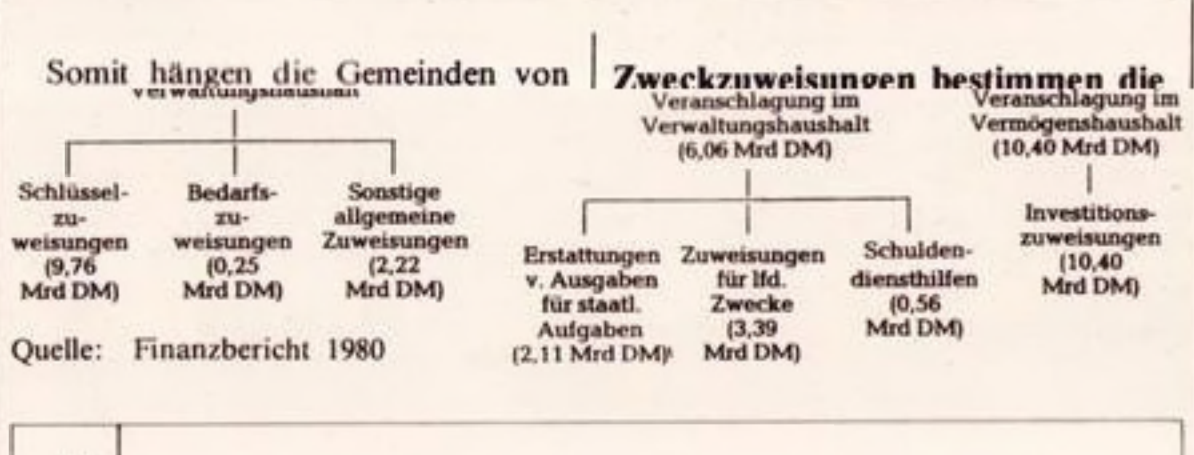
Quelle: Finanzbericht 1980



Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrates

Somit hängen die Gemeinden von

Zweckzuweisungen bestimmen die


Quelle: Finanzbericht 1980


Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrates

Demokratie verlangt demokratische Kommunalverfassung

Anteil der Gemeinden an öffentlichen Bauten 1. Hj. 1980

Insgesamt 70,6%
Schulen 90,5%
Gesundheitswesen 72,5%
Straßen u. Brücken 55,1%
Energie u. Wasserwirtschaft, Kulturbauten 94,1%

(Berechnet nach: Wirtschaft und Statistik 10/1980)

Nimmt man die Ausgaben der laufenden Rechnung, die weitgehend festgelegt sind, so sind sie durch Steuereinnahmen nur zur Hälfte gedeckt. Selbst mit den sonstigen laufenden Einnahmen (Gebühren) zusammen beträgt die Deckung erst 80%. Zählt man schließlich die Zuweisungen hinzu und geht vom selben Verhältnis zwischen allgemeinen und Zweckzuweisungen wie 1976 aus, so bleibt zur Finanzierung der Investitionen von den Einnahmen nur eine Summe in Höhe der Zweckzuweisungen übrig. Und dabei muß noch bedacht werden, daß ein Großteil der Investitionen lediglich aus Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen besteht. Aufgrund der sinkenden Einnahmen rechnet der Städtetag mit einem Einbruch der Investitionen um rund 5% im Jahre 1981.

Somit hängen die Gemeinden von Zuschüssen ab, die sie aus dem Landeshaushalt oder aus dem Bundeshaushalt für festgelegte Zwecke erhalten. Zwei hauptsächliche Unterschiede gibt es hier zunächst. Einmal die allgemeinen Zuweisungen, zum anderen die speziellen Zuweisungen.

Bei den *allgemeinen Zuweisungen* handelt es sich vor allem um Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Steuerverbundes. Die Länder sind zur Durchführung dieser Zuweisungen gesetzlich verpflichtet. Sie werden finanziert aus den Steuern, die die Länder im Rahmen des Steuerverbundes mit dem Bund erhalten. Die Quoten, die aus dieser Steuermasse an die Gemeinden gehen, schwanken zwischen 11,1% in Bayern und 28,5% in Nordrhein-Westfalen (Stand 1978). Diese Quoten sind es, die von den Länderregierungen jetzt kurzerhand gekürzt wurden.

Zuteilung der Zuweisungen erfolgt nach einem komplizierten in Landesgesetzen festgelegten System. Sowohl der unterschiedliche Bedarf wie die unterschiedlichen Einnahmen an gemeindeeigenen Steuern werden dabei berücksichtigt.

Hauptansatz zur Ermittlung des Bedarfs ist die Einwohnerzahl je Gemeinde. Je größer aber die Gemeinde, um so stärker wird die Zahl der Einwohner gewichtet. Es wird unterstellt, daß eine Reihe von Aufwendungen mit der Größe der Gemeinden und Städte schneller wachsen als die Zahl der Einwohner. So die Ausgaben für Sozialhilfe, für den öffentlichen Personennahverkehr, für Erholungseinrichtungen wegen höherer Grundstückspreise und auch wegen zentralörtlichen Einrichtungen, die auch vom Umland genutzt werden. Nur in Schleswig-Holstein und in Rheinland-Pfalz wird mit unverändertem Pro-Kopf-Betrag gerechnet. Dort aber gibt es, wie in anderen Ländern auch, Ergänzungsansätze, die Unterschiede berücksichtigen.

Einen Raumordnungsansatz für höhere Aufwendungen der Ober-, Mittel- und Unterzentren gibt es in Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein. Ein Schüleransatz findet sich in den Gesetzen von NRW und Rheinland-Pfalz, gestaffelt nach Schularten. Hessen und Bayern berücksichtigen Unterschiede im Bevölkerungswachstum, weil durch überdurchschnittliche Zunahme oder Abnahme der Bevölkerung zusätzliche Kosten entstehen. Aus ähnlichen Gründen rechnen drei Bundesländer gesonderte Ansätze für Gemeindezusammenschlüsse an. Bayern und Rheinland-Pfalz gleichen unterschiedliche Aufwendungen für Sozialhilfeausgaben aus. Schließlich berücksichtigt Rheinland-Pfalz einen Flächenansatz je nach Siedlungsdichte.

Aus all diesen Ansätzen wird für jede Gemeinde eine spezifische Bedarfsmeßzahl ermittelt. Die Schlüsselzuweisung richtet sich schließlich nach der Differenz zwischen der Bedarfszahl und der Meßzahl für die Steuerkraft der Gemeinde.

### Zweckzuweisungen bestimmen die kommunalen Investitionen

Während die Schlüsselzuweisungen der Gemeinde zur Verwendung ohne besondere Auflagen zur Verfügung stehen, sind die *speziellen Zuweisungen* an einen genau festgelegten Zweck gebunden. Sie werden vor allem zu Investitionsvorhaben auf Antrag gewährt. In einer Schrift des Städtetags heißt es dazu: „Die mit den Zuschüssen verbundenen Investitionsauflagen regeln z.B. die Bauausführung oftmals bis in lächerliche Einzelheiten, so daß die ausführende Gemeinde den Eindruck haben muß, eine neue Art von Auftragsangelegenheiten auszuführen.“ Aus der abgedruckten Graphik ergibt sich das Ausmaß der Zweckzuweisungen. In Nordrhein-Westfalen, das sich rühmt, die Selbständigkeit der Gemeinden besonders zu fördern, gibt es 880 Gesetze und 2500 Verordnungen, die die Gemeinden dirigieren. Eine Studie der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung hat festgestellt, daß allein in NRW 2000 Beamte in den Rathäusern mit nichts anderem beschäftigt sind als mit der Ausführung der Zweckzuweisungen. 110 Mio. DM kostet dies pro Jahr. 5,36 DM pro Einwohner in kreisfreien Städten und 7,20 DM in kreisangehörigen Gemeinden.

Die Finanzhoheit für die Gemeinden ist reine Farce. Die Gemeinden haben kein Recht, Steuern zu erheben, es sei denn, Gesetze des Bundes oder des Landes erlauben dies. Alle bedeutenden Steuereinnahmen beschlagnahmen die zentralen Haushalte. Allein in den letzten Jahren wurden die Gemeindesteuern durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer und Erhöhung der Freibeträge bei der Gewerbesteuer weiter gekürzt, ohne daß die Gemeinden Einfluß auf den Gang der Gesetzgebung gehabt hätten. Lächerlich sind die Begründungen, die zur Abschaffung der Lohnsummensteuer geführt haben. Dort, wo sie gezahlt werden mußte, machte sie rund 1% der Lohnsumme aus, und kein Kapitalist wird solche Kosten zum entscheidenden Kriterium für seine Investitionsentscheidungen machen.

In vollem Ausmaß deutlich wird die finanzielle Kette des Finanzausgleichs erst, wenn man die Einnahmen zu den Ausgaben in Beziehung setzt. Im folgenden die Ausgaben im 1. Halbjahr 1980.

**Ausgaben der Gemeinden 1. Halbjahr 1980 (Mio. DM)**

| | |
|---|---|
| Personalausgaben | 15734 |
| laufender Sachaufwand | 9679 |
| Zinsausgaben | 2751 |
| Lfd. Zuweisungen, Zuschüsse, Schuldendiensthilfen | 19699 |
| an öff. Bereich | 10243 |
| an andere Bereiche | 9456 |
| Ausgaben laufende Rechnung* | 39390 |
| Sachinvestitionen | 16101 |
| Baumaßnahmen | 12157 |
| Erwerb v. Sachvermögen | 3945 |
| Vermögensübertragungen | 1399 |
| Darlehen | 318 |
| Tilgungsausgaben an öffentl. Hand | 253 |
| Ausgaben Kapitalrechnung* | 17626 |
| Ausgaben gesamt | 57016 |

* Bereinigt um Zahlungen gleicher Ebene – Quelle: Stat. Bundesamt, Finanzen und Steuern, Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft

**Anteil der Gemeinden an öffentlichen Bauten 1. Hj. 1980**

| | |
|---|---|
| Insgesamt | 70,6% |
| Schulen | 90,5% |
| Gesundheitswesen | 72,5% |
| Straßen u. Brücken | 55,1% |
| Energie u. Wasserwirtschaft, Kulturbauten | 94,1% |

(Berechnet nach: Wirtschaft und Statistik 10/1980)

Nimmt man die Ausgaben der laufenden Rechnung, die weitgehend festgelegt sind, so sind sie durch Steuereinnahmen nur zur Hälfte gedeckt. Selbst mit den sonstigen laufenden Einnahmen (Gebühren) zusammen beträgt die Deckung erst 80%. Zählt man schließlich die Zuweisungen hinzu und geht vom selben Verhältnis zwischen allgemeinen und Zweckzuweisungen wie 1976 aus, so bleibt zur Finanzierung der Investitionen von den Einnahmen nur eine Summe in Höhe der Zweckzuweisungen übrig. Und dabei muß noch bedacht werden, daß ein Großteil der Investitionen lediglich aus Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen besteht. Aufgrund der sinkenden Einnahmen rechnet der Städtetag mit einem Einbruch der Investitionen um rund 5% im Jahre 1981.

### Demokratie verlangt demokratische Kommunalverfassung

Völlige Finanzhoheit der Kommunen, Verfügung über die in ihrem Gebiet eingenommenen Steuern schließt weder einen Ausgleich unter den Gemeinden noch Bereitstellung von Mitteln für eine zentrale öffentliche Gewalt aus. Aber sie schließt aus, daß der Zentralstaat darüber befindet, in welchem Ausmaß er Mittel für die Ausgaben der Kommunen bereitstellt, und diese Ausgaben kontrolliert. Statt dessen sollen die Kommunen darüber befinden, welche Mittel sie für zentrale Aufgaben bereitstellen, und diese damit auch kontrollieren.

Derzeit sind die Kommunen fester Bestandteil des Staatsapparates, ausgerichtet durch hunderterlei Ketten. Sie haben auch nichts gemein mit einer Kommunalverfassung unter Herrschaft der Arbeiterklasse. Und bestimmt macht die Finanzhoheit nicht das Wesen einer solchen Verfassung aus, sondern die Souveränität der Volksmassen. Nicht umsonst aber stellt die bürgerliche Begriffsbildung die Kommune dem Staat gegenüber. Sie bildet den objektiven Rahmen, in dem die Volksmassen gegen den Staatsapparat organisiert sind. Die Konzentration aller öffentlichen Gewalt auf den Zentralstaat ist selbst Bestandteil der Hervorkehrung der Unterdrückungstätigkeit des Staatsapparates, der immer vollständigeren Abtrennung eines gesonderten Gewaltapparates gegenüber gesellschaftlich organisierten notwendigen Tätigkeiten. Alles, was eine demokratische Kommunalverfassung fördert, ist daher gut. Ohnehin gehen die Kämpfe in diese Richtung, man muß es sich nur bewußtmachen.




4500 Arbeiter und Angestellte von Olympia-Roffhausen demonstrieren am 8.1.81 zwei Stunden lang durch das Werk. Anlaß ist die Wirtschaftsausschußsitzung, an der Betriebsrat und Vorstand teilnehmen und auf der der Vorstand sein Sanierungskonzept vorlegen sollte. Die Forderungen der Arbeiter richten sich gegen die Entlassungspläne und die Schließung des Werkes Leer. Vor dem Vorstandsgebäude fordern sie, daß der Vorstandsvorsitzende Krause herunterkommen solle. In einer spontan geforderten Betriebsversammlung wird Krause gezwungen, eine Stellungnahme abzugeben.

# Arbeitslosenversicherung VI

### Schweden, Finnland, Norwegen, Island

*dog.* In Schweden sind derzeit etwa 96000, das sind 2,2% aller Lohnabhängigen, arbeitslos gemeldet, in Finnland 110000 (4%), in Norwegen 23000 (1,4%). Sowohl in Schweden als auch in Finnland sind die Arbeitslosenversicherungen freiwillig und den Gewerkschaften angegliedert. 1979 gab es in Schweden 46 Kassen, in denen 3,06 Mio. versichert waren. In Finnland gab es 1976 (neuere Angaben liegen für Finnland und Island nicht vor) 74 verschiedene Kassen, in denen 70% der Lohnabhängigen versichert waren. 86% ihrer Finanzmittel bekommen die schwedischen Kassen aus Steuermitteln vom Staat. Die Kapitalisten zahlen 0,4% ihrer Lohnsumme über den Staat an die Kassen. Die schwedischen Kassen sind selbständig und werden von gewerkschaftlich gewählten Vertretern verwaltet, doch sind sie gemäß dem Gesetz über Arbeitslosenversicherung von 1973 der Oberaufsicht der staatlichen ,,,Arbeitsmarktverwaltung" (AMS) unterstellt. Die Vorstände der Kassen sind gegenüber AMS rechenschaftspflichtig. Der schwedische Reichstag legt die Höchstsätze für die Zahlungen an die Arbeitslosen fest. 1980 hat die Regierung sich geweigert, entsprechend den Forderungen der Kassen eine Erhöhung vorzunehmen, so daß der Höchstsatz jetzt unter die festgelegten 11/12 des Durchschnittslohns gefallen ist. Unterhalb des Höchstsatzes legen die Kassen die Leistungen selbständig fest. Trotz der staatlichen Eingriffe hat die Arbeiterbewegung einigen Spielraum durchgesetzt: Von den 4064 Anträgen der AMS-Arbeitsämter auf Sperrung von Leistungen wurden 1979 461 von den Kassen zurückgewiesen.

| | Schweden | Finnland | Norwegen | Island |
|---|---|---|---|---|
| Versicherungssystem | a) Arbeitslosenversicherung (freiwillig)<br>b) Arbeitsmarktunterstützung (staatlich) | a) Arbeitslosenversicherung (freiwillig)<br>b) Arbeitslosenhilfe (staatlich) | Arbeitslosenversicherung (obligatorisch) | Arbeitslosenversicherung (obligatorisch) |
| Dauer der Leistung | Gestaffelt nach Alter:<br>a) 16-55 J.: 300 Arbtg.<br>55-60 J.: 450 Arbtg.<br>ab 60 J.: 450 Arbtg.<br>b) 16-55 J.: 150 Arbtg.<br>55-60 J.: 300 Arbtg.<br>ab 60 J.: bis zur Verrentung<br>5 Tage Wartezeit, es gilt die 5-Tage-Woche | Höchstens 200 Tage in einem Kalenderjahr, höchstens 450 Tage in drei aufeinanderfolgenden Jahren. Es gilt die 5-Tage-Woche. | Höchstens 240 Arbeitstage bzw. 40 Wochen pro Kalenderjahr. Es gilt die 5-Tage-Woche oder die 6-Tage-Woche, je nach dem letzten Arbeitsverhältnis. Keine Begrenzung der Zahlungsdauer bei Arbeitslosen zwischen 64 und 67 Jahren. | |
| Leistungssatz | a) Höchstsatz z.Zt. 195 Skr pro Tag (1 Skr = 0,43 DM). Der Höchstsatz soll 11/12 des Durchschnittslohns betragen.<br>b) Z.Zt. 75 Skr pro Tag. Beide Leistungen werden besteuert. | a) 51 Fmk pro Tag für Arbeitslose, die eine Familie zu versorgen haben, 37 Fmk für alleinstehende (Angaben für 1976, 1 Fmk = 0,67 DM). Höchstsatz: 75% des für den jeweiligen Beruf gängigen Lohnes. | 2 Promille des letzjährigen Jahreseinkommens oder des jährlichen Durchschnittslohns der letzten drei Jahre. Bei einem Jahreseinkommen von mehr als 139200 Nkr (1 Nkr = 0,38 DM) verringert sich der Satz. | Arbeitslose, die eine Familie zu versorgen haben, bekommen 80%, alleinstehende 70% des aktuellen Lohnes eines Hilfsarbeiters in Reykjavik. Für jedes Kind erhöht sich der Satz um 6,5% des Bezugslohns. |

# Kampf der Olympia-Belegschaft: Werksschließung verhindert

*bia./klr.* Gegen die Sanierungspläne der AEG im Bereich Olympia AG hatten in der vergangenen Woche die Olympia-Arbeiter der Werke Leer und Wilhelmshaven/Roffhausen Kampfmaßnahmen ergriffen. Eine Reihe von Streiks und Demonstrationen wurden durchgeführt. In Leer, wo 1250 Beschäftigte im Olympia-Werk arbeiten, demonstrierten an die 2000 durch die Stadt. Samt Bürgermeister nahmen Delegationen aus Betrieben in Leer daran teil. Gefordert wurde, die vom Olympia-Vorstand beschlossene Schließung zurückzunehmen. Gegen Ende der Woche konnte dann die Forderung vom Betriebsrat durchgesetzt werden, Zweitwerk Leer wird vorerst nicht geschlossen! Große Unterstützung von anderen Betrieben erhielt auch die Belegschaft des Wilhelmshavener Werkes, wo an die 1000 Angestellte entlassen werden sollen. Die Olympia Werke AG, die um 1970 noch 20000 Beschäftigte hatte, hat ihre Belegschaft mittlerweile halbiert. Seit 1975 sind fast ein halbes Dutzend Zweitwerke geschlossen worden. Nun sollte es Schließungen und Sanierungen in den noch verbliebenen Werken geben. Dagegen entwickelte sich der Widerstand der Arbeiter, wie er in der vergangenen Woche zum Ausdruck kam.

Nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Krause soll die Druckwerkproduktion des Unternehmens jetzt nach Leer verlegt werden. Ferner ist im Rahmen des Sanierungskonzeptes vorgesehen, im Werk Leer die Typenscheiben-Palette herzustellen. Außerdem sollen einige Maschinenmechaniken in Leer verbleiben.

Mehr als zwei Jahre läuft nun schon das Hin und Her des AEG-Vorstandes, die Olympia-Werke zu schließen. Schon 1979 waren Verhandlungen zum Verkauf von Olympia kurz vor dem Abschluß geplatzt, weil der Interessent sich zurückgezogen hatte. Zu dieser Zeit war ein Großteil von Betrieben geschlossen wie das Werk Braunschweig mit der Rechnerproduktion. Damals kam es zu 1500 Entlassungen. Eine Reihe von Produktionsstätten auf dem Lande, hauptsächlich Montagewerkstätten für standardisierte mechanische Kleinschreibmaschinen, wurden ebenfalls nach und nach geschlossen. Olympia ließ diese Schreibmaschinen billiger in Mexiko, Brasilien, Jugoslawien und Nordirland produzieren. Die niedrig bezahlte Frauenarbeit war dem Vorstand noch zu teuer. In den Olympia-Werken werden 70% aller Arbeiter unter dem Ecklohn bezahlt.

Die Verkaufsbereitschaft der AEG mit Olympia vor zwei Jahren war wegen einer bei Olympia langfristig schon angelegten Fehlentwicklung der Produktion und damit zusammenhängenden Verlusten verbunden. Im Jahre 1980 sollen 150 Millionen Verlust gemacht worden sein. Die Entwicklung auf dem Schreibmaschinenmarkt geht von der Mechanik zur Elektronik und den damit verbundenen neuen Möglichkeiten der Textverarbeitung, Nachrichtenübermittlung; das bedeutet eine vollständige Revolutionierung auf dem Bürosektor.

Nach der neuesten Konzeption des Vorstands soll Olympia Systemlieferant für Bürotechnik werden. Systemlieferant heißt Verkauf eines kompletten Schreibmaschinenwerkes für mechanische, nicht mehr konkurrenzfähige Schreibmaschinen an die UdSSR 1975; Lizenzbau von Reiseschreibmaschinen in Jugoslawien, und Lizenzbau in Japan für Rechnerproduktion und Fotokopierer. 200 Entlassungen dadurch sollen jetzt in Kaufbeuren durchgeführt werden. Die ES 100 Maschine, neuestes Produkt von Olympia, soll ab 1982 in Mexiko gefertigt werden, Hallen dafür werden schon gebaut. Speziell der Drucker aus diesen Maschinen wird einzeln an andere Produzenten verkauft. Die Entwicklungsabteilung soll als Kernstück ausgebaut werden.

Die AEG will ihren Anteil an der Bürotechnik vergrößern, indem sie eine ,,Soft-Ware" GmbH gründen wollen. Olympia will Lieferant für ein Büro der Zukunft werden, d.h. sie wollen sich beteiligen an der Bürorationalisierung, die in großem Umfang von den Kapitalisten in ihren Büros gegenwärtig organisiert wird. Ihren eigenen Beitrag dazu leisten sie auch, indem sie selbst 1000 Angestellte entlassen wollen.

Das ganze Konzept soll abgesichert werden durch Subventionen von der Landesregierung Niedersachsen und von der Bundesregierung. Dies ist bei der ganzen AEG-Sanierung insofern einmalig, als es bisher noch keine solche Unterstützung bzw. keinen Antrag von AEG auf staatliche Unterstützung des Konzerns gegeben hat. Unter dem Eindruck der Demonstrationen und der geschlossenen und einmütigen Haltung der Belegschaft zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze hat Wirtschaftsministerin Breuel erstmal Geld zugesagt. Es wird aber bei der Subventionierung darauf ankommen, was für ein Konzept die Olympia-Werke vorlegen. Das wiederum wird nicht ohne Massenentlassungen vonstatten gehen.

Die IGM lehnt jegliche Entlassung ab. Es werden neue Kampfmaßnahmen für die nächsten Woche organisiert, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Am Montag findet eine weitere außerordentliche Betriebsversammlung statt, und am 16.1. wird eine weitere Wirtschaftsausschußsitzung über die weiteren Maßnahmen stattfinden.

sen, in denen 70% der Lohnabhängigen versichert waren. 86% ihrer Finanzmittel bekommen die schwedischen Kassen aus Steuermitteln vom Staat. Die Kapitalisten zahlen 0,4% ihrer Lohnsumme über den Staat an die Kassen. Die schwedischen Kassen sind selbständig und werden von gewerkschaftlich gewählten Vertretern verwaltet, doch sind ten 11/12 des Durchschnittslohns gefallen ist. Unterhalb des Höchstsatzes legen die Kassen die Leistungen selbständig fest. Trotz der staatlichen Eingriffe hat die Arbeiterbewegung einigen Spielraum durchgesetzt: Von den 4064 Anträgen der AMS-Arbeitsämter auf Sperrung von Leistungen wurden 1979 461 von den Kassen zurückgewiesen.

| | Schweden | Finnland | Norwegen | Island |
|---|---|---|---|---|
| Versicherungssystem | a) Arbeitslosenversicherung (freiwillig)<br>b) Arbeitsmarktunterstützung (staatlich) | a) Arbeitslosenversicherung (freiwillig)<br>b) Arbeitslosenhilfe (staatlich) | Arbeitslosenversicherung (obligatorisch) | Arbeitslosenversicherung (obligatorisch) |
| Dauer der Leistung | Gestaffelt nach Alter:<br>a) 16-55 J.: 300 Arbtg.<br>55-60 J.: 450 Arbtg.<br>ab 60 J.: 450 Arbtg.<br>b) 16-55 J.: 150 Arbtg.<br>55-60 J.: 300 Arbtg.<br>ab 60 J.: bis zur Verrentung<br>5 Tage Wartezeit, es gilt die 5-Tage-Woche | Höchstens 200 Tage in einem Kalenderjahr, höchstens 450 Tage in drei aufeinanderfolgenden Jahren. Es gilt die 5-Tage-Woche. | Höchstens 240 Arbeitstage bzw. 40 Wochen pro Kalenderjahr. Es gilt die 5-Tage-Woche oder die 6-Tage-Woche, je nach dem letzten Arbeitsverhältnis. Keine Begrenzung der Zahlungsdauer bei Arbeitslosen zwischen 64 und 67 Jahren. | |
| Leistungssatz | a) Höchstsatz z.Zt. 195 Skr pro Tag (1 Skr = 0,43 DM). Der Höchstsatz soll 11/12 des Durchschnittslohns betragen.<br>b) Z.Zt. 75 Skr pro Tag. Beide Leistungen werden besteuert. | a) 51 Fmk pro Tag für Arbeitslose, die eine Familie zu versorgen haben, 37 Fmk für alleinstehende (Angaben für 1976, 1 Fmk = 0,67 DM). Höchstsatz: 75% des für den jeweiligen Beruf gängigen Lohnes. | 2 Promille des letzjährigen Jahreseinkommens oder des jährlichen Durchschnittslohns der letzten drei Jahre. Bei einem Jahreseinkommen von mehr als 139200 Nkr (1 Nkr = 0,38 DM) verringert sich der Satz. | Arbeitslose, die eine Familie zu versorgen haben, bekommen 80%, alleinstehende 70% des aktuellen Lohnes eines Hilfsarbeiters in Reykjavik. Für jedes Kind erhöht sich der Satz um 6,5% des Bezugslohns. |

Rahmen des Sanierungskonzeptes vorgesehen, im Werk Leer die Typenscheiben-Palette herzustellen. Außerdem sollen einige Maschinenmechaniken in Leer verbleiben.

Mehr als zwei Jahre läuft nun schon das Hin und Her des AEG-Vorstandes, die Olympia-Werke zu schließen. Schon 1979 waren Verhandlungen zum Verkauf von Olympia kurz vor dem Abschluß geplatzt, weil der Interessent sich zurückgezogen hatte. Zu dieser Zeit war ein Großteil von Betrieben geschlossen wie das Werk Braunschweig mit der Rechnerproduktion. Damals kam es zu 1500 Entlassungen. Eine Reihe von Produktionsstätten auf dem Lande, hauptsächlich Montagewerkstätten für standardisierte mechanische Kleinschreibmaschinen, wurden ebenfalls nach und nach geschlossen. Olympia ließ diese Schreibmaschinen billiger in Mexiko, Brasilien, Jugoslawien und Nordirland produzieren. Die niedrig bezahlte Frauenarbeit war dem Vorstand noch zu teuer. In den Olympia-Werken werden 70% aller Arbeiter unter dem Ecklohn bezahlt.

Die Verkaufsbereitschaft der AEG mit Olympia vor zwei Jahren war wegen einer bei Olympia langfristig schon angelegten Fehlentwicklung der Produktion und damit zusammenhängenden Verlusten verbunden. Im Jahre

Kapitalisten in ihren Büros gegenwärtig organisiert wird. Ihren eigenen Beitrag dazu leisten sie auch, indem sie selbst 1000 Angestellte entlassen wollen.

Das ganze Konzept soll abgesichert werden durch Subventionen von der Landesregierung Niedersachsen und von der Bundesregierung. Dies ist bei der ganzen AEG-Sanierung insofern einmalig, als es bisher noch keine solche Unterstützung bzw. keinen Antrag von AEG auf staatliche Unterstützung des Konzerns gegeben hat. Unter dem Eindruck der Demonstrationen und der geschlossenen und einmütigen Haltung der Belegschaft zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze hat Wirtschaftsministerin Breuel erstmal Geld zugesagt. Es wird aber bei der Subventionierung darauf ankommen, was für ein Konzept die Olympia-Werke vorlegen. Das wiederum wird nicht ohne Massenentlassungen vonstatten gehen.

Die IGM lehnt jegliche Entlassung ab. Es werden neue Kampfmaßnahmen für die nächsten Woche organisiert, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Am Montag findet eine weitere außerordentliche Betriebsversammlung statt, und am 16.1. wird eine weitere Wirtschaftsausschußsitzung über die weiteren Maßnahmen stattfinden.

## Beginn der Tarifverhandlungen für die Metallindustrie

*dog.* Zwischen dem 14. und 16. Januar finden die ersten Tarifverhandlungen für die Metallindustrie statt. Kirchner, Geschäftsführer von Gesamtmetall, hat erklärt, ein 2,5%-Abschluß sei besser als ein 3%-Abschluß. Da die IG Metall die Produktivitätsformel von Gesamtmetall ,,als Einstieg mißverstanden und nicht als Abschlußvorstellung der Arbeitgeber erkannt habe", sei die richtige Antwort auf die 8%-Forderung eigentlich ein Null-Angebot. – Verhandlungstermine: **14.1.** *Nordwürttemberg/Nordbaden:* Stuttgart, Hotel Graf Zeppelin, 10.30 Uhr. *Saarland:* Homburg, Schloßberghotel, 10.30 Uhr. **15.1.** *Hessen: Bad Nauheim, Hilperts Parkhotel, 14 Uhr. Niedersachsen: Hannover, Parkhotel Kronsberg, 10.30 Uhr. Südbaden: Bad Krozingen, Kurhotel, 10.30 Uhr.* **16.1.** *Nordrhein-Westfalen:* Gelsenkirchen, Hotel Maritim, 15 Uhr. *Nordverbund:* Bremen-Achim, Novotel, 11 Uhr. *Pfalz/Rheinland-Rheinhessen:* Mainz, Novotel, 10.30 Uhr. *Südwürttemberg/Hohenzollern:* Kurzentrum Urach, Haus des Gastes, 10.30 Uhr. *VW-Werke Niedersachsen:* Rhode, Haus Rhode, 13 Uhr.

## NRW-Regierung beschließt Sparmaßnahmen

*ans.* Nach verschiedenen Vorschlägen in der Öffentlichkeit hat die NRW-Landesregierung Donnerstagnacht Sparmaßnahmen von rund einer Mrd. DM beschlossen. 200 Mio. davon sollen durch zeitweisen Beförderungs- und teilweisen Einstellungsstopp bei den Beschäftigten eingespart werden. Betroffen sind auf jeden Fall ca. 3000 angehende Referendare, deren Einstellungstermin vom 1.2. auf den 1.7.81 verschoben wurde. Das bedeutet in der Regel Arbeitslosigkeit bzw. Verlängerung der Arbeitslosigkeit nach dem Studium ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld. Offen ist noch, inwieweit auch ,,Zweidrittellehrer" oder Referendare, die jetzt Examen machen, nicht eingestellt werden. Das Sparprogramm bedeutet schlechtere Unterrichtsversorgung auch auf längere Sicht und zunehmende Arbeitsbelastung für die Lehrer. Der Landesverband der GEW Nordrhein-Westfalen plant gegen diesen Haushaltsentwurf zur 2. Lesung die Durchführung einer landesweiten Demonstration.

## GB: Streikvorbereitungen der Seeleute – ÖTV schließt 5,4% für Seeleute ab.

*dog.* Die Beschäftigten in der britischen Handelsschiffahrt bereiten einen Streik für die Durchsetzung ihrer Forderungen nach Erhöhung der Löhne um 16% vor. Sie wollen am 12.1. in den Ausstand treten, wenn die Kapitalisten bis dahin nicht auf ihre Forderung eingehen. In der Nacht zum Donnerstag, 8.1., waren die Gespräche zwischen der Gewerkschaft und den Reedern in London ergebnislos abgebrochen worden. Das letzte Angebot der Reeder war eine Erhöhung der Löhne um 10,5%. Ein Streik in der Handelsschiffahrt würde den Fährbetrieb zwischen den britischen Inseln und dem Festland empfindlich treffen. – Für die westdeutschen Seeleute sind die Verhandlungen zwischen der ÖTV und dem Verband der Reeder über eine Erhöhung der Heuern abgeschlossen worden. Ab 1.1.81 erhalten die 27000 Seeleute 5,4% mehr Heuer.

## Streik bei British Leyland ausgesetzt

*dog.* Auf einer Versammlung am 4.1.81 haben die 1500 Arbeiter des Longbridge-Werks des britischen Automobilkonzerns Leyland mehrheitlich beschlossen, ihren Streik auszusetzen. Anlaß des Streiks war die Entlassung von 8 Betriebsratsmitgliedern. Es soll jetzt eine Kommission aus Vertretern der Firmenleitung, der Gewerkschaften und einer Schlichtungsstelle die Vorgänge, die zu den Entlassungen führten, untersuchen.

Monatlicher Zugang Arbeitslose BRD 1978/79/80 (Dreimonatsdurchschnitt) — Tsd. — 1980, 1979, 1978 — J F M A M J J A S O N D

Vermittlungen 1978/79/80 (geglättet) — 1980, 1979, 1978 — J F M A M J J A S O N D

Arbeitslose ohne Geld Sept. 1980 — Arbeitslosenhilfe — Arbeitslosengeldempfänger — Tsd.

Allein im Dezember 1980 wurden 312092 Arbeitslose neu auf den Arbeitsämtern registriert. Die Anzahl der Arbeitslosen stieg im Dezember gegenüber November um 150769 (15,5%). ,,In der vergleichbaren Vergangenheit war nur 1966, 1973 und 1974 eine Zunahme in einer ähnlichen Größenordnung zu beobachten", schreibt die Bundesanstalt für Arbeit in ihrem Bericht. Die Anzahl der Kurzarbeiter stieg um 93194 (35,3%) gegenüber November auf 357064. Die meisten Kurzarbeiter gibt es in der Automobilindustrie: 68300, 10200 mehr als im November. In Arbeitsverhältnisse vermittelt wurden im Dezember 116385 Arbeitslose, gegenüber November eine Abnahme um 14,6%.

## Lohnstopp bei British Steel Corporation?

*dog.* Für die Annahme eines halbjährigen Lohnstopps haben sich die Vorstände von 12 Gewerkschaften der Beschäftigten des staatlichen britischen Stahlkonzerns British Steel Corp. (BSC) ausgesprochen. Die Löhne und Gehälter sollen erst am 1.7.81 um 7% erhöht werden. Die 12 Gewerkschaften repräsentieren etwa die Hälfte der 130000 Beschäftigten. Die größte Gewerkschaft bei BSC, ISTC, hat sich gegen eine solche Vereinbarung ausgesprochen. In diesen Tagen findet eine Abstimmung der Belegschaft über die Annahme des Lohnstopps statt. Mit dem Ergebnis der Abstimmung wird für den 16. Januar gerechnet.

## Ekuador: Polizisten setzen Forderungen mit Streik durch

*dog.* In Quito, der Hauptstadt von Ekuador, und in Guayaquil haben etwa 2000 Polizisten einen Tag lang gestreikt. Sie verbarrikadierten sich in ihren Kasernen und forderten den Rücktritt des Innenministers. Sie legten der Regierung einen 12-Punkte-Katalog vor, in dem sie u.a. forderten: Angleichung der Gehälter an die Tarife der Streitkräfte, höheres Weihnachtsgeld, bessere und kostenlose Verpflegung. Anlaß für den Streik war die nicht rechtzeitig erfolgte Auszahlung des Dezembergehaltes und des Weihnachtsgeldes. Nach Verhandlungen mit der Regierung wurde der Streik beendet. Den Streikenden wurde zugesichert, daß ihre Forderungen berücksichtigt werden.

# Fast 100000 Jugendliche sind arbeitslos

Wenn 82% Ausbildungsplätze für wichtig halten, findet Schmude das „erstaunlich“

*mam.* Seit Sommer letzten Jahres nimmt die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen unter 20 Jahren prozentual stärker zu als die Arbeitslosenzahl insgesamt. Im Dezember stieg sie um 9247 auf 92738 Jugendliche an, das sind 23094 mehr als im Vorjahr. Seit der Krise von 74/75, die schlagartig die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen über 100000 hochschnellen ließ, waren die Zahlen insbesondere 1978 und 1979 zurückgegangen, 1979 waren es im Jahresdurchschnitt 71000.

Was landläufig „Jugendarbeitslosigkeit“ genannt wird, trifft die Jugendlichen doppelt. Nicht nur, daß sie keinen Ausbeuter für ihre Arbeitskraft finden, ihre Arbeitskraft wird nach dem Schulabschluß nicht ausgebildet, sie liegt brach bzw. steht den Kapitalisten bei Bedarf zu Hilfsarbeitertätigkeit zur Verfügung zu entsprechend niedrigem Lohn. Nach einer Umfrage eines Meinungsforschungsinstituts erklärte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Schmude, im Oktober: „82 Prozent fordern von der Politik zuallererst die Schaffung ausreichender Ausbildungsplätze für die Jugendlichen. Diese Forderung rangiert zeitweise sogar noch einen Prozentpunkt höher als die Sorge um den Frieden. Das bleibt ein erstaunliches Ergebnis, wenn man bedenkt, welches Gewicht andere Fragen der Politik, etwa die Energiepolitik oder die Umweltfrage, in der öffentlichen Diskussion haben.“ Erstaunlich ist daran gar nichts. Mehr als 80% der Bevölkerung in der BRD sind heute Lohnabhängige oder kleine Selbständige (einschließlich Familien), die allesamt ein vehementes Interesse daran haben, daß ihr Nachwuchs seine Arbeitskraft verkaufen kann, und zwar möglichst teuer. Daß die Massen den Verkauf ihrer Arbeitskraft, was ja ihre einzige Existenzmöglichkeit ist, an die erste Stelle setzen, kann man wirklich nur als Bourgeoispolitiker erstaunlich finden.

Nach der Schule arbeitslos oder einmal arbeitslos geworden, ist es für die un- und angelernten Arbeiter doppelt so schwer, einen neuen oder überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden. 1977 waren von den arbeitslosen Facharbeitern nach einem Jahr 24% noch oder wieder arbeitslos, während es bei den un- und angelernten Arbeitern 44% waren. Eine entsprechende Studie des Bundesarbeitsministeriums schreibt, „daß Arbeitslosigkeit dequalifiziert“. So hatte jeder zweite der wiederbeschäftigten Arbeitslosen den Beruf gewechselt, jeder zweite Facharbeiter wurde nach der Arbeitslosigkeit in Lohngruppen für un- oder angelernte Arbeiter eingestuft, jeder dritte konnte von seinen bisherigen beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten wenig oder nichts in der neuen Stellung verwerten.



„Mein Gott, der macht das doch höchstens kaputt!“
„Nur auf der Grundlage einer breiten und hochwertigen beruflichen Bildung unserer Jugend können wir die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes sichern.“ (Schmude vor der Essener Kreishandwerkskammer am 15.8.79)

Die fortlaufende Umwälzung der Produktivkräfte, die Einführung neuer Technologien setzt auf der einen Seite immer mehr Arbeiter auf die Straße oder macht sie noch stärker zu Anhängseln der Maschinen, verlangt aber auf der anderen Seite nach Arbeitskräften, die in größerem Umfang wissenschaftlich und theoretisch ausgebildet sind, als es z.B. die Ausbildung im Handwerk leisten kann (s. auch Kommunismus und Klassenkampf 1/81). So gibt es zwar in Kleinbetrieben und im Handwerk heute noch die meisten Ausbildungsplätze, aber längerfristig sind sie zurückgegangen. Während von den im Handwerk betrieblich Ausgebildeten mit Ausbildungsabschluß vor 1959 noch 63% in kleineren Betrieben bis zu 9 Beschäftigten ausgebildet wurden, waren es bei den Absolventen mit Abschluß nach 1970 nur noch 49%. Die Tatsache, daß so viele Jugendliche noch im Handwerk lernen, ist ausschließlich dem Angebot an Ausbildungsplätzen geschuldet und in den seltensten Fällen wird ein Bäckerlehrling davon ausgehen, daß er sein Lebtag Bäcker ist. Im Berufsbildungsbericht von 1980 schreibt die Bundesregierung, daß von den Maschinenschlossern 31,6% den Beruf wechseln, weniger als der Durchschnitt aller Erwerbstätigen mit 32,4% – von den Bäckern wechseln 47% und von den jüngeren unter 25 Jahren sogar 58,9%. Entsprechend haben auch 49% der Bäcker, die den Beruf gewechselt haben, angegeben, daß sie mit ihren erlernten Kenntnissen „sehr wenig, wenig, nichts“ anfangen können, während das von den Maschinenschlossern nur 16% meinten.

Die Gewerkschaften, die Schüler- und Lehrlingsvertretungen haben zu Recht den Kampf für eine bessere Ausbildung der Jugendlichen in die Richtung einer Verallgemeinerung der Ausbildung und gegen die Macht der Industrie- und Handelskammern geführt. Dabei ging es nicht um das Werkstattkehren – höchstens um die damit verbundene Schikane –, sondern hauptsächlich gegen die Beschränktheit einer Ausbildung im Handwerk, die dem Stand der modernen Produktivkräfte in der Industrie nicht entspricht, wo aber ein großer Teil der jungen Facharbeiter dann seine Arbeitskraft verkaufen muß. Das trifft selbst für den Bäcker zu, der in der Brotfabrik zwar weiß, woraus der Teig eigentlich bestehen müßte, aber noch lange nicht die Backanlage steuern kann.

Die Gewerkschaften, führend im Kampf für die Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht und für eine umfassendere einheitlichere Ausbildung, haben den Kapitalisten so einerseits Schranken gesetzt in dem Versuch, die Umwälzung der Maschinerie zur Entwertung der Arbeitskraft zu nutzen, als auch den kleinen Kapitalisten und Handwerksbetrieben die Ausbeutungszeit in der Ausbildungszeit beschnitten. Deshalb ist es auch so wichtig geworden, daß die Gewerkschaften und die Betriebsräte als Vertreter ihrer Belegschaften Kontroll- und Einspruchsrechte an den Schulen erkämpfen, damit die Arbeiter eben nicht zum billigen Anhängsel der Maschine werden, sondern gebildet und bewußt ihrer Fähigkeiten, was eben klassenbewußt heißt.

Vorurteile – als kritische Literatur verkauft

„Mädchen in Männerberufen“
Ausbildungsberufe, die die männlichen Jugendlichen schon lange meiden

ulw. Millionen landloser Bauern aus den Randgebieten Europas sind in den letzten Jahrzehnten in den industriellen Produktionsprozeß der entwickelten kapitalistischen Länder eingesogen und in Lohnabhängige verwandelt worden. Sie sind damit gleichzeitig auch völlig neuen gesellschaftlichen Verhältnissen gegenübergestellt. Daraus ergeben sich Probleme, sowohl in den Ländern, in denen sie jetzt arbeiten und leben müssen, wie auch, wenn sie nach jahrelangem Aufenthalt in diesen Ländern wieder in ihre Heimat zurückkehren. Von letzterem handelt das Buch „Staatsangehörigkeit: griechisch“ von Sigrid Schuster-Schmah. Es ist im Dezember im Deutschen Taschenbuch Verlag in der Reihe „dtv pocket“ („... für junge Menschen, die mitdenken wollen“) erschienen. Es geht um „die noch kaum bedachten Schwierigkeiten denen Gastarbeiter-

dem Ziel, wieder nach Deutschland zu gehen. Sie beendet ihre Flucht aber in Athen, weil sie dort die Lebensweise vorfindet, die sie gesucht hat. So die Handlung des Buches.

Der Kapitalismus entzieht den alten Familienbanden die Grundlage und zerreißt sie. Erscheinungen dieses Prozesses schildert die Autorin. Allerdings recht harmlos. In Wirklichkeit dürften solche Prozesse wesentlich schmerzhafter zu Tage treten. Gegenüber den rückständigen Verhältnissen in Irinas Heimatort kommt der Kapitalismus dabei fast als Idyll weg, in dem es zwar „Stechuhren und ewig meckernde Meister“ gebe, wo man aber „lernen könne, was man will, und leben, wie man will“.

Ausbeutung und Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter in der BRD bleiben ebenso unerwähnt wie die Fes-

gih. Im Rahmen von Modellprogrammen laufen zur Zeit in allen Ländern der Bundesrepublik 22 Modellvorhaben „Mädchen in Männerberufen“. Etwa 200 Betriebe aus Industrie und Handwerk sind daran beteiligt und bilden rund 1000 Mädchen in 55 Berufen vorwiegend aus den Bereichen Metall und Elektro aus, in denen bisher im Durchschnitt weniger als 1% der Auszubildenden Frauen waren. Insgesamt hat sich die Zahl der weiblichen Auszubildenden in sogenannten „Männerberufen“ in den letzten zwei Jahren weit mehr als verdoppelt. Sie stieg von rund 11500 im Jahre 1977 über 17300 im Jahre 1978 auf 27000 im Jahre 1979. Fast 5 Prozent der weiblichen Auszubildenden lernen jetzt „Männerberufe“, 1977 waren es erst 2 Prozent. Rechtlich sind 96% aller Ausbildungsberufe für Frauen zugänglich, und nur in 30 von 451 Ausbildungsberufen dürfen nach der gegenwärtigen Rechtslage

Die unter dem Slogan „Mädchen in Männerberufen“ eingeleiteten Modell- und Fördermaßnahmen sollten die besonders hohe Arbeitslosigkeit bei Mädchen beseitigen und die für Mitte der 80er Jahre vorhergesagte „Facharbeiterlücke“ schließen. Untersucht man jetzt noch die Berufe genauer, in denen diese Mädchen ausgebildet werden, kann man feststellen, daß es in den meisten Fällen Berufe sind, in die die Jungen schon vor Jahren, selbst bei hoher Arbeitslosigkeit, nur schlecht zu vermitteln waren.

Seit der Einführung der Fördermaßnahmen hat die Anzahl der weiblichen Auszubildenden in dem Ausbildungsberuf Maler / Lackierer rapide zugenommen. 1977 befanden sich 382 Mädchen in diesem Ausbildungsberuf. 1978 waren es bereits 621 Mädchen, und 1979 ist ihre Anzahl auf 1252 gestiegen. Der Ausbildungsberuf Maler / Lackierer ist damit der am stärksten

Ähnlich sieht es bei dem besonders „förderungswürdigen“ Ausbildungsberuf Dreher aus. Die Anzahl der zum Dreher ausgebildeten Mädchen stieg von 11 Mädchen im Jahre 1977 auf 56 Mädchen im Jahre 1978 und weiter auf 149 Mädchen im Jahre 1979. Auch hier hatten die Betriebe Schwierigkeiten, in ausreichender Anzahl männliche Jugendliche für diesen Beruf zu rekrutieren. In mehr als 50 der 98 Metallberufe ist eine Ausbildung im Drehen bzw. Fräsen vorgeschrieben, daß z.B. ein Werkzeugmacher, der aufgrund seiner Ausbildung auch Drehen gelernt hat, eine Beschäftigung als Dreher annehmen kann. Umgekehrt kann ein Dreher nicht ohne weiteres einen Werkzeugmacher ersetzen. Deshalb erlernen die Jungen in den meisten Fällen Berufe mit einem weiteren Ausbildungsspektrum. Bei Berufen mit Stufenausbildung, vor allem in der Elektroindustrie, sieht es so aus, daß die Mädchen

wa die Energiepolitik oder die Umweltfrage, in der öffentlichen Diskussion haben.“ Erstaunlich ist daran gar nichts. Mehr als 80% der Bevölkerung in der BRD sind heute Lohnabhängige oder kleine Selbständige (einschließlich

„Mein Gott, der macht das doch höchstens kaputt!“
„Nur auf der Grundlage einer breiten und hochwertigen beruflichen Bildung unserer Jugend können wir die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes sichern.“ (Schmude vor der Essener Kreishandwerkskammer am 15.8.79)

werbstätigen mit 32,4% – von den Bäckern wechseln 47% und von den jüngeren unter 25 Jahren sogar 58,9%. Entsprechend haben auch 49% der Bäcker, die den Beruf gewechselt haben, angegeben, daß sie mit ihren er-

rechte an den Schulen erkämpfen, damit die Arbeiter eben nicht zum billigen Anhängsel der Maschine werden, sondern gebildet und bewußt ihrer Fähigkeiten, was eben klassenbewußt heißt.

## *Vorurteile – als kritische Literatur verkauft*

*ulw.* Millionen landloser Bauern aus den Randgebieten Europas sind in den letzten Jahrzehnten in den industriellen Produktionsprozeß der entwickelten kapitalistischen Länder eingesogen und in Lohnabhängige verwandelt worden. Sie sind damit gleichzeitig auch völlig neuen gesellschaftlichen Verhältnissen gegenübergestellt. Daraus ergeben sich Probleme, sowohl in den Ländern, in denen sie jetzt arbeiten und leben müssen, wie auch, wenn sie nach jahrelangem Aufenthalt in diesen Ländern wieder in ihre Heimat zurückkehren. Von letzterem handelt das Buch „Staatsangehörigkeit: griechisch“ von Sigrid Schuster-Schmah. Es ist im Dezember im Deutschen Taschenbuch Verlag in der Reihe „dtv pocket“ („... für junge Menschen, die mitdenken wollen“) erschienen. Es geht um „die noch kaum bedachten Schwierigkeiten denen Gastarbeiterkinder gegenüberstehen, wenn sie in ihr Heimatland zurückkehren“.

Irina, ein 16jähriges griechisches Mädchen, will sich, nachdem sie 8 Jahre in Deutschland zur Schule gegangen ist, die Möglichkeit einer Berufsausbildung vor Augen hatte, sich der Lebensweise ihrer deutschen Freunde und Freundinnen angepaßt hatte, nicht mehr in die Rolle fügen, die ihr in der heimischen Großfamilie zugedacht ist: Für ihren Vater ist sie in der BRD schon mehr als genug in die Schule gegangen; jetzt soll sie warten, bis er sie gut verheiratet hat. Aber nicht nur Irina ist von den Veränderungen durch den Deutschlandaufenthalt betroffen; die gesamte Familie wird erschüttert. Der ältere Bruder, der noch in Deutschland geblieben war, um seine Lehre im Gaststättengewerbe abzuschließen, und der nach den Vorstellungen seines Vaters anschließend mit ihm zusammen das mit dem in Deutschland erarbeiteten Geld erbaute Touristenlokal führen soll, hat plötzlich andere Ideen. Selbst die kleine Schwester Irinas nimmt sich Rechte heraus, die eigentlich nur ihrem Bruder zustehen. Die Mutter, die in Deutschland zuletzt als Schwesternhelferin im Krankenhaus gearbeitet hat, hat ebenfalls Schwierigkeiten, sich wieder in ihre Rolle zu finden. Die Unterordnung unter die Großmutter, die als zweites heimliches Familienoberhaupt neben dem Vater regiert, fällt ihr schwer. Sie rebelliert zwar nicht offen, unterstützt aber ihre Kinder, soweit sie kann.

In der Geschichte reihen sich so verschiedene Ereignisse aneinander, in denen diese Widersprüche deutlich werden. Schließlich läuft das Mädchen von zu Hause weg, ursprünglich mit dem Ziel, wieder nach Deutschland zu gehen. Sie beendet ihre Flucht aber in Athen, weil sie dort die Lebensweise vorfindet, die sie gesucht hat. So die Handlung des Buches.

Der Kapitalismus entzieht den alten Familienbanden die Grundlage und zerreißt sie. Erscheinungen dieses Prozesses schildert die Autorin. Allerdings recht harmlos. In Wirklichkeit dürften solche Prozesse wesentlich schmerzhafter zu Tage treten. Gegenüber den rückständigen Verhältnissen in Irinas Heimatort kommt der Kapitalismus dabei fast als Idyll weg, in dem es zwar „Stechuhren und ewig meckernde Meister“ gebe, wo man aber „lernen könne, was man will, und leben, wie man will“.

Ausbeutung und Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter in der BRD bleiben ebenso unerwähnt wie die Fesseln, die der Imperialismus ihren Heimatländern anlegt. Gerade das ist aber die Ursache dafür, daß viele sich an die Hoffnung auf eine eigenständige Existenz in ihren Heimatländern klammern. Sie versuchen den Sprung vom stellungslosen Arbeiter oder landlosen Bauern zum kleinen Kapitalisten. Die Großfamilie, die früher einen produktiven Inhalt in der landwirtschaftlichen Kleinproduktion hatte, kann unter diesen Umständen zum Clan werden, wo jeder zur Finanzierung des Unternehmens beitragen oder als billige Arbeitskraft mitmachen muß. Daß sich Konflikte, wie die in dem Buch geschilderten, aus diesen konkreten Verhältnissen entwickeln, spielt für die Autorin keine Rolle. Vielmehr wird Irinas Vater als dumpfer, verständnisloser Repräsentant der alten Ordnung dargestellt, der seine Tochter unterdrückt, als sie sich nach dem „fortschrittlichen“ Westdeutschland sehnt. Tatsachen, die die Verhältnisse, aus denen die Vorstellungen des Vaters entspringen, verständlich machen, liefert das Buch nicht.

Die „Anregung zum Nachdenken“ soll wohl aus solchen eingebauten Aussagen bestehen: Griechenland ist ein schönes und reiches Land, es werde nur nicht alles für alle nutzbar gemacht. Und: Man könne nicht lernen, was man will, und nicht so leben, wie man will; „und das sollten doch auch die Touristen begreifen lernen, die hierher kommen, warum bei uns so manches anders ist als bei ihnen, und wie uns ihre Länder vielleicht helfen könnten“. Was sollen die Touristen und damit wohl auch die Leser begreifen? Daß es anders (sprich: schlechter) als in Deutschland ist.

# „Mädchen in Männerberufen“

Ausbildungsberufe, die die männlichen Jugendlichen schon lange meiden

*gih.* Im Rahmen von Modellprogrammen laufen zur Zeit in allen Ländern der Bundesrepublik 22 Modellvorhaben „Mädchen in Männerberufen“. Etwa 200 Betriebe aus Industrie und Handwerk sind daran beteiligt und bilden rund 1000 Mädchen in 55 Berufen vorwiegend aus den Bereichen Metall und Elektro aus, in denen bisher im Durchschnitt weniger als 1% der Auszubildenden Frauen waren. Insgesamt hat sich die Zahl der weiblichen Auszubildenden in sogenannten „Männerberufen“ in den letzten zwei Jahren weit mehr als verdoppelt. Sie stieg von rund 11500 im Jahre 1977 über 17300 im Jahre 1978 auf 27000 im Jahre 1979. Fast 5 Prozent der weiblichen Auszubildenden lernen jetzt „Männerberufe“, 1977 waren es erst 2 Prozent. Rechtlich sind 96% aller Ausbildungsberufe für Frauen zugänglich, und nur in 30 von 451 Ausbildungsberufen dürfen nach der gegenwärtigen Rechtslage Frauen nicht ausgebildet werden. Das sind vor allem die Bauhauptberufe, Berufe unter Tage in Bergwerken oder Tätigkeiten an Hochöfen.

In allen Programmen werden Zuschüsse zur Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen gegeben, von 20% der Ausbildungsvergütung (Saarland) bis ca. 12000 DM pro Ausbildungsverhältnis (Nordrhein-Westfalen). Bis auf Saarland und Hamburg ist die Einrichtung zusätzlicher Ausbildungsplätze Voraussetzung für eine Förderung. Bremen, Nordrhein-Westfalen (zusätzlich zu o.g. Förderung) und Berlin fördern die Herrichtung oder Errichtung von Sozialräumen (bis zu 5000 DM pro Ausbildungsverhältnis), die durch die erstmalige Ausbildung von jungen Frauen nach der Arbeitsstättenverordnung erforderlich werden.

Die unter dem Slogan „Mädchen in Männerberufen“ eingeleiteten Modell- und Fördermaßnahmen sollten die besonders hohe Arbeitslosigkeit bei Mädchen beseitigen und die für Mitte der 80er Jahre vorhergesagte „Facharbeiterlücke“ schließen. Untersucht man jetzt noch die Berufe genauer, in denen diese Mädchen ausgebildet werden, kann man feststellen, daß es in den meisten Fällen Berufe sind, in die die Jungen schon vor Jahren, selbst bei hoher Arbeitslosigkeit, nur schlecht zu vermitteln waren.

Seit der Einführung der Fördermaßnahmen hat die Anzahl der weiblichen Auszubildenden in dem Ausbildungsberuf *Maler / Lackierer* rapide zugenommen. 1977 befanden sich 382 Mädchen in diesem Ausbildungsberuf. 1978 waren es bereits 621 Mädchen, und 1979 ist ihre Anzahl auf 1252 gestiegen. Der Ausbildungsberuf Maler / Lackierer ist damit der am stärksten von Mädchen besetzte „Männerberuf“. Zwischen Mitte und Ende der 70er Jahre waren 14 bis 16 Prozent der für männliche Jugendliche vorgesehenen Ausbildungsstellen unbesetzt geblieben. Von den Jungen wurde dieser Ausbildungsplatz deshalb gemieden, weil seine Verwertbarkeit für andere bzw. verwandte Berufe sehr gering ist. Bei Berufswechsel kann nur eine un- oder angelernte Tätigkeit ausgeübt werden. Der schnelle Anstieg der Ausbildungsverhältnisse mit Mädchen in diesem Ausbildungsberuf zeigt, daß die Handwerksbetriebe ihren ungedeckten Bedarf nun durch die Vergabe von Ausbildungsplätzen an Mädchen ausgleichen. Die Ausbildung von Mädchen zu Malern und Lackierern ist für die Handwerksbetriebe dadurch zusätzlich lohnend, weil ein Teil der Ausbildungskosten von Staat bezahlt wird.

**Ausgewählte typische „Männerberufe“**
**Entwicklung der Ausbildungszahlen 1975 – 1978**

| Ausbildungsberufe | Auszubildende 1975 inges. | 1975 davon weibl. | 1976 insges. | 1976 davon weibl. | 1977 insges. | 1977 davon weibl. | 1978 insges. | 1978 davon weibl. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Tischler | 23841 | 233 | 26481 | 264 | 30079 | 382 | 35139 | 627 |
| Tankwart | 3489 | 131 | 3484 | 151 | 3827 | 180 | 4082 | 276 |
| Kraftfahrzeugmechaniker | 88632 | 87 | 73284 | 84 | 80373 | 114 | 88633 | 208 |
| Mechaniker (Industrie- und Handelskammer) | 11784 | 28 | 11243 | 30 | 11322 | 34 | 11680 | 102 |
| Elektroinstallateur | 56074 | 38 | 50702 | 57 | 46533 | 63 | 48614 | 105 |
| Fernemeldehandwerker | 12316 | 83 | 11011 | 123 | 10305 | 187 | 12011 | 255 |
| Maler und Lackierer | 26367 | 171 | 27311 | 197 | 30048 | 343 | 34370 | 621 |
| Gesamt | 227503 | 771 | 203616 | 900 | 212487 | 1303 | 234529 | 2194 |

Quelle: Bildungsbericht 1980, hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Ähnlich sieht es bei dem besonders „förderungswürdigen“ Ausbildungsberuf *Dreher* aus. Die Anzahl der zum Dreher ausgebildeten Mädchen stieg von 11 Mädchen im Jahre 1977 auf 56 Mädchen im Jahre 1978 und weiter auf 149 Mädchen im Jahre 1979. Auch hier hatten die Betriebe Schwierigkeiten, in ausreichender Anzahl männliche Jugendliche für diesen Beruf zu rekrutieren. In mehr als 50 der 98 Metallberufe ist eine Ausbildung im Drehen bzw. Fräsen vorgeschrieben, daß z.B. ein Werkzeugmacher, der aufgrund seiner Ausbildung auch Drehen gelernt hat, eine Beschäftigung als Dreher annehmen kann. Umgekehrt kann ein Dreher nicht ohne weiteres einen Werkzeugmacher ersetzen. Deshalb erlernen die Jungen in den meisten Fällen Berufe mit einem weiteren Ausbildungsspektrum. Bei Berufen mit *Stufenausbildung*, vor allem in der Elektroindustrie, sieht es so aus, daß die Mädchen in den wenigsten Fällen in die zweite Stufe übernommen werden. Vergleicht man die Ausbildungszahlen für Mädchen in diesen Berufen, dann stellt man fest, daß sich ihr Anteil an der Gesamtzahl der Auszubildenden beim Übergang von der ersten Stufe zur zweiten Stufe halbiert. Gegenüber den männlichen Auszubildenden werden Frauen bei der Übernahme in die zweite Stufe deutlich benachteiligt.

Durch die Modellversuche „Mädchen in Männerberufen“ werden die Mädchen in Berufe gedrängt, deren Nachteile von den männlichen Jugendlichen bereits erkannt worden sind:

– daß sie bei einem niedrigen Qualifikationsniveau der Ausbildung auf wenig abwechslungsreiche Tätigkeiten mit geringen Aufstiegschancen festgelegt sind,

– daß die Arbeitsbedingungen im erlernten Beruf einen Berufswechsel erzwingen mit dem Risiko, eine un- oder angelernte Tätigkeit aufnehmen zu müssen,

– daß bei bestimmten Ausbildungsberufen die berufliche Mobilität eingeschränkt ist.

Solange die Mädchen in Berufe gedrängt werden, die ihnen nach Ablauf der Lehrzeit nur eine geringe Möglichkeit bieten, diesen auch weiter auszuüben, nützt es nichts, wenn Bildungsminister Schmude zukünftig alle 419 Ausbildungsberufe mit einer weiblichen und männlichen Berufsbezeichnung versieht. Die Bezahlung der Modellversuche fördert geradezu solche Berufe, wie z.B. Maler / Lackierer, für die es nach der Ausbildung keine Weiterbeschäftigung gibt, und was bleibt, ist eine un- oder angelernte Tätigkeit.

# Der zufällige Tod des Christian K.

## Polizeistaatssatire / Fortführung der Olaf-Ritzmann-Ermittlungen / Punks berichten über Polizeiterror

*ulh.* Die Hamburger Polizeiführung fühlt sich angegriffen. Innensenator Pawelczyk hat per Dienstanordnung den ihm unterstellten Beamten verboten, die Aufführung im Malersaal 'Der zufällige Tod des Christian K.' zu besuchen. Als wir am 8.1. das Stück besuchten, konnte man im Gedränge vor dem Eingang von Punks hören, daß es drinnen von Zivis (Zivilpolizisten) wimmele. Sie hätten keinen Bock, was vor die Fresse zu kriegen und gingen wieder.

Was befürchtet die Polizeiführung von dem Stück?

Es ist eine lockere Szenenfolge zum Thema ,,Musterentwurf für ein neues Polizeigesetz'', der von allen Bundesländern abgezeichnet wurde und in den einzelnen Bundesländern umgesetzt wird. ,, Wir versuchen in Szenen, Texten und Liedern zu beschreiben, was das Klima ist, in dem so ein Gesetz entsteht, was es auslöst. Wie sieht eine Hausdurchsuchung künftig aus? Was passiert bei dem Polizisten, der vor zwei Jahren in der Nähe von Frankfurt aus Versehen einen 14jährigen Jungen erschoß? Was waren die Hintergründe des von der Polizei verschuldeten Todes des Mannesmann-Arbeiters Günther Routhier in Duisburg? Das Material ist teils dokumentarisch, teils fiktiv bis hin zur Satire.'' (Informationsblatt Malersaal)

Insgesamt hat mir der Abend gut gefallen, obwohl man über einige Szenen sehr unterschiedlicher Meinung sein kann und mir die Auswahl der vorgetragenen Gedichte und Texte nicht sonderlich zugesagt hat. Doch dazu im einzelnen.

Den Auftakt bildet der Auftritt einer Polizistin, die eine Aufgabe für ein Polizeipreisrätsel stellt: Wenn 12 Polizisten auf einen Menschen schießen und die Trefferquote 65% beträgt, wieviele Polizisten müßte man einsetzen, um eine 95%ige Treffsicherheit zu erzielen? Nachdem sie noch die Gewinnchancen verkündet hatte, (1. Preis: gründliche Überprüfung durch das BKA) wird mitgeteilt, daß es sich bei der Aufgabe um eine Rechenaufgabe aus einem bayrischen Schulbuch handele.

Dieselbe Methode, Enthüllungen außerordentlich eindrucksvoll zu placieren, ist Grundlage einer Szene, in der Innenminister Schwarz aus Nordrheinwestfalen von 2 Reportern interviewt wird. Schwarz, dargestellt als schmierige Ganoventype, betritt vorsichtig die Bühne, begleitet von einem Zivilpolizisten (Sonnenbrille, Hand unterm Mantel an der Knarre), der wieselflink alles sichert, sich Ausweise zeigen läßt und verdächtige Gegenstände kontrolliert. Dann erst nimmt Schwarz Platz und beantwortet vom Blatt die Fragen der Reporter, die ihm vorher eingereicht werden mußten. Mit sonor-selbstbewußter Stimme, bedeutungsschwangerem Vorschieben des Kinns und den ganzen Mätzchen, die man von Schmidt und Konsorten bis zum Überdruß gewöhnt ist, beantwortet er die Fragen zum Polizeigesetz. Stichwort: Todesschuß, Ausrüstung der Polizei mit Handgranaten – ,,Es muß doch die Chance bestehen, eine bewaffnete Revolution niederzuschlagen.'' Stichwort: Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung – ,,Ich muß doch eine gesetzliche Grundlage haben, um mir von Ihnen den Ausweis zeigen zu lassen und Sie mitzunehmen'', ,,Wenn Kontrollen durchgeführt werden, wird beispielsweise Altona oder Kiel für vier Stunden zugemacht'', ,,Ich muß doch den potentiellen Verbrecher für 24 Stunden festhalten können, ohne der Familie Bescheid zu sagen, damit die nicht möglicherweise denjenigen warnt, der mit im Spiel ist''. Nach Schluß der Spielszene, kurze Information an die Zuschauer: Es handelt sich um das Originalinterview, das Schwarz 1976 dem Spiegel zum neuen Polizeigesetz gegeben hat.

Ich kannte das Interview bzw. erinnerte mich, es gelesen zu haben, – aber erst *nachdem* der Schauspieler es verkündete. Vorher hielt ich einige Passagen für gelungene Satire. Das spricht (sicher auch für meine Vergeßlichkeit, aber noch mehr) für die Darbietungsform.

Jetzt zu einer der problematischen Szenen: Öffentliche Hinrichtung im Münchener Olympia-Stadion. Dieter Thomas Heck darf im Vorprogramm seine Hitparade bringen, Heino singt von der schwarz-braunen Haselnuß. Soweit ganz witzig, und es trifft sicherlich keinen Falschen. Aber dann tritt eine Lehrerin auf, die mit ihrer Klasse wegen des höheren Moraleffekts die Hinrichtung besucht (alternativ wäre der Gerichtsbesuch) und ihre Klasse ideologisch auf das bevorstehende Ereignis einschwört. Das Ganze ist schauspielerisch gut gemacht, und es fehlt keineswegs an Gags. Lachen konnte man aber doch nicht so recht. Nicht weil ,,das Thema zu ernst'' wäre, um satirisch behandelt zu werden, sondern weil es den Falschen traf. Sicher gibt es reaktionäre Auffassungen im Volk, aber berufsmäßig und aus handfesten Interessen heraus wird die Reaktion nicht vom Volk betrieben. Reaktionäre Tendenzen innerhalb des Volkes sollen auch kritisiert werden, aber auf andere Weise, meine ich. Etwa in der Art des P.P.Zahl-Gedichts ,,an die freunde'':

was erwartet ihr
eigentlich
wenn ihr eure zierlich
formulierten petitionen
an die henker richtet:
sehr geehrte herren
bezugnehmend auf unsere verfassung
aus dem jahre achtundvierzig
(achtzehn oder neunzehnhundert?)
ersuchen wir sie höflich
das foltern zu unterlassen...

heute sieht der größte
schreibtischmörder aus
wie der nette vertreter
der lebensversicherung
(...)

(Am Beispiel Peter-Paul Zahl, S.109)

Damit wäre ich auch am Punkt der Kritik der vorgetragenen Gedichte und Texte. Bis auf die Mossmann-Ballade zu Günther Routhier fand ich sie nicht sehr aussagestark. Das gerade zitierte Gedicht hat mehr Inhalt als zum Beispiel die Wortspielerei mit dem Begriff kriminelle Vereinigung in dem gleichnamigen Gedicht von Zahl.

Gelungen fand ich die beiden ,,Stimmungsszenen''. Die erste stellt in der Form einer Büttenrede – mit ständiger Untermalung der Pointen durch bäbääh, bä-bääh, bä-bääh – die Unterdrückungsmethoden des BKA an den Pranger; die zweite verscheißert nach der bekannten Melodie von ,,Flipper ist uuuu-nser beester Freund'' die Einrichtung des Kontaktpolizisten.

Insgesamt eine geballte Ladung Enthüllungen über den staatlichen Unterdrückungsapparat. Und wenn Pawelczyik seinen Beamten Aufführungsbesuchsverbot erteilt, dann wohl deshalb, weil er bestimmte zersetzende Auswirkungen befürchtet.

Im zweiten Teil der Veranstaltung erhielt der Angriff auf die Polizeistaatsmethoden eine aktuelle Ergänzung. Der Fortgang der Ermittlungen im Fall Olaf Ritzmann wurde dargestellt, und fünf Punks berichteten über das Vorgehen der Polizei kurz vor und nach der Bundestagswahl anläßlich der ,,Säuberung'' des Karolinenviertels. Die Punks wurden regelrecht gejagt, in der Wache Budapester Straße zusammengeschlagen oder zu solchen Perversitäten wie 2-stündigen Schwimmübungen auf kaltem Steinfußboden oder Rauswaschen der Haarfärbungen mit Spezialseife gezwungen. Danach wurden sie in die Außenbezirke (Harburg, Neugraben, Rahlstedt) transportiert und dort um 4 Uhr früh ausgesetzt.

In der Veranstaltung schafften es die Punks durch ihre Hartnäckigkeit, zwei anwesende Kriminalbeamte zum Verlassen des Saals zu animieren – ein, wenn auch kleiner, aber doch Erfolg, über den man sich freute. Das Stück wird am 14.1. um 20.30 Uhr noch einmal wiederholt, die Karten kosten 13DM.



Polizei in Hamburg macht Jagd auf Punker

# Bundesregierung als Verfechter der Menschenrechte in der Türkei?

## Forderungen der Hungerstreikenden

*wir.* In der St. Stephanus-Kirche in Hamburg-Eimsbüttel befinden sich seit dem 24.12.1980 Türken, Kurden und Deutsche im Hungerstreik. Zwei Forderungen sollen durch den Hungerstreik und durch eine Demonstration am 17.1. durchgesetzt werden: ,,1. Wir wollen konkrete Angaben zum Schicksal von Menmet Ali Yilmaz, Yasin Ketenoglu, Bülent Forta und Selahattin Karatas...Wir verlangen sofortigen Abbruch der Folterungen, ärztliche Untersuchung und Behandlung. 2. Wir wollen eine Kommission aus Personen, die unser Vertrauen hat und die die Erfahrung besitzt, die notwendig ist, um Gefangene aufzuspüren und festzustellen, was mit ihnen geschieht. Diese Kommission soll, mit dem diplomatischen Schutz der Bundesregierung ausgerüstet, in die Türkei einreisen und die unglaublichen Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen untersuchen.''

Darüberhinaus haben sich einige Organisationen u.a. die Aufgabe gestellt, in der Öffentlichkeit bewußt zu machen, daß in der Türkei Faschismus herrsche. Außerdem soll die Forderung nach Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe durch die Bundesregierung erhoben werden. Einig ist man sich darin, die Sozialimperialisten nicht zu erwähnen, da sie ja nichts mit dem Putsch zu tun hätten.

Wir halten einen Teil dieser Auffassungen und Forderungen für falsch. Warum? Gegen die Forderung nach Einstellung aller ,,Hilfen'' haben wir bereits in der KVZ Nr. 42/80 Stellung genommen. Hier noch einmal eine kurze Zusammenfassung: Die Verschuldung der Türkei ist auf ca. 19,5 Mrd. Dollar gestiegen. Mit ihren Agrarexporten kann sie die importierten industriellen Fertigprodukte nicht bezahlen. Die Imperialisten haben diese Abhängigkeit der Türkei genutzt und ihr als Bedingung für die Kredite Maßnahmen diktiert, mit denen die Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse und des Lebensstandards der Volksmassen saniert werden soll. Die gegenwärtige Militärregierung setzt diese Politik fort. Sie hat bereits neue Kredite beantragen müssen. Wem nützt demgegenüber die Forderung nach Einstellung aller ,,Hilfen''? Die Importabhängigkeit der Industrie ist eine Tatsache, die nur langfristig geändert werden kann. Eine Streichung der Kredite würde das Land im Chaos versinken lassen und gerade dadurch den Imperialisten, möglicherweise der ,,Rettung'' durch den Sozialimperialismus preisgeben.

Man muß alles unterstützen, was der Unabhängigkeit der Türkei dient, ihr die Lösung vom Imperialismus erleichtert und den Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft fördert. Dazu gehört die Beseitigung der politischen Einmischung, z.B. im Rahmen des NATO-Bündnisses, ebenso wie die Forderung nach Schuldenstreichung oder nach Beseitigung der Auflagen der Kredite des Internationalen Währungsfonds, wie sie von der 3. Welt auf der letzten IWF-Konferenz gestellt wurde. Solche Forderungen schaffen vor allem den türkischen Arbeitern und Bauern Luft, ihre Interessen durchzusetzen, gegenüber welcher Regierung auch immer.

Die Forderung nach Einrichtung einer Kommission unter diplomatischem Schutz der Bundesregierung ist hingegen eine direkte Aufforderung an die Bundesregierung, sich in der Türkei politisch einzumischen und das auch noch als Eintreten für Menschenrechte zu verkaufen. Die Bundesregierung gehört gerade zu den Hauptverantwortlichen für die Lage in der Türkei. Sie hat mittels IWF die Demirel-Regierung zur Abwertung der Lira, zur Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel und zu Lohnstopp gezwungen. Wie sollte dieses Programm durchgesetzt werden, wenn nicht durch Beschneidung der Rechte der Arbeiterklasse und aller Teile des Volkes, sei es auch gewaltsam, wie jetzt geschehen? Die Einmischung der Bundesregierung in die Angelegenheiten des türkischen Volkes kann nur negative Auswirkungen für das türkische Volk haben. Man sollte sie nicht noch fordern.

Weiter wird vertreten, die Militärjunta sei faschistisch und direkt von den US-Imperialisten eingesetzt. Dagegen spricht einiges. Die Machtübernahme wurde von der Militärjunta mit der Notwendigkeit begründet, ,,die Integrität des Landes zu bewahren, seine nationale Einheit und Geschlossenheit zu sichern, einem möglichen Bürgerkrieg zuvorzukommen und das Ansehen des Staates wiederherzustellen sowie die Ursachen zu beseitigen, die ein normales Funktionieren der demokratischen Ordnung stören.''

Bei der Durchführung dieser Ziele könnte die Militärjunta sich durchaus auf größere Teile des Volkes stützen. Das hat auch nichts mit Faschismus zu tun. Fraglich ist allerdings, ob die Junta diese Ziele verwirklichen will und wie lange die Rechte des Volkes wie Streikrecht, Pressefreiheit, Versammlungs- und Organisationsfreiheit noch beseitigt bleiben. Außenpolitisch kann man auch nicht davon sprechen, daß die Junta einfach nur Anhängsel der USA und der BRD sei. Sie hat ,,das Bestehen von militärischen Stützpunkten und Objekten auf türkischem Territorium als ernste Gefahr'' bezeichnet, das ,,auch die Aufnahme normaler Beziehungen zu nichtpaktgebundenen Ländern stört.'' Weiter tritt sie ein für die ,,vollständige Befreiung der von Israel besetzten arabischen Gebiete und Jerusalems'' sowie für das ,,Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Palästina''. Juntachef Evren hat sich gegen die geplanten U-2-Flüge am türkischen Himmel, die bei SALT 2 in Wien zwischen den USA und der UdSSR ausgehandelt wurden, ausgesprochen. Diese Forderungen der Militärjunta sind berechtigt und nützen den Völkern der Welt. Mit Pauschalurteilen kommt man nicht weiter.

HDW ist bis 1983 ausgelastet

rial ist teils dokumentarisch, teils fiktiv bis hin zur Satire.'' (Informationsblatt Malersaal)

Insgesamt hat mir der Abend gut gefallen, obwohl man über einige Szenen sehr unterschiedlicher Meinung sein kann und mir die Auswahl der vorgetragenen Gedichte und Texte nicht sonderlich zugesagt hat. Doch dazu im einzelnen.

Den Auftakt bildet der Auftritt einer Polizistin, die eine Aufgabe für ein Polizeipreisrätsel stellt: Wenn 12 Polizisten auf einen Menschen schießen und die Trefferquote 65% beträgt, wieviele Polizisten müßte man einsetzen, um eine 95%ige Treffsicherheit zu erzielen? Nachdem sie noch die Gewinnchancen verkündet hatte, (1. Preis: gründliche Überprüfung durch das BKA) wird mitgeteilt, daß es sich bei der Aufgabe um eine Rechenaufgabe aus einem bayrischen Schulbuch handele.

Dieselbe Methode, Enthüllungen außerordentlich eindrucksvoll zu placieren, ist Grundlage einer Szene, in der Innenminister Schwarz aus Nordrheinwestfalen von 2 Reportern interviewt wird. Schwarz, dargestellt als schmieri-



Polizei in Hamburg macht Jagd auf Punker

Forderungen der Hungerstreikenden

wir. In der St. Stephanus-Kirche in Hamburg-Eimsbüttel befinden sich seit dem 24.12.1980 Türken, Kurden und Deutsche im Hungerstreik. Zwei Forderungen sollen durch den Hungerstreik und durch eine Demonstration am 17.1. durchgesetzt werden: ,,1. Wir wollen konkrete Angaben zum Schicksal von Menmet Ali Yilmaz, Yasin Ketenoglu, Bülent Forta und Selahattin Karatas...Wir verlangen sofortigen Abbruch der Folterungen, ärztliche Untersuchung und Behandlung. 2. Wir wollen eine Kommission aus Personen, die unser Vertrauen hat und die die Erfahrung besitzt, die notwendig ist, um Gefangene aufzuspüren und festzustellen, was mit ihnen geschieht. Diese Kommission soll, mit dem diplomatischen Schutz der Bundesregierung ausgerüstet, in die Türkei einreisen und die unglaublichen Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen untersuchen.''

Darüberhinaus haben sich einige Organisationen u.a. die Aufgabe gestellt, in der Öffentlichkeit bewußt zu machen, daß in der Türkei Faschismus herrsche. Außerdem soll die Forderung nach Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe durch die Bundesregierung erhoben werden. Einig ist man sich darin, die Sozialimperialisten nicht zu

wie sie von der 3. Welt auf der letzten IWF-Konferenz gestellt wurde. Solche Forderungen schaffen vor allem den türkischen Arbeitern und Bauern Luft, ihre Interessen durchzusetzen, gegenüber welcher Regierung auch immer.

Die Forderung nach Einrichtung einer Kommission unter diplomatischem Schutz der Bundesregierung ist hingegen eine direkte Aufforderung an die Bundesregierung, sich in der Türkei politisch einzumischen und das auch noch als Eintreten für Menschenrechte zu verkaufen. Die Bundesregierung gehört gerade zu den Hauptverantwortlichen für die Lage in der Türkei. Sie hat mittels IWF die Demirel-Regierung zur Abwertung der Lira, zur Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel und zu Lohnstopp gezwungen. Wie sollte dieses Programm durchgesetzt werden, wenn nicht durch Beschneidung der Rechte der Arbeiterklasse und aller Teile des Volkes, sei es auch gewaltsam, wie jetzt geschehen? Die Einmischung der Bundesregierung in die Angelegenheiten des türkischen Volkes kann nur negative Auswirkungen für das türkische Volk haben. Man sollte sie nicht noch fordern.

Weiter wird vertreten, die Militärjunta sei faschistisch und direkt von

# HDW ist bis 1983 ausgelastet

## Einige Tatsachen über die ,,Beschäftigungsprobleme'' der Werft

*pes.* Zu einer großangelegten Propagandaschlacht hat sich der Streit um den Bau der U-Boote für Chile in den bürgerlichen Medien entwickelt. Es ist ein schlechter Verdienst des Betriebsauschusses und seit dem 6.1. auch der Mehrheit des HDW-Betriebsrats, diesen Streit mit der Alternative entweder Bau der U-Boote oder nächstes Jahr keine Arbeit angeheizt zu haben.

Der Auftragsbestand der HDW betrug zu Ende des Geschäftsjahres 1979/80 elf Handelsschiffe mit einem Lieferwert von 640 Mio. DM, sowie 12 Kriegsschiffe im Wert von 1207 Mio. DM, zusammen mehr als 1,8 Mrd. DM. Damit ist das Volumen des Auftragsbestandes für Neubauten um 500 Mio. DM höher als im Jahr zuvor. Bedenkt man, daß im letzten Jahr die Aufträge für Reparaturen und Umbauten sowie den sonstigen Fertigungsbereichen 50% des Gesamtumsatzes ausmachten, kann man ermessen, daß der Salzgitter-Vorsitzende Pieper bestimmt recht hat, wenn er sagt, daß die ,,Beschäftigung bei HDW bis 1983 gesichert'' sei. U-Boot-Aufträge aus Dänemark, Norwegen, Indien stehen noch in Verhandlungen. Während im letzten Jahr der Umsatz um 3,4% auf 1,1 Mrd. DM stieg, ist die Zahl der bei HDW-Beschäftigten um 229 (2%) gefallen. Gleichzeitig sank die Anzahl der Fertigungsstunden durch ,,eigene Arbeitskräfte'' um 4,5% bei gleichzeitiger Steigerung des Anteils der durch Fremdarbeiter geleisteten Fertigungsstunden um 27%, so daß diese jetzt einen Anteil von 10% ausmachen.

Die Geschichte, daß demnächst eintausend Arbeitsplätze gefährdet seien, hat so seine Grundlage nicht in den Tatsachen, sondern in dem Rechenexempel des HDW-Geschäftsführers Henke, der festgestellt hat, daß der Wegfall von zwei U-Booten ,,den direkten Beschäftigungsausfall einer Jahreskapazität'' habe.

Anläßlich der sich überschlagenden Solidarität aller Reaktionäre mit den HDW-Arbeitern muß man auch diesem Streik einiges von dem ihm angedichteten Mystizismus nehmen. Die einstündige Arbeitsniederlegung eine Stunde vor Feierabend wurde weder durch einen Beschluß des Vertrauensleutekörpers des Bereichs noch durch einen Beschluß des Betriebsrats getragen. Eingeleitet wurde sie lediglich durch ein Telegramm des Betriebsausschusses an Helmut Schmidt. Der Streik selbst bestand in einer bezahlten Stunde früher Feierabend, und einige CDU-Leute und sicher auch dieser und jener Betriebsrat ließen sich mit mit dem Schild ,,Stoppt Gansel'' vor dem Tor des Werks Süd für die Zeitung ablichten. Im Werk selbst gibt kaum einer was auf diesen Streik und der Gedanke läßt sich nicht von der Hand weisen, daß Otto Böhm die Betriebsratswahlen vorbereitet. In diesem Monat wird der Vertrauensleutekörper sich dazu äußern und auf der Betriebsversammlung steht der Punkt auf der Tagesordnung. Man wird dann klarer sehen.

Auch wenn es nötig ist, die Propaganda um die Arbeitsplatzsicherung ins rechte Licht zu rücken, ist damit natürlich das Problem der Waffenlieferungen in Länder der dritten Welt, wie das konkrete Problem Chile nicht geklärt. Diejenigen Teile der demokratischen Bewegung und der Gewerkschaftsbewegung, die diesen Waffenexport unterbinden wollen, tun das, weil sie meinen, es unterstütze den Kampf des chilenischen Volkes gegen das reaktionäre Pinochet-Regime.

Darüber kann man geteilter Meinung sein. Wenn aber Teile dieser Bewegung die Einstellung jeglicher Waffenlieferung an Länder der dritten Welt fordern, so läuft das auf die Entwaffnung dieser Länder gegenüber dem Imperialismus hinaus, und endet bei Gansel, der meint, die sollten erstmal essen bevor sie schießen, und der Verbot des Export von Waffen würde diesen Erkenntnisprozeß beschleunigen. Prinzipiell muß man dafür sein, daß die Länder der dritten Welt Waffen bekommen, wenn sie das wünschen, weil sie diese im Kampf gegen den Imperialismus brauchen. Gleichzeitig bin ich dafür, daß man den Export von Waffen an Regimes, die sich im Bürgerkrieg gegen das eigene Volk befinden oder gegenüber anderen Völkern Aggressionen verüben, wie Vietnam, Südafrika oder El Salvador, verhindert. Bei Chile ist das gegenwärtig nicht der Fall. Diese Feststellung stellt aber nur die Aufgabe, die Lage in Chile konkret zu untersuchen.

# Der zufällige Tod des Christian K.

## Polizeistaatssatire / Fortführung der Olaf-Ritzmann-Ermittlungen / Punks berichten über Polizeiterror

*ulh.* Die Hamburger Polizeiführung fühlt sich angegriffen. Innensenator Pawelczyk hat per Dienstanordnung den ihm unterstellten Beamten verboten, die Aufführung im Malersaal 'Der zufällige Tod des Christian K.' zu besuchen. Als wir am 8.1. das Stück besuchten, konnte man im Gedränge vor dem Eingang von Punks hören, daß es drinnen von Zivis (Zivilpolizisten) wimmele. Sie hätten keinen Bock, was vor die Fresse zu kriegen und gingen wieder.

Was befürchtet die Polizeiführung von dem Stück?

Es ist eine lockere Szenenfolge zum Thema ,,Musterentwurf für ein neues Polizeigesetz'', der von allen Bundesländern abgezeichnet wurde und in den einzelnen Bundesländern umgesetzt wird. ,, Wir versuchen in Szenen, Texten und Liedern zu beschreiben, was das Klima ist, in dem so ein Gesetz entsteht, was es auslöst. Wie sieht eine Hausdurchsuchung künftig aus? Was passiert bei dem Polizisten, der vor zwei Jahren in der Nähe von Frankfurt aus Versehen einen 14jährigen Jungen erschoß? Was waren die Hintergründe des von der Polizei verschuldeten Todes des Mannesmann-Arbeiters Günther Routhier in Duisburg? Das Material ist teils dokumentarisch, teils fiktiv bis hin zur Satire.'' (Informationsblatt Malersaal)

Insgesamt hat mir der Abend gut gefallen, obwohl man über einige Szenen sehr unterschiedlicher Meinung sein kann und mir die Auswahl der vorgetragenen Gedichte und Texte nicht sonderlich zugesagt hat. Doch dazu im einzelnen.

Den Auftakt bildet der Auftritt einer Polizistin, die eine Aufgabe für ein Polizeipreisrätsel stellt: Wenn 12 Polizisten auf einen Menschen schießen und die Trefferquote 65% beträgt, wieviele Polizisten müßte man einsetzen, um eine 95%ige Treffsicherheit zu erzielen? Nachdem sie noch die Gewinnchancen verkündet hatte, (1. Preis: gründliche Überprüfung durch das BKA) wird mitgeteilt, daß es sich bei der Aufgabe um eine Rechenaufgabe aus einem bayrischen Schulbuch handele.

Dieselbe Methode, Enthüllungen außerordentlich eindrucksvoll zu placieren, ist Grundlage einer Szene, in der Innenminister Schwarz aus Nordrheinwestfalen von 2 Reportern interviewt wird. Schwarz, dargestellt als schmierige Ganoventype, betritt vorsichtig die Bühne, begleitet von einem Zivilpolizisten (Sonnenbrille, Hand unterm Mantel an der Knarre), der wieselflink alles sichert, sich Ausweise zeigen läßt und verdächtige Gegenstände kontrolliert. Dann erst nimmt Schwarz Platz und beantwortet vom Blatt die Fragen der Reporter, die ihm vorher eingereicht werden mußten. Mit sonor-selbstbewußter Stimme, bedeutungsschwangerem Vorschieben des Kinns und den ganzen Mätzchen, die man von Schmidt und Konsorten bis zum Überdruß gewöhnt ist, beantwortet er die Fragen zum Polizeigesetz. Stichwort: Todesschuß, Ausrüstung der Polizei mit Handgranaten – ,,Es muß doch die Chance bestehen, eine bewaffnete Revolution niederzuschlagen.'' Stichwort: Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung – ,,Ich muß doch eine gesetzliche Grundlage haben, um mir von Ihnen den Ausweis zeigen zu lassen und Sie mitzunehmen'', ,,Wenn Kontrollen durchgeführt werden, wird beispielsweise Altona oder Kiel für vier Stunden zugemacht'', ,,Ich muß doch den potentiellen Verbrecher für 24 Stunden festhalten können, ohne der Familie Bescheid zu sagen, damit die nicht möglicherweise denjenigen warnt, der mit im Spiel ist''. Nach Schluß der Spielszene, kurze Information an die Zuschauer: Es handelt sich um das Originalinterview, das Schwarz 1976 dem Spiegel zum neuen Polizeigesetz gegeben hat.

Ich kannte das Interview bzw. erinnerte mich, es gelesen zu haben, – aber erst *nachdem* der Schauspieler es verkündete. Vorher hielt ich einige Passagen für gelungene Satire. Das spricht (sicher auch für meine Vergeßlichkeit, aber noch mehr) für die Darbietungsform.

Jetzt zu einer der problematischen Szenen: Öffentliche Hinrichtung im Münchener Olympia-Stadion. Dieter Thomas Heck darf im Vorprogramm seine Hitparade bringen, Heino singt von der schwarz-braunen Haselnuß. Soweit ganz witzig, und es trifft sicherlich keinen Falschen. Aber dann tritt eine Lehrerin auf, die mit ihrer Klasse wegen des höheren Moraleffekts die Hinrichtung besucht (alternativ wäre der Gerichtsbesuch) und ihre Klasse ideologisch auf das bevorstehende Ereignis einschwört. Das Ganze ist schauspielerisch gut gemacht, und es fehlt keineswegs an Gags. Lachen konnte man aber doch nicht so recht. Nicht weil ,,das Thema zu ernst'' wäre, um satirisch behandelt zu werden, sondern weil es den Falschen traf. Sicher gibt es reaktionäre Auffassungen im Volk, aber berufsmäßig und aus handfesten Interessen heraus wird die Reaktion nicht vom Volk betrieben. Reaktionäre Tendenzen innerhalb des Volkes sollen auch kritisiert werden, aber auf andere Weise, meine ich. Etwa in der Art des P.P.Zahl-Gedichts ,,an die freunde'':

was erwartet ihr  
eigentlich  
wenn ihr eure zierlich  
formulierten petitionen  
an die henker richtet:  
sehr geehrte herren  
bezugnehmend auf unsere verfassung  
aus dem jahre achtundvierzig  
(achtzehn oder neunzehnhundert?)  
ersuchen wir sie höflich  
das foltern zu unterlassen...

heute sieht der größte  
schreibtischmörder aus  
wie der nette vertreter  
der lebensversicherung  
(...)

(Am Beispiel Peter-Paul Zahl, S.109)

Damit wäre ich auch am Punkt der Kritik der vorgetragenen Gedichte und Texte. Bis auf die Mossmann-Ballade zu Günther Routhier fand ich sie nicht sehr aussagestark. Das gerade zitierte Gedicht hat mehr Inhalt als zum Beispiel die Wortspielerei mit dem Begriff kriminelle Vereinigung in dem gleichnamigen Gedicht von Zahl.

Gelungen fand ich die beiden ,,Stimmungsszenen''. Die erste stellt in der Form einer Büttenrede – mit ständiger Untermalung der Pointen durch bäbääh, bä-bääh, bä-bääh – die Unterdrückungsmethoden des BKA an den Pranger; die zweite verscheißert nach der bekannten Melodie von ,,Flipper ist uuuu-nser beester Freund'' die Einrichtung des Kontaktpolizisten.

Insgesamt eine geballte Ladung Enthüllungen über den staatlichen Unterdrückungsapparat. Und wenn Pawelczyk seinen Beamten Aufführungsbesuchsverbot erteilt, dann wohl deshalb, weil er bestimmte zersetzende Auswirkungen befürchtet.

Im zweiten Teil der Veranstaltung erhielt der Angriff auf die Polizeistaatsmethoden eine aktuelle Ergänzung. Der Fortgang der Ermittlungen im Fall Olaf Ritzmann wurde dargestellt, und fünf Punks berichteten über das Vorgehen der Polizei kurz vor und nach der Bundestagswahl anläßlich der ,,Säuberung'' des Karolinenviertels. Die Punks wurden regelrecht gejagt, in der Wache Budapester Straße zusammengeschlagen oder zu solchen Perversitäten wie 2-stündigen Schwimmübungen auf kaltem Steinfußboden oder Rauswaschen der Haarfärbungen mit Spezialseife gezwungen. Danach wurden sie in die Außenbezirke (Harburg, Neugraben, Rahlstedt) transportiert und dort um 4 Uhr früh ausgesetzt.

In der Veranstaltung schafften es die Punks durch ihre Hartnäckigkeit, zwei anwesende Kriminalbeamte zum Verlassen des Saals zu animieren – ein, wenn auch kleiner, aber doch Erfolg, über den man sich freute. Das Stück wird am 14.1. um 20.30 Uhr noch einmal wiederholt, die Karten kosten 13DM.



Polizei in Hamburg macht Jagd auf Punker

# Bundesregierung als Verfechter der Menschenrechte in der Türkei?

## Forderungen der Hungerstreikenden

*wir.* In der St. Stephanus-Kirche in Hamburg-Eimsbüttel befinden sich seit dem 24.12.1980 Türken, Kurden und Deutsche im Hungerstreik. Zwei Forderungen sollen durch den Hungerstreik und durch eine Demonstration am 17.1. durchgesetzt werden: ,,1. Wir wollen konkrete Angaben zum Schicksal von Menmet Ali Yilmaz, Yasin Ketenoglu, Bülent Forta und Selahattin Karatas...Wir verlangen sofortigen Abbruch der Folterungen, ärztliche Untersuchung und Behandlung. 2. Wir wollen eine Kommission aus Personen, die unser Vertrauen hat und die die Erfahrung besitzt, die notwendig ist, um Gefangene aufzuspüren und festzustellen, was mit ihnen geschieht. Diese Kommission soll, mit dem diplomatischen Schutz der Bundesregierung ausgerüstet, in die Türkei einreisen und die unglaublichen Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen untersuchen.''

Darüberhinaus haben sich einige Organisationen u.a. die Aufgabe gestellt, in der Öffentlichkeit bewußt zu machen, daß in der Türkei Faschismus herrsche. Außerdem soll die Forderung nach Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe durch die Bundesregierung

des des Mannesmann-Arbeiters Günther Routhier in Duisburg? Das Material ist teils dokumentarisch, teils fiktiv bis hin zur Satire.'' (Informationsblatt Malersaal)

Insgesamt hat mir der Abend gut gefallen, obwohl man über einige Szenen sehr unterschiedlicher Meinung sein kann und mir die Auswahl der vorgetragenen Gedichte und Texte nicht sonderlich zugesagt hat. Doch dazu im einzelnen.

Den Auftakt bildet der Auftritt einer Polizistin, die eine Aufgabe für ein Polizeipreisrätsel stellt: Wenn 12 Polizisten auf einen Menschen schießen und die Trefferquote 65% beträgt, wieviele Polizisten müßte man einsetzen, um eine 95%ige Treffsicherheit zu erzielen? Nachdem sie noch die Gewinnchancen verkündet hatte, (1. Preis: gründliche Überprüfung durch das BKA) wird mitgeteilt, daß es sich bei der Aufgabe um eine Rechenaufgabe aus einem bayrischen Schulbuch handele.

Dieselbe Methode, Enthüllungen außerordentlich eindrucksvoll zu placieren, ist Grundlage einer Szene, in der Innenminister Schwarz aus Nordrheinwestfalen von 2 Reportern interviewt wird. Schwarz, dargestellt als schmieri-

nicht möglicherweise denjenigen warnt, der mit im Spiel ist''. Nach

Weise, meine ich. Etwa in der Art des P.P.Zahl-Gedichts ,,an die freunde'':



Polizei in Hamburg macht Jagd auf Punker

Menschenrechte in der Türkei?

Forderungen der Hungerstreikenden

wir. In der St. Stephanus-Kirche in Hamburg-Eimsbüttel befinden sich seit dem 24.12.1980 Türken, Kurden und Deutsche im Hungerstreik. Zwei Forderungen sollen durch den Hungerstreik und durch eine Demonstration am 17.1. durchgesetzt werden: ,,1. Wir wollen konkrete Angaben zum Schicksal von Menmet Ali Yilmaz, Yasin Ketenoglu, Bülent Forta und Selahattin Karatas...Wir verlangen sofortigen Abbruch der Folterungen, ärztliche Untersuchung und Behandlung. 2. Wir wollen eine Kommission aus Personen, die unser Vertrauen hat und die die Erfahrung besitzt, die notwendig ist, um Gefangene aufzuspüren und festzustellen, was mit ihnen geschieht. Diese Kommission soll, mit dem diplomatischen Schutz der Bundesregierung ausgerüstet, in die Türkei einreisen und die unglaublichen Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen untersuchen.''

Darüberhinaus haben sich einige Organisationen u.a. die Aufgabe gestellt, in der Öffentlichkeit bewußt zu machen, daß in der Türkei Faschismus herrsche. Außerdem soll die Forderung nach Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe durch die Bundesregierung

erhoben werden. Einig ist man sich darin, die Sozialimperialisten nicht zu erwähnen, da sie ja nichts mit dem Putsch zu tun hätten.

Wir halten einen Teil dieser Auffassungen und Forderungen für falsch. Warum? Gegen die Forderung nach Einstellung aller ,,Hilfen'' haben wir bereits in der KVZ Nr. 42/80 Stellung genommen. Hier noch einmal eine kurze Zusammenfassung: Die Verschuldung der Türkei ist auf ca. 19,5 Mrd. Dollar gestiegen. Mit ihren Agrarexporten kann sie die importierten industriellen Fertigprodukte nicht bezahlen. Die Imperialisten haben diese Abhängigkeit der Türkei genutzt und ihr als Bedingung für die Kredite Maßnahmen diktiert, mit denen die Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse und des Lebensstandards der Volksmassen saniert werden soll. Die gegenwärtige Militärregierung setzt diese Politik fort. Sie hat bereits neue Kredite beantragen müssen. Wem nützt demgegenüber die Forderung nach Einstellung aller ,,Hilfen''? Die Importabhängigkeit der Industrie ist eine Tatsache, die nur langfristig geändert werden kann. Eine Streichung der Kredite würde das Land im Chaos versinken lassen und gerade dadurch den Imperialisten, möglicherweise der ,,Rettung'' durch den Sozialimperialismus preisgeben.

Man muß alles unterstützen, was der Unabhängigkeit der Türkei dient, ihr die Lösung vom Imperialismus erleichtert und den Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft fördert. Dazu gehört die Beseitigung der politischen Einmischung, z.B. im Rahmen des NATO-Bündnisses, ebenso wie die Forderung nach Schuldenstreichung oder nach Beseitigung der Auflagen der Kredite des Internationalen Währungsfonds, wie sie von der 3. Welt auf der letzten IWF-Konferenz gestellt wurde. Solche Forderungen schaffen vor allem den türkischen Arbeitern und Bauern Luft, ihre Interessen durchzusetzen, gegenüber welcher Regierung auch immer.

Die Forderung nach Einrichtung einer Kommission unter diplomatischem Schutz der Bundesregierung ist hingegen eine direkte Aufforderung an die Bundesregierung, sich in der Türkei politisch einzumischen und das auch noch als Eintreten für Menschenrechte zu verkaufen. Die Bundesregierung gehört gerade zu den Hauptverantwortlichen für die Lage in der Türkei. Sie hat mittels IWF die Demirel-Regierung zur Abwertung der Lira, zur Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel und zu Lohnstopp gezwungen. Wie sollte dieses Programm durchgesetzt werden, wenn nicht durch Beschneidung der Rechte der Arbeiterklasse und aller Teile des Volkes, sei es auch gewaltsam, wie jetzt geschehen? Die Einmischung der Bundesregierung in die Angelegenheiten des türkischen Volkes kann nur negative Auswirkungen für das türkische Volk haben. Man sollte sie nicht noch fordern.

Weiter wird vertreten, die Militärjunta sei faschistisch und direkt von den US-Imperialisten eingesetzt. Dagegen spricht einiges. Die Machtübernahme wurde von der Militärjunta mit der Notwendigkeit begründet, ,,die Integrität des Landes zu bewahren, seine nationale Einheit und Geschlossenheit zu sichern, einem möglichen Bürgerkrieg zuvorzukommen und das Ansehen des Staates wiederherzustellen sowie die Ursachen zu beseitigen, die ein normales Funktionieren der demokratischen Ordnung stören.''

Bei der Durchführung dieser Ziele könnte die Militärjunta sich durchaus auf größere Teile des Volkes stützen. Das hat auch nichts mit Faschismus zu tun. Fraglich ist allerdings, ob die Junta diese Ziele verwirklichen will und wie lange die Rechte des Volkes wie Streikrecht, Pressefreiheit, Versammlungs- und Organisationsfreiheit noch beseitigt bleiben. Außenpolitisch kann man auch nicht davon sprechen, daß die Junta einfach nur Anhängsel der USA und der BRD sei. Sie hat ,,das Bestehen von militärischen Stützpunkten und Objekten auf türkischem Territorium als ernste Gefahr'' bezeichnet, das ,,auch die Aufnahme normaler Beziehungen zu nichtpaktgebundenen Ländern stört.'' Weiter tritt sie ein für die ,,vollständige Befreiung der von Israel besetzten arabischen Gebiete und Jerusalems'' sowie für das ,,Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Palästina''. Juntachef Evren hat sich gegen die geplanten U-2-Flüge am türkischen Himmel, die bei SALT 2 in Wien zwischen den USA und der UdSSR ausgehandelt wurden, ausgesprochen. Diese Forderungen der Militärjunta sind berechtigt und nützen den Völkern der Welt. Mit Pauschalurteilen kommt man nicht weiter.

# HDW ist bis 1983 ausgelastet

## Einige Tatsachen über die ,,Beschäftigungsprobleme'' der Werft

*pes.* Zu einer großangelegten Propagandaschlacht hat sich der Streit um den Bau der U-Boote für Chile in den bürgerlichen Medien entwickelt. Es ist ein schlechter Verdienst des Betriebsausschusses und seit dem 6.1. auch der Mehrheit des HDW-Betriebsrats, diesen Streit mit der Alternative entweder Bau der U-Boote oder nächstes Jahr keine Arbeit angeheizt zu haben.

Der Auftragsbestand der HDW betrug zu Ende des Geschäftsjahres 1979/80 elf Handelsschiffe mit einem Lieferwert von 640 Mio. DM, sowie 12 Kriegsschiffe im Wert von 1207 Mio. DM, zusammen mehr als 1,8 Mrd. DM. Damit ist das Volumen des Auftragsbestandes für Neubauten um 500 Mio. DM höher als im Jahr zuvor. Bedenkt man, daß im letzten Jahr die Aufträge für Reparaturen und Umbauten sowie den sonstigen Fertigungsbereichen 50% des Gesamtumsatzes ausmachten, kann man ermessen, daß der Salzgitter-Vorsitzende Pieper bestimmt recht hat, wenn er sagt, daß die ,,Beschäftigung bei HDW bis 1983 gesichert'' sei. U-Boot-Aufträge aus Dänemark, Norwegen, Indien stehen noch in Verhandlungen. Während im letzten Jahr der Umsatz um 3,4% auf 1,1 Mrd. DM stieg, ist die Zahl der bei HDW-Beschäftigten um 229 (2%) gefallen. Gleichzeitig sank die Anzahl der Fertigungsstunden durch ,,eigene Arbeitskräfte'' um 4,5% bei gleichzeitiger Steigerung des Anteils der durch Fremdarbeiter geleisteten Fertigungsstunden um 27%, so daß diese jetzt einen Anteil von 10% ausmachen.

Die Geschichte, daß demnächst eintausend Arbeitsplätze gefährdet seien, hat so seine Grundlage nicht in den Tatsachen, sondern in dem Rechenexempel des HDW-Geschäftsführers Henke, der festgestellt hat, daß der Wegfall von zwei U-Booten ,,den direkten Beschäftigungsausfall einer Jahreskapazität'' habe.

Anläßlich der sich überschlagenden Solidarität aller Reaktionäre mit den HDW-Arbeitern muß man auch diesem Streik einiges von dem ihm angedichteten Mystizismus nehmen. Die einstündige Arbeitsniederlegung eine Stunde vor Feierabend wurde weder durch einen Beschluß des Vertrauensleutekörpers des Bereichs noch durch einen Beschluß des Betriebsrats getragen. Eingeleitet wurde sie lediglich durch ein Telegramm des Betriebsausschusses an Helmut Schmidt. Der Streik selbst bestand in einer bezahlten Stunde früher Feierabend, und einige CDU-Leute und sicher auch dieser und jener Betriebsrat ließen sich mit mit dem Schild ,,Stoppt Gansel'' vor dem Tor des Werks Süd für die Zeitung ablichten. Im Werk selbst gibt kaum einer was auf diesen Streik und der Gedanke läßt sich nicht von der Hand weisen, daß Otto Böhm die Betriebsratswahlen vorbereitet. In diesem Monat wird der Vertrauensleutekörper sich dazu äußern und auf der Betriebsversammlung steht der Punkt auf der Tagesordnung. Man wird dann klarer sehen.

Auch wenn es nötig ist, die Propaganda um die Arbeitsplatzsicherung ins rechte Licht zu rücken, ist damit natürlich das Problem der Waffenlieferungen in Länder der dritten Welt, wie das konkrete Problem Chile nicht geklärt. Diejenigen Teile der demokratischen Bewegung und der Gewerkschaftsbewegung, die diesen Waffenexport unterbinden wollen, tun das, weil sie meinen, es unterstütze den Kampf des chilenischen Volkes gegen das reaktionäre Pinochet-Regime.

Darüber kann man geteilter Meinung sein. Wenn aber Teile dieser Bewegung die Einstellung jeglicher Waffenlieferung an Länder der dritten Welt fordern, so läuft das auf die Entwaffnung dieser Länder gegenüber dem Imperialismus hinaus, und endet bei Gansel, der meint, die sollten erstmal essen bevor sie schießen, und der Verbot des Export von Waffen würde diesen Erkenntnisprozeß beschleunigen. Prinzipiell muß man dafür sein, daß die Länder der dritten Welt Waffen bekommen, wenn sie das wünschen, weil sie diese im Kampf gegen den Imperialismus brauchen. Gleichzeitig bin ich dafür, daß man den Export von Waffen an Regimes, die sich im Bürgerkrieg gegen das eigene Volk befinden oder gegenüber anderen Völkern Aggressionen verüben, wie Vietnam, Südafrika oder El Salvador, verhindert. Bei Chile ist das gegenwärtig nicht der Fall. Diese Feststellung stellt aber nur die Aufgabe, die Lage in Chile konkret zu untersuchen.



Im Herbst 1980 führte die ÖTV in den Krankenhäusern Stade, Buxtehude, Zeven und Bremervörde eine Umfrage unter den Beschäftigten zur Arbeitssituation durch. Die ersten Ergebnisse liegen mittlerweile vor. Neben der zunehmenden Arbeitsbelastung wird die mangelnde Fortbildung angesichts der ständigen medizinischen Entwicklungen kritisiert.

# Stellenstopp und Stundenkürzung

## Sonderschullehrer greifen Klose an / Aktionen der GEW geplant

*two.* Folgende Auswirkungen werden die „Bewirtschaftungsmaßnahmen" von Finanzsenator Nölling für den Bereich der Behörde für Schule und Berufsbildung haben:

1. Ab 1.3.81 bis 31.7.81 wird keine freiwerdende Stelle nachbesetzt. Ausgenommen davon sind die Stellen, die durch Mutterschaftsurlaub frei werden.
2. Ab 1.2.81 wird die Kürzung der Pflichtstundenzahl für Berufsschullehrer um 1 Stunde (von 24 auf 23) durchgeführt.
3. Die Stundenkürzungen (1 Schülerstunde) aus dem letzten Schuljahr bleiben in den Gesamtschulen nur für die Klassen 7 bis 10 bestehen. Neue Kürzungen werden in den Haupt- und Realschulen für die Klassen 8 bis 10 vorgenommen. Die Kürzungen für die Oberstufe werden aufgehoben.
4. 103 vorgesehene Stellen zum 1.2.81 werden gesperrt und nicht besetzt. Sie waren vor allem für Ausländerförderung vorgesehen.

Eingestellt zum 1.2.81 sollen insgesamt 165 Lehrer werden. Aufgeteilt nach Abteilungen: 37 für Haupt- und Realschulen, 51 für Gymnasien, 59 für Berufsschulen, 9 für Gesamtschulen (jedoch ausschließlich Gymnasiallehrer mit Mangelfächern), 9 für Sonderschulen.

In der 2. Phase der Lehrerausbildung sollen zum 1.2.81 652 Referendare eingestellt werden. 163 im Bereich Haupt- und Realschulen, 131 für Sonderschulen, 250 für Gymnasien und 108 für Berufsschulen. Je nach Schule verschieden, spricht die GEW neben zu hohen Klassenfrequenzen von Lehrerfehlstunden von 20 – 200 Stunden pro Schule in Hamburg. 607 allgemeinbildende Schulen gibt es in Hamburg (noch).

Selbst wenn man pro Schule den niedrigsten Fall von Lehrerfehlstunden annimmt, können die 165 zur Einstellung vorgesehenen Lehrer nicht einmal 27% der Fehlstunden abdecken.

10 Sonderschulreferendare haben Bürgermeister Klose zum Neujahrsempfang einen Besuch abgestattet. "Sie werden verstehen, daß gerade auch im Interesse unserer behinderten Schüler uns ein „Prosit Neujahr!" im Halse stecken bleibt ...", lautet es in einem Brief der Referendare angesichts des faktischen Einstellungsstopps im Sonderschulbereich. Klose wird aufgefordert, bis zum 15.1. zu folgenden Erfahrungen der Referendare im Sonderschulbereich Stellung zu nehmen: „– hoher Unterrichtsausfall wegen ungenügend besetzter Planstellen; Wegfall wesentlicher Therapie- und Fördermaßnahmen, was für viele Kinder lebenslange Nachteile mit sich bringt; keine gezielten Maßnahmen zur Vor- und Nachbereitung schulischer Förderung (Stichwort: Integration) sowie für behinderte Kinder ausländischer Arbeitnehmer."

Zum 1.2.81 plant die GEW Aktionstage gegen die Lehrerarbeitslosigkeit. Umfassen sollen diese Aktionen einen Sitzstreik arbeitsloser Lehrer vor der Schulbehörde, Informationstische in der Innenstadt und Flugblattaktionen der Betriebsgruppen vor ihren Schulen, die Schüler und Eltern über dieses Thema aufklären. Im weiteren ist eine zentrale Veranstaltung der GEW mit Bürgerschaftsvertretern Ende Januar geplant.

# Zwischenlager – ein gefährliches Experiment

## Das Naßlagerkonzept wurde in ein Trockenlagerkonzept umgewandelt

*heh.* Am 28. Januar soll in Lüchow die öffentliche Anhörung für das atomare Zwischenlager in Gorleben beginnen. Für das Zwischenlager in Ahaus rechnet die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstäben (DWK) im Herbst 1981 mit der Fortsetzung des 1978 abgebrochenen Erörterungstermins. Das Genehmigungsverfahren für das Lager in Gorleben soll nach §6 des Atomgesetzes, also ohne öffentliche Bürgerbeteiligung durchgeführt werden (Anhörungstermin).

Bei den 2 weiteren, geplanten Zwischenlagern soll hingegen nach §7 verfahren werden. Bei Stade und bei Würgassen befinden sich bereits AKWs; die Pläne für die „Erweiterung dieser Anlagen" müssen öffentlich ausgelegt werden und die Einwände können von den Bürgern erhoben werden.

Bevor die DWK mit ihrem Konzept der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Gorleben vorerst scheiterte, waren zentrale Zwischenlager für zunächst Ahaus und dann auch Stade von der NWK beantragt worden. Vorgesehen waren Naßlager, d.h. die abgebrannten Elemente lagern in einem Wasserbecken; bei Ausfall der Wasserkühlung würde das Wasser verdampfen, und es dann zu einem Kernschmelzunfall kommen können. Es sollten 500 t (später 1500 t) in Ahaus und in Stade 600 t Atommüll aus abgebrannten Brennstäben gelagert werden. – In Ahaus mußte der Rat der Stadt das Zwischenlager zunächst ablehnen; in Stade mußte die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) ihren Antrag bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig offiziell zurückziehen.

Auf dem Gorleben-Hearing im März 79 zogen die Betreiber das Naßlagerkonzept zurück und legten stattdessen ein Trockenlagerkonzept vor. Das Erstaunen war groß, denn – noch zwei Monate vorher war erklärt worden, daß kein solch „inhärent sicheres Lager" vorgesehen sei. (W. Schüller, Geschäftsführer WAA Karlsruhe)

Was ein Funktionär der AKW-Betreiber unter einem „sicheren Lager" versteht, dürfte ausgiebig bekannt sein. Gehen wir trotzdem darauf ein: Inhärent heißt nach Brockhaus: *unlösbar anhaftend*, auch: innewohnend. Mit einem „inhärent sicheren Lager" umschreibt hier der Geschäftsführer der WAA in Karlsruhe das, was andere seines Schlages bereits offen zugeben mußten: Einem Trockenlager dieses Konzeptes *haftet (unlösbar) an* der Widerspruch, daß entweder die Luftzufuhr (d.h. die Kühlung) gesichert ist, was mit vielen Öffnungen in der Hallenwand und im Dach erreicht wird, dann ist es aber ungeschützt gegen Einwirkungen von außen, z.B. Absturz eines Flugzeuges, – oder aber das Lager ist z.B. unterirdisch, dann können Luftschächte verstopft oder verschüttet werden, bzw. bei überirdischer Bauweise gilt, je dicker die Wände und die Decke der Halle desto schlechter die Wärmeabfuhr aus Trümmern, wenn sie doch zerstört werden sollte. – Dieser Widerspruch dürfte lösbar, aber vermutlich den Betreibern zu teuer sein.

Bei der Trockenlagerung sollen die abgebrannten Elemente in die bei Transporten üblichen Behälter (TB) gelegt und die TBs dann in einer Halle abgestellt werden. Die Kühlung soll durch vorbeistreichende Luft erfolgen (Innentemperatur der TB rd. 300°, außen rd. 80° Cel.).

Sie geben daher zu, daß ihr Konzept unsicher ist gegen äußere Einwirkungen, verweisen dann aber darauf, daß die Behälter *selbst*, bei einer Wandstärke von 40 cm (Sphäroguß (-eisen)), einem Aufprall widerstehen. Geprüft wurden diesbezüglich bisher einzelne Behälter, indem ein Geschoß von 1 t Gewicht mit einer Geschwindigkeit von 400 m/sec auf sie abgefeuert wurde. Ein Phantomflugzeug der Bundeswehr z.B. wiegt aber 20 t und fliegt über 600 m/sec; die Aufprallwucht ($m \cdot v^2$) ist somit 80-mal größer.

Die Halle des Trockenlagers in Stade soll lt. NWK (vom 6.3.80) folgende Abmessungen haben – in Klammern sind die Abmessungen der Halle für Ahaus hinzugefügt: rd. 100 m (104 m) lang, rd. 34 m (38 m) breit, 22 m (20 m) hoch. Nahezu die gleichen Abmessungen hat die für Gorleben vorgesehene Halle.

Die Trockenbehälter (TB) sind ebenfalls gleich (Typ Castor I). Allerdings sollen in Ahaus 210 TBs und in Stade nur 91 TBs in der Halle aufgestellt werden, obwohl rd. 200 TBs hineinpassen würden – jedenfalls sollen das die Stader glauben. So wäre in Ahaus ein *zentrales* und in Stade ein Lager *nur* für den „eigenen" Atommüll (lt. Stadtdirektor Dr. Schneider) vorgesehen.

In 210 TBs passen rd. 500 t Atommüll; in Stade will die NWK also rd. 450 t (anstatt der 18 t/Jahr anfallenden Menge, was der Menge von 7 Jahren = 126 t ausmachen würde) abstellen. Hinzu kommt, daß die Halle in Ahaus nur die 1. Baustufe ist und in der Endstufe 3 Hallen dort stehen sollen. Platz für 2 weitere Hallen hat die NWK auf ihrem Gelände auch, und dann liegen statt 126 t rd. 1500 t in Stade.

Auch hinsichtlich des Fertigstellungstermines fischt die NWK im Trüben. Zunächst heißt es
ab 1985 (22.2.80), dann
ab 1987 (6.3.80) und
schließlich vor dem Kreisausschuß
ab 1982 (7.3.80)

Die NWK gehört mit 2/3 der Aktien der Preussag (Preußische Elektrizitäts AG), die wiederum mit über 80% der VEBA gehört, und deren Kapital schon 1969 mehrheitlich in „privaten Händen lag". Auch die STEAG ist mit der VEBA verflochten. – Benningsen-Foerder, Vorsitzender der VEBA, im Stern Nr. 46/1979: „Aber der Vorstand der VEBA muß das Kapital, daß ihm anvertraut ist, verzinsen."

Die niedersächsische Landesregierung scheint sich viel vorgenommen zu haben, zumindest nach der Ankündigung der Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (22.12.80): 13 Standorte für große Kernkraftwerke nannte sie. „Altbaustandorte" Emden, Außenweser, Cuxhaven, Winsen, Bleckede, Elbe-Seitenkanal, Allermündung, Nienburg und Lingen.

Am 10./11.1.80 findet die Atommüll-Konferenz der Bürgerinitiativen statt. Parallel dazu tagt die Arbeitsgruppe „Baulinie 80". Die Arbeitsgruppe Energiepolitik hat sich vorgenommen, eine Broschüre zu erstellen, die an alle Haushalte in der BRD verteilt wird.

Abluft
Kranträger
Transportbehälter „Castor"
Zuluft

Querschnitt Trockenlagerhalle

Ladenpassagen in Hamburg
unternehmen, die jährlich 30 Mrd. DM
die Fachschaft daraufhin eine Anfrage
pro Einzelfahrschein und 5 DM pro
Sonntag, 18.1.1981

durch Mutterschaftsurlaub frei werden.
2. Ab 1.2.81 wird die Kürzung der Pflichtstundenzahl für Berufsschullehrer um 1 Stunde (von 24 auf 23) durchgeführt.
3. Die Stundenkürzungen (1 Schülerstunde) aus dem letzten Schuljahr bleiben in den Gesamtschulen nur für die Klassen 7 bis 10 bestehen. Neue Kürzungen werden in den Haupt- und Realschulen für die Klassen 8 bis 10 vorgenommen. Die Kürzungen für die Oberstufe werden aufgehoben.
4. 103 vorgesehene Stellen zum 1.2.81 werden gesperrt und nicht besetzt. Sie waren vor allem für Ausländerförderung vorgesehen.

Eingestellt zum 1.2.81 sollen insgesamt 165 Lehrer werden. Aufgeteilt nach Abteilungen: 37 für Haupt- und Realschulen, 51 für Gymnasien, 59 für Berufsschulen, 9 für Gesamtschulen (jedoch ausschließlich Gymnasiallehrer mit Mangelfächern), 9 für Sonderschulen.

In der 2. Phase der Lehrerausbildung sollen zum 1.2.81 652 Referendare eingestellt werden. 163 im Bereich Haupt- und Realschulen, 131 für Sonderschulen, 250 für Gymnasien und 108 für Berufsschulen. Je nach Schule verschieden, spricht die GEW neben zu hohen Klassenfrequenzen von Lehrerfehlstunden von 20 – 200 Stunden pro

10 Sonderschulreferendare haben Bürgermeister Klose zum Neujahrsempfang einen Besuch abgestattet. "Sie werden verstehen, daß gerade auch im Interesse unserer behinderten Schüler uns ein „Prosit Neujahr!" im Halse stecken bleibt ...", lautet es in einem Brief der Referendare angesichts des faktischen Einstellungsstopps im Sonderschulbereich. Klose wird aufgefordert, bis zum 15.1. zu folgenden Erfahrungen der Referendare im Sonderschulbereich Stellung zu nehmen: „– hoher Unterrichtsausfall wegen ungenügend besetzter Planstellen; Wegfall wesentlicher Therapie- und Fördermaßnahmen, was für viele Kinder lebenslange Nachteile mit sich bringt; keine gezielten Maßnahmen zur Vor- und Nachbereitung schulischer Förderung (Stichwort: Integration) sowie für behinderte Kinder ausländischer Arbeitnehmer."

Zum 1.2.81 plant die GEW Aktionstage gegen die Lehrerarbeitslosigkeit. Umfassen sollen diese Aktionen einen Sitzstreik arbeitsloser Lehrer vor der Schulbehörde, Informationstische in der Innenstadt und Flugblattaktionen der Betriebsgruppen vor ihren Schulen, die Schüler und Eltern über dieses Thema aufklären. Im weiteren ist eine zentrale Veranstaltung der GEW mit Bürgerschaftsvertretern Ende Januar geplant.

Ahaus und in Stade 600 t Atommüll aus abgebrannten Brennstäben gelagert werden. – In Ahaus mußte der Rat der Stadt das Zwischenlager zunächst ablehnen; in Stade mußte die Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) ihren Antrag bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig offiziell zurückziehen.

Auf dem Gorleben-Hearing im März 79 zogen die Betreiber das Naßlagerkonzept zurück und legten stattdessen ein Trockenlagerkonzept vor. Das Erstaunen war groß, denn – noch zwei Monate vorher war erklärt worden,

gelegt und die TBs dann in einer Halle abgestellt werden. Die Kühlung soll durch vorbeistreichende Luft erfolgen (Innentemperatur der TB rd. 300°, außen rd. 80° Cel.).

Sie geben daher zu, daß ihr Konzept unsicher ist gegen äußere Einwirkungen, verweisen dann aber darauf, daß die Behälter *selbst*, bei einer Wandstärke von 40 cm (Sphäroguß (-eisen)), einem Aufprall widerstehen. Geprüft wurden diesbezüglich bisher einzelne Behälter, indem ein Geschoß von 1 t Gewicht mit einer Geschwindigkeit von 400 m/sec auf sie abgefeuert wurde. Ein Phantomflugzeug der Bundeswehr

Abluft
Kranträger
Transportbehälter „Castor"
Zuluft

Querschnitt Trockenlagerhalle

lungstermines fischt die NWK im Trüben. Zunächst heißt es
ab 1985 (22.2.80), dann
ab 1987 (6.3.80) und
schließlich vor dem Kreisausschuß
ab 1982 (7.3.80)

Die NWK gehört mit 2/3 der Aktien der Preussag (Preußische Elektrizitäts AG), die wiederum mit über 80% der VEBA gehört, und deren Kapital schon 1969 mehrheitlich in „privaten Händen lag". Auch die STEAG ist mit der VEBA verflochten. – Benningsen-Foerder, Vorsitzender der VEBA, im Stern Nr. 46/1979: „Aber der Vorstand der VEBA muß das Kapital, daß ihm anvertraut ist, verzinsen."

Die niedersächsische Landesregierung scheint sich viel vorgenommen zu haben, zumindest nach der Ankündigung der Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (22.12.80): 13 Standorte für große Kernkraftwerke nannte sie. „Altbaustandorte" Emden, Außenweser, Cuxhaven, Winsen, Bleckede, Elbe-Seitenkanal, Allermündung, Nienburg und Lingen.

Am 10./11.1.80 findet die Atommüll-Konferenz der Bürgerinitiativen statt. Parallel dazu tagt die Arbeitsgruppe „Baulinie 80". Die Arbeitsgruppe Energiepolitik hat sich vorgenommen, eine Broschüre zu erstellen, die an alle Haushalte in der BRD verteilt wird.

## Ladenpassagen in Hamburg als Kapitalanlage

*ulh.* Das Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr an der Universität München hat die unterschiedlichen Tagesausgaben von Geschäfts- und Kongreßreisenden in Großstädten der BRD untersucht. Hamburg rangiert da ganz unten: Stuttgart 71,90 DM, München 58,50 DM, Düsseldorf 36,30 DM, Berlin 17,90 DM und Hamburg 5,20 DM. Darin, daß Hamburg „keinen Ruf als Shopping-Stadt" hat, haben große Kapitalgesellschaften Höchstprofite gewittert. Von 1978 bis 1980 sind in der Hamburger City 5 riesige Ladenpassagen zwischen dem Rathaus und dem Gänsemarkt entstanden. Bauträger sind vorwiegend große Versicherungsunternehmen, die jährlich 30 Mrd. DM Vermögenswerte anzulegen haben. Den Anteil ihrer Anlagen in Ladenpassagen haben sie ausgedehnt, seitdem die Anlage im privaten Wohnungsbau – früher ihr bevorzugtes Anlagegebiet – nicht mehr profitabel genug ist. Folgende Ladenpassagen mit insgesamt 25200 qm Verkaufsfläche sind in den letzten 2 Jahren gebaut worden. **1980: Hanseviertel,** 9400 qm Verkaufs-, 5800 qm Bürofläche, Bauträger (Allianz Versicherungs-AG); **Bürgerhof,** 1800 qm Verkaufs-, 2500 qm Bürofläche, (Elbe GmbH Hamburg). **1979: Gänsemarktpassage,** 6000 qm Verkaufs-, 8000 qm Bürofläche, (Hamburg-Mannheimer-Versicherungs-AG), **Hamburger Hof,** 5000 qm Verkaufs-, 9400 qm Bürofläche, (Iduna Vereinigte Lebensversicherungs-AG). **1978: Kaufmannshaus,** 3000 qm Verkaufs-, 15000 qm Bürofläche (British Petroleum Pension Trust Ltd. London). (Alle Angaben „Hamburger Wirtschaft" 12/80, S. 20)

**Kommunistische Volkszeitung**

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: 2000 Hamburg 50, Kleine Rainstraße 21, Tel. 040/ 39 49 04; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer ; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Die Zeitung erscheint wöchentlich und kostet ab 1/1981 als Einzelexemplar 1 DM, Jahresabonnement 50 DM, Halbjahresabonnement 25 DM, Vierteljahresabonnement 13 DM (zuzüglich Postgebühren, z.Zt. als Postvertriebsstück für das Inland 0,159 DM pro Ausgabe) – Verlängerungen oder Neubestellungen erbitten wir an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234.

## Kieler Universität: Maßnahmen gegen Mittelkürzungen

*gej.* In der letzten Woche hat das Präsidium der Universität die Forderung der Fachschaft Agrarwissenschaften abgelehnt, daß eine studentische Hilfskraft im Praktikantenamt eingestellt wird zur Betreuung der Studenten während ihres Betriebspraktikums. Als Begründung gab das Präsidium die angespannte Finanzlage an und ließ heraus, daß 1981 keine Neueinstellung von Hilfskräften vorgesehen sei. Als die Fachschaft daraufhin eine Anfrage im Fachbereichskonvent stellte, welchen Umfang die Stellen- und Mittelkürzungen annehmen werden, wurde der Punkt ‚Haushalt' kurzerhand unter Ausschluß der Öffentlichkeit behandelt. Hinter verschlossenen Türen sollen die Mittelkürzungen im Hochschulbereich durchgesetzt werden. Während von 1980 bis 1981 (jeweils Wintersemester) eine Steigerung der Studentenzahlen von 3,6% an der CAU veranschlagt wird, wird dieser Steigerung im gleichen Zeitraum geradezu ein Nullwachstum an Personalstellen von 0,8% gegenübergestellt. Die Uni-VV hat den Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaft aufgefordert, auf der Mitgliederversammlung im Februar bundesweite Maßnahmen gegen die Regierungspläne zu beschließen. Die Fachschaftsgruppenliste bringt in dieser Woche einen Aufruf zur Aktionseinheit gegen die Mittelkürzungen heraus.

## Das fehlt noch – städtische Politessen

*abc.* Zur Entlastung der Polizei will der Dezernent des Ordnungsamtes Kiel 10 Planstellen für die Polizei beantragen. Sie sollen den ruhenden Verkehr in der Innenstadt kontrollieren. Die Politessen der Polizei sollen jedoch nicht arbeitslos werden, sondern die Außenbezirke Kiels überwachen. Dieser Plan entspricht dem Konzept der Stadt, den Individualverkehr ganz aus der Innenstadt zu verbannen, ohne den öffentlichen Nahverkehr zu verbessern oder gar zu verbilligen. Im Gegenteil sind schon Preiserhöhungen von 10 Pfg. pro Einzelfahrschein und 5 DM pro Schülerkarte bei der KVAG für Juli 81 ins Auge gefaßt. Wie alle Kommunen klagt auch Kiel über Steuerausfälle und geringere Finanzzuweisungen. Die Einnahmen sollen um rund 10 Mio. DM niedriger sein als erwartet. Die Haushaltsberatungen sind aufgrund dieser Lage auf den Februar verschoben worden, um weitere Einsparungsmöglichkeiten zu erkunden. Dabei stellt sich die Stadt in die Reihe derjenigen, die dieses Problem auf Kosten der sozialen Leistungen und der Beschäftigten im öffentlichen Dienst lösen wollen.

## Veranstaltungskalender

**Mittwoch, 14.1.81**

**Hamburg:** Probe der Musikgruppe und Besprechung der „Proletenpassion" von den Schmetterlingen, 19 Uhr, Ort im Büro zu erfragen.

**Hamburg:** „Erfahrungen Hamburger Mieterinitiativen in Sanierungsausschüssen", Veranstaltung der hamburger Mieterinitiativen, 19.30 Uhr im Hamburg-Haus Eimsbüttel, Doormannsweg

**Donnerstag, 15.1.1981**

**Hamburg:** Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, Arbeitsgruppe „Deutsche Geschichte", Thema: Der innere Zusammenhang der Quellenhefte zur deutschen Geschichte, 20 Uhr, Eimsbüttler Krug, Osterstraße 5

**Sonntag, 18.1.1981**

**Kiel:** Öffentliche Schulung von „Lohn, Preis, Profit", Karl Marx. Ort: Alte Mensa, Kieler Universität. Zeit: 9.00Uhr

**Montag, 19.1.1981**

**Hamburg:** Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung. Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt. Thema: Die Theorie der Drei Welten, 20 Uhr, Eimsbüttler Krug, Osterstraße 5

**Lateinamerika-Woche vom 12.-17. Januar**

**Hamburg:** Filmveranstaltungen im Metropolis, Dammtorstraße 30, Beginn jeweils 19.00 Uhr, anschließend Diskussion, Dokumentarfilme aus Lateinamerika
Freitag um 17.30 Uhr im Martin Luther King Haus: Workshops zu folgenden Themen: Frauen in Lateinamerika, Befreiungsbewegungen u.a. Um 20.00 Uhr findet eine Podiumsdiskussion statt.
Samstag um 18.30 Uhr im Audimax der Universität Hamburg: Großveranstaltung für El Salvador.
Veranstalter: Lateinamerikagruppen in der ESG Hamburg.

**Sonntag, 8.2.1981**

**Kiel:** Öffentliche Schulung von „Bürgerkrieg in Frankreich", Karl Marx. Ort: Alte Mensa, Kieler Universität. Zeit: 9.00 Uhr.

# Der Künstler Daumier

## Beschwörer des Menschlichen oder radikaler Demokrat?

*hen/frn.* Noch bis zum 18. Januar 1981 werden in der Kieler Kunsthalle Einblicke in das reichhaltige Schaffen des französischen Künstlers *Honoré Daumier* (1808-1879) ausgestellt. Der Besuch ist lohnend. Er regt gleichzeitig zur Auseinandersetzung an. Die Ausstellung orientiert sich eng an der Bremer Ausstellung von 1979. Der Leiter der Bremer Kunsthalle, Dr. Jürgen Schultze neigt in dem Bremer Ausstellungskatalog zu dem Glauben, daß sich Daumiers *Erregung nicht oder nicht nur am Sichtbaren dieser Welt ( . . . ) entzündet ( . . . ) sondern an der Leidenschaft des Gefühls, das im sozialen Denker lebt* und warnt davor, sich *allzutief* einzulassen auf *Anspielungen politischer Art*. Daumier hätte *menschliche Laster und Dummheit* geißeln wollen, die unter *allen Regierungen und in allen Zeiten immer gleich (bleibe)*. Angesichts solcher Daumier-Ausstellungen fragt sich der Kunstkritiker *Michel Melot* einmal zu Recht: *Was sieht man normalerweise in diesen Ausstellungen? Sicherlich keine illustrierten Zeitungen, statt dessen ausgewählte Drucke, sorgfältig eingerahmt, auf weißem Papier, mit großem Rand und, wenn möglich, mit einer handschriftlichen Anmerkung. Man spricht weder von Antiklerikalismus noch von den Kämpfen gegen die Spekulation, sondern von der Tiefe der Schwärzen und der Kraft der Striche. Man tut so, als lese man die Legenden nicht. Der zufriedene und siegreiche Bürger, während er immer wieder sein Bildnis anschaut, vergißt darüber die beiden gleichen Abwesenden: Daumier, das Volk.*

### *Honore Daumier im Kampf gegen die Julimonarchie (1830-1848)*

Die erste bedeutende Schaffensperiode *Honore Daumiers* fällt in die Zeit der Herrschaft der Julimonarchie von 1830 bis zu ihrem Sturz durch die Februarrevolution von 1848. Daumier zeichnete seit dem Jahre 1832 bis zu den Septembergesetzen (1835), die von der Regierung zur Ausweitung der Pressezensur durchgepeitscht wurden, politische Lithographien für die satirisch-republikanischen, gegen die Julimonarchie gerichteten Zeitschriften LA CARICATURE und LA CHARIVARI. Herausgeber dieser Zeitschriften war *Charles Philipon*.

Lieblingsgegenstand der Satire Daumiers war der ,,Bürgerkönig'' *Louis-Philippe*. Auf einen Einfall Charles Philipons hin setzte Daumier Kopf und Gestalt des Philippe als eine typisch *birnenförmige* Frucht in Szene, die fortan zum Erkennungszeichen wurde. *Charles Baudelaire*, ein Zeitgenosse und Freund Daumiers, beschreibt eine dieser um 1830 entstandenen Lithographien: *Die Freiheit, jung und schön, ihre phrygische Mütze auf dem Haupt, liegt in gefährlichem Schlaf und ahnt nicht, was ihr droht. Ein Mann schleicht heran, der Schlimmes im Schilde führt. Er zeigt den wuchtigen Körperbau eines Großmarkthändlers oder Großgrundbesitzers. Über seinem birnenförmigen Schädel, der von einem breiten Backenbart umrahmt ist, erhebt sich ein ausladendes Toupet. Man sieht den Unhold von hinten, und das Vergnügen, seinen Namen zu erraten, verlieh dem Blatt einen noch höheren Wert. Er nähert sich der jugendlichen Gestalt. Er schickt sich an, sie zu vergewaltigen. – ,,Haben Sie schon zu Nacht gebetet?'' – Es ist Othello Philippe, der die unschuldige Freiheit erwürgt, ungeachtet ihres Schreiens und*

narchie gerichteten Zeitschriften LA CARICATURE und LA CHARIVARI. Herausgeber dieser Zeitschriften war *Charles Philipon*.

Lieblingsgegenstand der Satire Daumiers war der ,,Bürgerkönig'' *Louis-Philippe*. Auf einen Einfall Charles Philipons hin setzte Daumier Kopf und Gestalt des Philippe als eine typisch *birnenförmige* Frucht in Szene, die fortan zum Erkennungszeichen wurde. *Charles Baudelaire*, ein Zeitgenosse und Freund Daumiers, beschreibt eine dieser um 1830 entstandenen Lithographien: *Die Freiheit, jung und schön, ihre phrygische Mütze auf dem Haupt, liegt in gefährlichem Schlaf und ahnt nicht, was ihr droht. Ein Mann schleicht heran, der Schlimmes im Schilde führt. Er zeigt den wuchtigen Körperbau eines Großmarkthändlers oder Großgrundbesitzers. Über seinem birnenförmigen Schädel, der von einem breiten Backenbart umrahmt ist, erhebt sich ein ausladendes Toupet. Man sieht den Unhold von hinten, und das Vergnügen, seinen Namen zu erraten, verlieh dem Blatt einen noch höheren Wert. Er nähert sich der jugendlichen Gestalt. Er schickt sich an, sie zu vergewaltigen. – ,,Haben Sie schon zu Nacht gebetet?'' – Es ist Othello Philippe, der die unschuldige Freiheit erwürgt, ungeachtet ihres Schreiens und

*ihres Widerstands.*

Als im Jahre 1831 die Arbeiter in Lyon eine bewaffnete Erhebung organisieren, weil die Regierung eine Tariffordnung für ihre LEhne verweigert hatte, ergriff Daumier im selben Jahr Pa? tei für diese Aktion der Arbeiter8und geißelte die brutale Niederschlagung des Aufstandes durch die Regierung.

Auf das Erscheinen einer weiteren Lithographie Daumiers mit dem Titel *Gargantua* reagiert die Regierung empfindlich. Sie läßt Daumier zu 6 Monaten Gefängnis und zu 500 Francs Geldstrafe verurteilen. Was die Herrscher der Julimonarchie an dieser ihr gewidmeten Karikatur so erregte, vermeldete die Gerichtszeitung GAZETTE DES TRIBUNAUX am 23. Februar 1832, dem Tage der Verurteilung Daumiers: *Gargantua ( . . . ) sie stellt einen Mann dar, in dessen riesigem Mund der obere Teil einer bis zur Erde hinabreichenden Leiter lehnt. Auf allen Sprossen stehen Diener, die damit beschäftigt sind, in Gargantuas Schlund Säcke voller Taler zu karren, die von einer zerlumpten, ausgemergelten Menschenmenge zu seinen Füßen herbeigeschleppt werden. Rund um ihn sieht man andere Personen, die sich gierig auf alles stürzen, das von den Karren unter die Leiter fällt. Schließlich drängt sich eine große Zahl feingekleideter Leute um Gargantuas Sessel und applaudiert begeistert.*

Daumier gab in seinem grimmigen Angriff auf die Julimonarchie nicht auf. Die GAZETTE DES TRIBUNAUX sah sich gezwungen, am 17. Januar 1833 zu notieren, daß im Gefängnis an den Wänden *Kritzeleien* seien, die Früchte darstellten, *welche weder Äpfel noch Kirschen noch Pfirsiche noch Aprikosen sind.* Schließlich erscheint am 23. Oktober 1834 in LA CARICATURE Honore Daumiers kunstvolle ?erspektive all der *Großen Männer* der Julimonarchie. Im Hintergrund die Giebelaufschrift des Pantheons: *Den großen Männern das dankbare Vaterland.* Im Vordergrund Daumiers Vorschlag, wonach die Honoratioren der Julimonarchie nicht ins Pantheon, sondern an den Galgen gehören. Wenn Daumier Thiers, den Hauptinitiator der Julimonarchie, den akrobatisch gekonnten, aber zwecklosen Versuch voll ausleben läßt, sich der sicheren Schlinge zu entziehen, macht dies Daumiers Spott nur beißender. Zu

*zu karren, die von einer zerlumpten, ausgemergelten Menschenmenge zu seinen Füßen herbeigeschleppt werden. Rund um ihn sieht man andere Personen, die sich gierig auf alles stürzen, das von den Karren unter die Leiter fällt. Schließlich drängt sich eine große Zahl feingekleideter Leute um Gargantuas Sessel und applaudiert begeistert.*

Daumier gab in seinem grimmigen Angriff auf die Julimonarchie nicht auf. Die GAZETTE DES TRIBUNAUX sah sich gezwungen, am 17. Januar 1833 zu notieren, daß im Gefängnis an den Wänden *Kritzeleien* seien, die Früchte darstellten, *welche weder Äpfel noch Kirschen noch Pfirsiche noch Aprikosen sind.* Schließlich erscheint am 23. Oktober 1834 in LA CARICATURE Honore Daumiers kunstvolle ?erspektive all der *Großen Männer* der Julimonarchie. Im Hintergrund die Giebelaufschrift des Pantheons: *Den großen Männern das dankbare Vaterland.* Im Vordergrund Daumiers Vorschlag, wonach die Honoratioren der Julimonarchie nicht ins Pantheon, sondern an den Galgen gehören. Wenn Daumier Thiers, den Hauptinitiator der Julimonarchie, den akrobatisch gekonnten, aber zwecklosen Versuch voll ausleben läßt, sich der sicheren Schlinge zu entziehen, macht dies Daumiers Spott nur beißender. Zu

jenem Zeitpunkt liegt es nur wenige Monate zurück, als Thiers am 10. April 1834 das Gesetz gegen das Versammlungsrecht verabschieden, die daraufhin folgenden Aufstände der Volksmassen blutig niedermachen und die ,,Rädelsführer'' im Mai 1835 von Sondergerichten aburteilen ließ (vgl. Abbildung unten).



,,. . . Sie haben das Wort, erklären Sie sich, Sie sind ein freier Mensch!'' (Szene aus einem Prozeß gegen die Anführer des republikanischen Aufstandes vom April 1834, Prozeß: Mai 1835). – Daumier schuf fast 4000 Illustrationen für verschiedene Zeitungen, die er durchweg ohne Entwürfe mit einer speziellen Kreide direkt auf den Stein, die Druckvorlage, brachte. Die Kompositionen sind alle frei aus dem Gedächtnis angefertigte Bilderfindungen, die in ihrem Ideenreichtum noch heute ein Reservoir für Karikaturisten bilden können. Bei aller freien Erfindung sind seine Gestalten treffend charakterisiert und immer in wahrer Bewegung. Kein Kopf, der nicht zum Körper passen würde.

Honore Daumiers karikaturistischer Angriff beschränkte sich keineswegs auf die *Person* des Bürgerkönigs und seine politischen Lakaien. Er war sich bewußt, daß *nicht die französische Bourgeoisie herrschte unter Louis-Philippe, sondern eine Fraktion derselben, Bankiers, Börsenkönige, Eisenbahnkönige, Besitzer von Kohlen- und Eisenerzbergwerken – die sogenannte Finanzaristokratie. Sie saß auf dem Throne, sie diktierte in den Kammern Gesetze, sie vergab die Staatsquellen vom Ministerium bis zum Tabaksbüro* (K.Marx).

Die industrielle Bourgeoisie stand in der offiziellen Opposition und opponierte um so entschiedener, je uneingeschränkter die Alleinherrschaft der Finanzaristokratie wuchs. Die kleine Bourgeoisie in all ihren Schattierungen, ebenso die Bauern waren vollständig von der politischen Macht ausgeschlossen. Das Proletariat führte etliche Aufstände und Streiks gegen die Julimonarchie durch, die letztlich aber erfolglos blieben.

*Die Julimonarchie war nichts als eine Aktienkompanie zur Exploitation des französischen Nationalreichtums, deren Dividenden sich verteilten unter Minister, Kammern, 240000 Wähler und ihren Anhang. Louis-Philippe war der Direktor dieser Kompanie – Robert Macaire auf dem Throne.(K. Marx)*

Honoré Daumier und Philipon – der die Texte zu Daumiers Serie ,,Robert Macaire'' verfaßte – griffen darin, den Septembergesetzen von 1835 trotzend, die regierende Finanzaristokratie als Urheber der kolossalen Staatsverschuldung an und entlarvten deren Absicht, darüber ihre eigene fabelhaft schnelle Bereicherung durchzusetzen.

Philipon stellte die bis Ende 1838 datierte *Robert Macaire-Serie* Daumiers am 20. August 1836 mit den Worten vor: *( . . . ) dieser Charakter bleibt die beste Personifikation der Zeit. In den Wechselstuben, in der Politik, in Industrie, Literatur und sogar in der Philosophie entdeckt man überall Robert Macaire und Bertrand, das heißt den Betrüger und seinen Gehilfen ( . . . ).*



1834. Aufgehängt von links nach rechts: Argout, Persil (Richter in Daumiers ' Prozeß), Vizeadmiral Gauthier, Graf des Rigny, Thiers, Viennet (?).

DIE IKARUSSE, 1850. Thiers u.a. Abgeordnete sind bei ihrem Versuch, der Sonne des Februar das Licht zu nehmen, wie Ikarus mit geschmolzenen Flügeln gescheitert.

Wenn Daumier zwischen dem Zeitraum 1838 und 1847/48 nur noch selten politische Karikaturen lithographiert, so drückt dies keinen politischen Rückzug aus, sondern ist der nach 1835 noch weiter verschärften Vorzensur und der damit verbundenen Genehmigungspflicht für alle künstlerischen Produktionen wie Zeichnungen, Lithographien, Stiche, Holzschnitte u.a. geschuldet. Die Julimonarchie nahm für diese Maßnahme das am 28. Juli 1836 auf Louis-Philippe erfolgte Attentat zum Anlaß. Daumier versäumte nicht, in dieser Zeit an eine *birnenförmige Frucht* zu erinnern.

### *Daumier und die 48er Revolution in Frankreich*

Mit den Barrikadenkämpfen in Paris am 24. Februar wurde in Frankreich die Revolution von 1848 eingeleitet. Louis-Philippe wurde gestürzt, eine provisorische Regierung eingesetzt, die ,provisorisch' war im eigentlichen Sinne des Wortes; denn sie drückte einen Kompromiß aller gegen die Monarchie opponierenden Klassen aus. Die Arbeiterklasse, das republikanische Kleinbürgertum, die republikanische Bourgeoisie hatten ihre Vertreter in dieser Regierung. Die großen ökonomischen Ereignisse, die den Ausbruch des Mißbehagens beschleunigten, waren die Mißernten der Jahre 1845/46 und die allgemeine Krise von 1847. Diese Ereignisse, an denen Daumiers engster

Philipon stellte die bis Ende 1838 datierte *Robert Macaire-Serie* Daumiers am 20. August 1836 mit den Worten vor: *( . . . ) dieser Charakter bleibt die beste Personifikation der Zeit. In den Wechselstuben, in der Politik, in Industrie, Literatur und sogar in der Philosophie entdeckt man überall Robert Macaire und Bertrand, das heißt den Betrüger und seinen Gehilfen ( . . . ).*

geschmolzenen Flügeln gescheitert.

Wenn Daumier zwischen dem Zeitraum 1838 und 1847/48 nur noch selten politische Karikaturen lithographiert, so drückt dies keinen politischen Rückzug aus, sondern ist der nach 1835 noch weiter verschärften Vorzensur und der damit verbundenen Genehmigungspflicht für alle künstlerischen Produktionen wie Zeichnungen, Lithographien, Stiche, Holzschnitte u.a. geschuldet. Die Julimonarchie nahm für diese Maßnahme das am 28. Juli 1836 auf Louis-Philippe erfolgte Attentat zum Anlaß. Daumier versäumte nicht, in dieser Zeit an eine *birnenförmige Frucht* zu erinnern.

*Daumier und die 48er Revolution in Frankreich*

Mit den Barrikadenkämpfen in Paris am 24. Februar wurde in Frankreich die Revolution von 1848 eingeleitet. Louis-Philippe wurde gestürzt, eine provisorische Regierung eingesetzt, die ,provisorisch' war im eigentlichen Sinne des Wortes; denn sie drückte einen Kompromiß aller gegen die Monarchie opponierenden Klassen aus. Die Arbeiterklasse, das republikanische Kleinbürgertum, die republikanische Bourgeoisie hatten ihre Vertreter in dieser Regierung. Die großen ökonomischen Ereignisse, die den Ausbruch des Mißbehagens beschleunigten, waren die Mißernten der Jahre 1845/46 und die allgemeine Krise von 1847. Diese Ereignisse, an denen Daumiers engster

Freundeskreis selbst beteiligt war, die den Sturz der Herrschaft der Finanzaristokratie bedeuteten, hatten sofort die Sympathien des Künstlers und veranlaßten ihn, erneut die Feder für die politische Karikatur im CHARIVARI zu spitzen. Doch die Hoffnungen, die sich mit dieser ersten Periode der Revolution, die noch die sozialistischen Tendenzen der Arbeiter, wenn auch in nebulöser, unbeholfener Weise zum Ausdruck brachte, wurden mit den Wahlen zur Nationalversammlung im Mai zerschlagen. Es war die Bourgeoisie, die den Sieg davontrug und die *bürgerliche Republik*, die zwangsläufig der bürgerlichen Monarchie folgend; mit der Niederschlagung der Aufstände der über die Entwicklung empörter Pariser Arbeiter im Juni ihr wahres Gesicht zeigte.

Fortan regierte die Militärdiktatur, die die eigentliche Herrschaft der Bourgeois-Republikaner darstellte. Während diese in der gesetzgebenden Versammlung bei der Erstellung einer Verfassung vor sich hin schnarchten, zeichnete sich bereits die vorläufig reaktionäre Wende ab, die in der Wahl des Louis Napoleon im Dezember 1848 ihren Ausdruck finden sollte. Daumier schuf in dieser Zeit die Reihe ,,repräsentierte Repräsentanten'', in der er die Verschroben- und Begrenztheit der Abgeordneten durch die gelungene Darstellung ihrer Physiognomie einer beißenden Kritik unterzog. Die Tendenz der politischen Bewegung, der Schatten einer erneuten Monarchie, die sich durchsetzende Reaktion, die längst begonnen hatte, sich in der *Ordnungspartei* zusammenzufinden, sind Daumier nicht entgangen. Früh

hat er durch seine Lithographien darauf hingewiesen und zur Charakterisierung von Louis Napoleon die Figur des Ratapoil erfunden, der zunächst als lumpenproletarischer Claqueur laut für Napoleon rufend, später als Symbol für diesen selbst und die gesamte Reaktion in den Karikaturen eingesetzt wurde. Damit war die ganze Widersprüchlichkeit der Geschichte genial erfaßt: *Dieser Bonparte, der sich als Chef des Lumpenproletariats konstituiert, der hier allein in massenhafter Form die Interessen wiederfindet, die er persönlich verfolgt, der in diesem Aufwurf, Abfall, Abhub aller Klassén die einzige Klasse erkennt, auf die er sich unbedingt stützen kann, er ist der*

hat er durch seine Lithographien darauf hingewiesen und zur Charakterisierung von Louis Napoleon die Figur des Ratapoil erfunden, der zunächst als lumpenproletarischer Claqueur laut für Napoleon rufend, später als Symbol für diesen selbst und die gesamte Reaktion in den Karikaturen eingesetzt wurde. Damit war die ganze Widersprüchlichkeit der Geschichte genial erfaßt: *Dieser Bonparte, der sich als Chef des Lumpenproletariats konstituiert, der hier allein in massenhafter Form die Interessen wiederfindet, die er persönlich verfolgt, der in diesem Aufwurf, Abfall, Abhub aller Klassén die einzige Klasse erkennt, auf die er sich unbedingt stützen kann, er ist der*

*wirkliche Bonaparte. . . (Marx)*

Die Entwicklung der Jahre 1849-50 läßt sich unter dem Stichwort zusammenfassen: *Reaktion, Nacht, worin alle Katzen grau sind, und die ihnen erlaubt, ihre nachtwächterlichen Gemeinplätze abzuleiern. (Marx)* Die Ordnungspartei, die Vereinigung der beiden großen Fraktionen der Bourgeoisie, dem Großgrundbesitz und dem Kapital, setzte mit dem Schlachtruf ,,Eigentum, Familie, Religion, Ordnung'' eine bis dahin unbekannte Härte der Restauration durch, wie sie sich selber in der Nationalversammlung durchsetzte: Alle – wenn auch beschränkten – Errungenschaften des Februar wurden beseitigt. Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts, Verschärfung der Pressegesetze, Steuergesetze usw. Dieser Partei und ihrer Politik galt Daumiers Hauptangriff, in deren Mittelpunkt immer wieder Thiers stand, der unermüdliche Wasserträger der Reaktion. Doch Louis Bonaparte war des Parlaments, dessen ganze Komödiantenhaftigkeit beständig Gegenstand von Daumiers Karikaturen (,,parlamentarische Idylle'') bildete, überdrüssig. Mit einem Staatsstreich im Dezember 1851 setzte er sich und die ,,imperialistische Restaurationsparodie'' an die Spitze Frankreichs. Damit war die Revolution, deren unmittelbares Ziel eine demokratische Republik sein mußte, gescheitert. Gescheitert an einem schwankenden Kleinbürgertum, der Rückständigkeit der bäuerlichen Kleinproduzenten und der politischen Unbewußtheit und mangelhaften Organisation des französischen Proletariats.

Daumier zwang die Pressezensur im folgenden auf weniger ,unverfängliche' Gebiete des gesellschaftlichen Lebens: *Genrebilder*, die die Charaktere gesellschaftlicher Gruppen beschmunzelten, soziales Elend, das z.B. in Form der ungeheuerlichen Mietzustände angegriffen wurde, usw. Doch bald fand er neue, in beißender Kritik darzustellende Gegner, die internationale Reaktion: Preußen, der russische Expansionismus und der Kolonialismus wurden Gegenstand seiner Werke.

Trotz seines bereits geschwächten Augenlichts nutzt Daumier den ersten selbständigen Aufstand der europäischen Arbeiterklasse, die Pariser Com-

Daumier zwang die Pressezensur im folgenden auf weniger ,unverfängliche' Gebiete des gesellschaftlichen Lebens: *Genrebilder*, die die Charaktere gesellschaftlicher Gruppen beschmunzelten, soziales Elend, das z.B. in Form der ungeheuerlichen Mietzustände angegriffen wurde, usw. Doch bald fand er neue, in beißender Kritik darzustellende Gegner, die internationale Reaktion: Preußen, der russische Expansionismus und der Kolonialismus wurden Gegenstand seiner Werke.

Trotz seines bereits geschwächten Augenlichts nutzt Daumier den ersten selbständigen Aufstand der europäischen Arbeiterklasse, die Pariser Com-

mune 1870, noch einmal, den innenpolitischen Gegner in der Presse zu bekämpfen und die preußische Intervention gegen das revolutionäre Paris zu geißeln. Seine Parteinanme bleibt unzweideutig.



Unser Bild zeigt einen Angehörigen der Rechten, der nach Versailles reist, wohin sich die Reaktion vor dem Aufstand verflüchtigt hatte. Beim Anblick der roten Bahnwärterflagge glaubt er zusammenschreckend, in Versailles sei die Commune ausgerufen worden. (,,Parlamentarische Züge'', 1872)

Literatur: H.Daumier, Kunst und Karikatur, bearb.v.J.Schultze, Bremen 1979; Bildwitz und Zeitkritik 1808-1879, Hrsg.:Landesmuseum Münster, 1978; H.Daumier, Das lithographische Werk, Hrsg.: K.Schrenk, München 1977; R.Passeron, Daumier und seine Ziet, dt. Würzburg 1979; K.Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich; derselbe, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte.

# Lieder aus der neuen polnischen Arbeiterbewegung

Die folgenden Lieder sind einer in Schweden erschienenen Schallplatte entnommen und ins Deutsche übersetzt worden. Es sind alles während der Streikbewegung im Sommer in Danzig vorgetragene und aufgenommene Lieder.

## Polnisches Rezept




Das Lied wird mit 2 Gitarren begleitet. Eine spielt die Unterstimme, die andere die angegebenen Akkorde. Die ersten beiden Strophen des Lieds werden in a-moll gesungen. Danach wird die dritte Strophe um einen Halbton nach oben verschoben und in b-moll gesungen; die vierte in h-moll.

### Polnisches Rezept

Nimm ein bißchen von nichts
und Kümmel und etwas Salz
vermische es mit einer kräftigen Prise
von dem, was es nicht zu kaufen gibt.

Knete es gut durch
bis du nicht mehr kannst.
Rühre dann einige hundert Gramm hinein
von dem, was sich niemand leisten kann.

Back es im Ofen oder brat es im Fett
oder grille es über dem Feuer.
Als Soße etwas, was du gern magst, aber
von dem du nicht einmal träumen kannst.

Bei uns ist das Jedermannsesssen
das in der Schüssel eines jeden ist,
und es ist das eigentliche Geheimnis
hinter dem polnischen Wirtschaftswunder.

### Przepis po polsku

Wziać to czego nie ma
dodać soli i kminku
potem zmieszać z tym czego
chwilowo brak na rynku.

Mieszać dlugo i dokladnie
jak sie znudzi prestać
i posypać tym na co
absolutnie nas nie stać.

Mozna upiec badz usmazyć
lub przypiekać na roznach
polewajac tym o czym
nawet marzyc nie mozna.

Wszyscy u nas to jedza
la kazdego wystarczy
na tym właśnie polega
polski cud gospodarczy.

### Lied über das „zweite Polen"

Die Gläubigen, die glauben, daß sie
in der Partei sein müssen
wegen der Frau, wegen den Kindern,

Wer Krach schlägt, muß verrückt sein!
– alle die werden jetzt „das zweite" bauen,
obwohl das erste besser ist für manche

a-moll gesungen. Danach wird die dritte Strophe um einen Halbton nach oben verschoben und in b-moll gesungen; die vierte in h-moll.

Polnisches Rezept

Nimm ein bißchen von nichts
und Kümmel und etwas Salz
vermische es mit einer kräftigen Prise
von dem, was es nicht zu kaufen gibt.

Knete es gut durch
bis du nicht mehr kannst.
Rühre dann einige hundert Gramm hinein
von dem, was sich niemand leisten kann.

Back es im Ofen oder brat es im Fett
oder grille es über dem Feuer.
Als Soße etwas, was du gern magst, aber
von dem du nicht einmal träumen kannst.

Bei uns ist das Jedermannsesssen
das in der Schüssel eines jeden ist,
und es ist das eigentliche Geheimnis
hinter dem polnischen Wirtschaftswunder.

Przepis po polsku

Wziać to czego nie ma
dodać soli i kminku
potem zmieszać z tym czego
chwilowo brak na rynku.

Mieszać dlugo i dokladnie
jak sie znudzi prestać
i posypać tym na co
absolutnie nas nie stać.

Mozna upiec badz usmazyć
lub przypiekać na roznach
polewajac tym o czym
nawet marzyc nie mozna.

Wszyscy u nas to jedza
la kazdego wystarczy
na tym właśnie polega
polski cud gospodarczy.

Lied über das „zweite Polen"

Die Gläubigen, die glauben, daß sie
in der Partei sein müssen
wegen der Frau, wegen den Kindern,
wegen den Abzahlungen
und wegen dem Fiat 126.

Parteivolk, das zum Altar schleicht
wegen Bezugsscheinen auf Zucker und aufs Paradies.
Alle die werden jetzt „das zweite" bauen,
obwohl das erste besser ist für manche
und schlechter für andere.

Damit es wachsen und erstarken soll,
damit wir besser und besser leben
darf das Volk sich zum Schwitzen
bereit machen,
der eine mit der Schaufel, der andere
im Komitee.

Alle die sagen, daß sich nichts ändern wird:
– Auf der einen Seite Rußland,
auf der anderen Seite Deutschland!
Und vergiß nicht: der polnische Sejm!
Die Juden und die faulen Polen!

Wer Krach schlägt, muß verrückt sein!
– alle die werden jetzt „das zweite" bauen,
obwohl das erste besser ist für manche
und schlechter für andere.

Und wenn „das zweite" wächst und
erstarkt
werden wir besser und besser leben.
Man kauft von einander, was man will.
Der eine mit Westwährung, der andere
im GS-Laden. *

Der Mann mit dem vom Alkohol gezeichneten Gesicht, der vom Plakat blickt:
„Er trinkt – wir bezahlen!"
Frauen, bekümmert und müde,
in einer Warteschlange nach der andern:
„Denn etwas kann ja hereinkommen."
Alle die werden nun „das zweite" bauen,
obwohl das erste besser ist für manche
und schlechter für andere.

* *GS-Laden: Laden der sog. „Bäuerlichen Selbsthilfe", eine Art von Coop-Läden, die die wenigsten und schlechtesten Waren erhalten.*




## Das Lied von Jan aus Gdynia

Das Lied handelt von den Kämpfen im Dezember 1970 in Gdynia (Gdingen) und Gdańsk (Danzig). Die Forderung nach Bestrafung der Verantwortlichen war eine der (unerfüllten) Forderungen der Streikbewegung des letzten Jahres

### Das Lied von Jan aus Gdynia

Jungs aus Grabówek
Jungs aus Chylonia
Heute hat die Miliz Waffen eingesetzt.
Wir standen mutig,
wir warfen treffsicher
aber Jan Wiśniewski fiel.

Man trug ihn auf einer Tür
die Swietojanska entlang
den Bullen und Tanks entgegen.
Jungs, Werftarbeiter,
rächt euren Bruder!
Jan Wiśniewski fiel.

Granaten explodieren, Gas verströmt
Schläge hageln auf die Arbeiter
Es fallen Kinder,
Alte und Frauen,
Und Jan Wiśniewski, er fiel.

Einer verletzt, ein anderer tot.
Die Banditen aus Slupsk * wollen Blut.
Es ist die Partei,
die auf die Arbeiter schießt.
Jan Wiśniewski fiel.

Werftarbeiter aus Gdynia,
Werftarbeiter aus Gdańsk,
geht nach Hause. Die Schlacht ist zu Ende.
Die Welt erfuhr es – aber schwieg.
Jan Wiśniewski fiel.

Weint nicht Mütter, es ist nicht vergebens.
Über den Werften weht eine Fahne
mit dem roten Flor:
Für Brot und Freiheit,
für das neue Polen
fiel Jan Wiśniewski.

* *Die in Gdingen eingesetzten Milizionäre kamen aus Slupsk.*

### Pieśń o Janku z Gdyni

Chlopcy z Grabówka
chlopcy z Chylonii
dzisiaj milicja uzyle broni
dzielnie śmy stali
i celnie rzucali –
Janek Wiśniewski padl.

Na drzwiach ponieśli
po Swietojańska
naprzeciw glinom, naprzeciew tankom.
Chlopcy stoczniowcy
pomścijcie druba –
Janek Wiśniewski padl.

Hucza petardy,
ściela sie gazy
na robotników sypia sie razy
padaja dzieci,
starcy, kobiety –
Janek Wiśniewski padl.

Jeden znamiony
drugi zabity
kowi sie zachcialo sloupchim bandytom.
To partia strzela
do robotników –
Janek Wiśniewski padl.

Stoczniowcy Gdyni
stoczniowcy Gdańska
idzcie do domu, skończona walka.
Swiat sie dowiedzial
nic nie powiedzial –
Janek Wiśniewski padl.

Nie placzcie matko
to nie na darmo
po stocznia sztandar z czerwone kokarda.
:I Za chleb i wolność
i nowa Polske
Janek Wiśniewski padl I:

Schläge hageln auf die Arbeiter
Es fallen Kinder,
Alte und Frauen,
Und Jan Wiśniewski, er fiel.

Einer verletzt, ein anderer tot.
Die Banditen aus Slupsk * wollen Blut.
Es ist die Partei,
die auf die Arbeiter schießt.
Jan Wiśniewski fiel.

Werftarbeiter aus Gdynia,
Werftarbeiter aus Gdańsk,
geht nach Hause. Die Schlacht ist zu Ende.
Die Welt erfuhr es – aber schwieg.
Jan Wiśniewski fiel.

Weint nicht Mütter, es ist nicht vergebens.
Über den Werften weht eine Fahne
mit dem roten Flor:
Für Brot und Freiheit,
für das neue Polen
fiel Jan Wiśniewski.

* Die in Gdingen eingesetzten Milizionäre kamen aus Slupsk.

ściela sie gazy
na robotników sypia sie razy
padaja dzieci,
starcy, kobiety –
Janek Wiśniewski padl.

Jeden znamiony
drugi zabity
kowi sie zachcialo sloupchim bandytom.
To partia strzela
do robotników –
Janek Wiśniewski padl.

Stoczniowcy Gdyni
stoczniowcy Gdańska
idzcie do domu, skończona walka.
Swiat sie dowiedzial
nic nie powiedzial –
Janek Wiśniewski padl.

Nie placzcie matko
to nie na darmo
po stocznia sztandar z czerwone kokarda.
:I Za chleb i wolność
i nowa Polske
Janek Wiśniewski padl I:

## Landschaft nach dem Festmahl

Landschaft nach dem Festmahl

Dieses Lied – das in seinem Stil an eins der Chansons von Jacques Brel erinnert – umfaßt die ganze Periode der polnischen Teilungen. Die erste Strophe beschreibt die Inthronisation von Stanislaw August Poniatowski, Sohn eines polnischen Magnaten, der als Gesandter am Hof in Petersburg es zum Favoriten der

Dieses Lied – das in seinem Stil an eins der Chansons von Jacques Brel erinnert – umfaßt die ganze Periode der polnischen Teilungen. Die erste Strophe beschreibt die Inthronisation von Stanislaw August Poniatowski, Sohn eines polnischen Magnaten, der als Gesandter am Hof in Petersburg es zum Favoriten der Zarin Katharina gebracht hatte und 1764 auf deren Druck hin zum König von Polen ausgerufen wurde. Allgemein geht es um das Kosmopolitentum und die Verkommenheit des hohen Adels, der Polen an die Teilungsmächte Rußland, Preußen und Österreich auslieferte (Erste Teilung Polens 1772). Die zweite Strophe dürfte eine Polemik gegen die bürgerlichen Aufklärer an den Höfen sein, die dem Despotismus die höhere Weihe gaben. Die Zwischenstrophe scheint sich auf die Verfassungs-Proklamation von 1791 zu beziehen., als der polnische Adels-Sejm auf einen Teil seiner Vorrechte verzichtete, um im Schutz der französischen Revolution sich der aufkommenden bürgerlichen Nationalbewegung anzuschließen. Stanislaw August machte als König auch diese Wendung mit, aber „die Botschafter blieben unbewegt. Sie wissen, wie nahe Ehre und Verrat beeinander liegen". – Die dritte Strophe handelt von den großen revolutionären Kämpfen 1794/95, in denen aber die Bauern mit ihren geradegeschmiedeten Sensen als ausschlaggebende Kraft nicht vollständig mobilisiert wurden, da das bürgerliche Programm Kościuszkos ihnen nur Erleichterung, nicht aber völlige Aufhebung der feudalen Ausbeutung zusicherte. Stanislaw August hatte, sobald die Kämpfe einen revolutionären Charakter annahmen, sich der „Konföderation von Targowica" angeschlossen, dem Bund einer Handvoll landesverräterischer Adeliger, die die russischen und preußischen Truppen ins Land riefen. Als Polen 1795 zum dritten Mal und diesmal vollständig unter die reaktionären Teilungsmächte aufgeteilt wird, dankt Stanislaw August ab und geht ins goldene Exil – nach Petersburg. Ähnlichkeiten mit lebenden Personen wären natürlich ganz zufällig.

### Landschaft nach dem Festmahl

Da ist noch Fleisch an den Knochen, da ist
noch Wein in den Gläsern.
Auf der eichernen Tafel
eine geschälte Zitrone.
Trockene Kirschkerne rings verstreut.
Sie folgten den Damen mit ihren fettigen
Lippen
zu den breiten Betten hinter den schweren
Draperien,
wo ein weißer Pudel mit einem gestickten
Kleid herumtollt,
das eine Dame mit Rosenwangen eben
fallen ließ.

Und in der Hauptstadt beginnen
die Krönungszeremonien.
Und der König der Welt
spreizt sich voller Chic.
Aber noch weiß niemand
daß er „Es lebe Katharina"
auf die Torten spritzen ließ.

Sie haben die Bücher nicht ausgelesen
und nicht fertiggeschrieben,
die Herausgeber der Hymnnen und
heißen Huldigungsepisteln.
Als ob diese auch die
Risse in den verwitterten Wänden
hätten dichten können!
Die kratzenden Lobhudeleien
und lobhudligen Kratzfüße.
Aber sie gingen an ihre ermüdend
langwierigen Aufgaben, an
ihre Schreibtische – zu klein
für königliche Empfehlungen.
Quietschende Federn im Morgengraun
Schein der Wachskerzen.
Nichts erleuchteten sie.*

Und in der Hauptstadt beendet
der Sejm seine Sitzung.
Der König lächelt, als man
ihn auf den Schultern trägt.
Aber die Botschafter bleiben
unbewegt. Sie wissen,
wie nahe Ehre und Verrat
beieinanderliegen.

Sie haben ihre geradegeschmiedeten Sensen
nicht fertig geschliffen.
Sie rührten weder Schlösser noch
Palastsäle an.
Nicht alle Hochverräter wurden gehängt.
In den Boden des Schlachtfelds gestampfte
Köpfe.
Die Bauern in ihren Röcken, Joppen
und Umhängen gingen davon,
um weiter zu schuften auf dem Boden, der
nicht ihr eigener war.
Jemand sagte: Ich wußte, daß
es so enden wird.
Die fremden Patrouillen
schwärmten gefräßig aus.

Und der König ohne Königreich
er promenierte
und unterhielt den Hof
nicht aus eigener Kasse.
Und es weiß noch nicht der
überflüssige Chor
wie, wann und wofür er schimmernde
Orden erhält.

Der König lächelt, als man
ihn auf den Schultern trägt.
Aber die Botschafter bleiben
unbewegt. Sie wissen,
wie nahe Ehre und Verrat
beieinanderliegen.

Sie haben ihre geradegeschmiedeten Sensen
nicht fertig geschliffen.
Sie rührten weder Schlösser noch
Palastsäle an.
Nicht alle Hochverräter wurden gehängt.
In den Boden des Schlachtfelds gestampfte
Köpfe.
Die Bauern in ihren Röcken, Joppen
und Umhängen gingen davon,
um weiter zu schuften auf dem Boden, der
nicht ihr eigener war.
Jemand sagte: Ich wußte, daß
es so enden wird.
Die fremden Patrouillen
schwärmten gefräßig aus.

Und der König ohne Königreich
er promenierte
und unterhielt den Hof
nicht aus eigener Kasse.
Und es weiß noch nicht der
überflüssige Chor
wie, wann und wofür er schimmernde
Orden erhält.

*Abdankungserklärung*

Die Imperatorin und die Nachbarstaaten
stellten die Ruhe für unsere Mitbürger
wieder her. Deshalb, aus eigenem, freien
Willen verzichten Wir heute auf Unseren
Anspruch auf den Thron und die Krone
Polens. Der Aufruhr, der so unglücklich
ausbrach, stürzte das Land in Chaos und
Vernichtung. Unsere Fürsorge wird nicht
mehr gebraucht.
Das bezeugen wir mit Unserem Namen.

Da ist noch Fleisch an den Knochen,
da ist noch Wein in den Gläsern.
Da ist noch Fleisch an den Knochen,
Da ist noch Wein in den Gläsern.

* *Im Polnischen: erleuchten = aufklären. Die Strophe spielt auf die bürgerlichen Aufklärer an, mit denen sich Poniatowski nach dem Vorbild der Zarin Katharina oder Friedrich II. von Preußen umgab.*